



Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik, Ausgabe 02 | 2016



Die Themen

Einbürgerungen

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe

Beantragte Insolvenzverfahren 1999 bis 2014

Zeichenerklärung

- 0 mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
- nichts vorhanden oder keine Veränderung
- / keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug
- Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder nicht rechenbar
- ... Angabe fällt später an
- x Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
- () Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann
- p vorläufiges Ergebnis
- r berichtigtes Ergebnis
- s geschätztes Ergebnis
- D Durchschnitt
- ≙ entspricht

Auf- und Abrunden

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsummen auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen zu den ausgewiesenen Endsummen ergeben. Bei der Aufgliederung der Gesamtheit in Prozent kann die Summe der Einzelwerte wegen Rundens vom Wert 100 % abweichen. Eine Abstimmung auf 100 % erfolgt im Allgemeinen nicht.

Impressum

Bayern in Zahlen
Fachzeitschrift für Statistik
Jahrgang 147 (70)

Bestell-Nr. Z10001 201602
ISSN 0005-7215

Erscheinungsweise
monatlich

Herausgeber, Druck und Vertrieb
Bayerisches Landesamt für Statistik
St.-Martin-Straße 47
81541 München

Bildnachweis
Titel: © Sandra Steins, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA)
Innen: Bayerisches Landesamt für Statistik
(wenn nicht anders vermerkt)

Papier
Gedruckt auf umweltfreundlichem Papier,
chlorfrei gebleicht.

Preise
Einzelheft 4,80 €
Jahresabonnement 46,00 €
zuzüglich Versandkosten
Datei kostenlos

Vertrieb
E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3205
Telefax 089 2119-3457

Auskunftsdiens
E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3218
Telefax 089 2119-13580

© Bayerisches Landesamt für Statistik, München 2016
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.

Hinweis: Diese Druckachrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckachrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckachrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

eine der wichtigsten Aufgabe der amtlichen Statistik ist es, Zahlen und Fakten möglichst zeitnah aufbereitet Politik und Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. „Zeitnah“ soll ausdrücken, dass sich allein aufgrund der Meldewege eine nicht zu vermeidende Lücke zwischen dem realen Tagesgeschehen und unseren Veröffentlichungen einstellen muss, ganz zu schweigen von der Aufbereitung und der Qualitätssicherung in unserem Amt, die naturgemäß auch eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt. Und selbstredend können wir nur solche Zahlen zur Verfügung stellen, für deren Erfassung und Aufbereitung wir nach Recht und Gesetz auch zuständig sind.

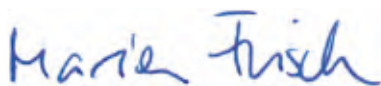
Sie ahnen vermutlich schon, worauf ich hinaus will: Die derzeit vielfach an uns herangetragene Frage nach Zahlen über Schutzsuchenden können wir nicht beantworten. Merkmale wie Schutzsuchender, Asylantrag oder Flüchtling sind der amtlichen Statistik unbekannt, für deren statistische Erfassung ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zuständig. In die amtliche Statistik findet der Schutzsuchende erst Eingang mit der Anmeldung in der kommunalen Meldebehörde, ab der er im Rahmen unserer Bevölkerungsstatistik als Einwohner einer Gemeinde geführt wird, unabhängig von seinem Status. Einen Überblick über die insgesamt verfügbare, sehr heterogene Datenlandschaft zum Themenfeld „Flucht und Asyl“ verschafft Ihnen einer der Artikel in diesem Monatsheft.

Ergänzend dazu bietet ein Artikel zu den Einbürgerungen 2014 in Bayern einen Überblick über die Rechtsgründe, die Aufenthaltsdauer und die Staatsangehörigkeiten vor der Einbürgerung. Dabei wird auch die veränderte Rechtsgrundlage vorgestellt und der daraus resultierende Rückgang in der Einbürgerungsstatistik beleuchtet.

Einen Rückblick auf 16 Jahre neue Insolvenzordnung in Deutschland finden Sie in einem weiteren Fachbeitrag. Die Insolvenzstatistik ermöglicht es, die Entwicklung der Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen deutschlandweit und nach Bundesländern im Zeitverlauf nachzuverfolgen. Abgerundet wird das Heft mit einem Beitrag über das Verarbeitende Gewerbe Bayerns und dessen Investitionen im Jahr 2014.

Sie sehen, wir haben wie immer viel zu bieten, auch abseits des aktuellen tagespolitischen Geschehens!

Herzlichst



Marion Frisch
Präsidentin
Bayerisches Landesamt für Statistik



Statistik aktuell

- 62 [Kurzmitteilungen](#)

Nachrichten

- 72 [Heterogene Datenlandschaft zu „Flucht und Asyl“: Ein Überblick über Produzenten und Angebote](#)
- 75 [Statistische Bibliothek beinhaltet jetzt auch Aufsätze](#)
- 76 [Mikrozensus 2016 im Januar gestartet](#)

Beiträge aus der Statistik

- 77 [Einbürgerungen 2014 in Bayern](#)
- 81 [Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe Bayerns im Jahr 2014](#)
- 85 [16 Jahre Insolvenzordnung in Deutschland: Ergebnisse der Statistik über beantragte Insolvenzverfahren in Bayern 1999 bis 2014](#)

Historische Beiträge aus der Statistik

- 95 [Die Flüchtlinge in Bayern 1946](#)
- 100 [Die Flüchtlinge in Bayern 1946 \(Schaubilder\)](#)

Bayerischer Zahlenspiegel

- 101 [Tabellen](#)
- 110 [Graphiken](#)

Neuerscheinungen

3. Umschlagseite

Kurzmitteilungen



Erwerbstätigkeit

Neuer Beschäftigungsrekord in Bayern im Jahr 2015

Der Beschäftigungsaufbau setzte sich in Bayern im Jahr 2015 weiter fort. Es gab mit rund 7,27 Millionen Erwerbstätigen einen neuen Beschäftigungsrekord. Gegenüber dem Jahr 2014 erhöhte sich die Erwerbstätigkeit um 1,2% und lag damit oberhalb der deutschlandweiten Zunahme von 0,8%. Die alten und die neuen Bundesländer (jeweils ohne Berlin) verzeichneten eine gegensätzliche Entwicklung: Während es in den alten Ländern eine Zunahme um 0,9% gab, nahm die Zahl der Erwerbstätigen in den neuen Ländern um 0,3% ab.

In einer Rangliste der Bundesländer liegt Bayern mit seiner Zunahme von 1,2% hinter Berlin (+2,0%) auf dem zweiten Platz, gefolgt von Hessen (+1,0%) und Baden-Württemberg (+0,9%). Eine rückläufige Erwerbstätigenentwicklung gab es in insgesamt vier Ländern. Dabei fiel der Rückgang in Sachsen-Anhalt mit -0,7% am stärksten aus, gefolgt von Thüringen (-0,4%).

Seit 2010 stieg die Erwerbstätigkeit in Bayern um insgesamt rund 495 000 Personen an. Damit entstand in den letzten fünf Jahren im Saldo beinahe jeder vierte neue Arbeitsplatz im Bundesgebiet in Bayern. Auch in dieser mittelfristigen Betrachtungsweise liegt Bayern mit einer Zunahme von insgesamt 7,3% hinter Berlin (+9,3%) auf dem zweiten Rang aller Bundesländer. Bundesweit betrug die Zunahme seit 2010 rund 4,9%.

Land	Anzahl in 1 000	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	Veränderung gegenüber 2010 in Prozent
Baden-Württemberg	6 070,5	0,9	6,3
Bayern	7 271,0	1,2	7,3
Berlin	1 846,0	2,0	9,3
Brandenburg	1 080,5	- 0,1	- 0,1
Bremen	420	0,4	4,1
Hamburg	1 201,8	0,7	6,3
Hessen	3 344,3	1,0	5,3
Mecklenburg-Vorpommern	739,2	0,1	- 1,5
Niedersachsen	3 963,8	0,8	6,0
Nordrhein-Westfalen	9 182,9	0,7	4,5
Rheinland-Pfalz	1 983,6	0,7	4,0
Saarland	520,6	0,3	0,7
Sachsen	2 016,1	- 0,2	2,1
Sachsen-Anhalt	1 000,7	- 0,7	- 2,7
Schleswig-Holstein	1 348,1	0,8	3,3
Thüringen	1 042,9	- 0,4	- 0,2
Deutschland	43 032,0	0,8	4,9
Nachrichtlich			
Alte Bundesländer			
ohne Berlin	35 306,5	0,9	5,6
einschließlich Berlin	37 152,5	0,9	5,7
Neue Bundesländer			
ohne Berlin	5 879,5	- 0,3	0,0
einschließlich Berlin	7 725,5	0,3	2,0

* Jahresdurchschnitt.

Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“. Berechnungsstand: Januar 2016.

Hinweis

Bei den hier für das Jahr 2015 vorgelegten ersten, noch vorläufigen Länderergebnissen handelt es sich um Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR), dem alle Statistischen Landesämter, das Statistische Bundesamt sowie der Deutsche Städtetag angehören. Die Darstellung der Erwerbstätigkeit erfolgt als durchschnittliche Größe aller Erwerbstätigen nach dem Inlandskonzept (Arbeitsortkonzept). Zu den Erwerbstätigen rechnen alle Personen, die als Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte sowie Heimarbeiter und geringfügig Beschäftigte)

oder als Selbstständige, einschließlich deren mithelfender Familienangehöriger, eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit. Grundlage für diese Definition bilden die von der International Labour Organization (ILO) aufgestellten Normen, die im Einklang mit den entsprechenden Definitionen im Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) 2010 stehen. Weitere Ergebnisse zur Erwerbstätigkeit können auf der Homepage des AK ETR unter www.ak-etr.de abgerufen werden.



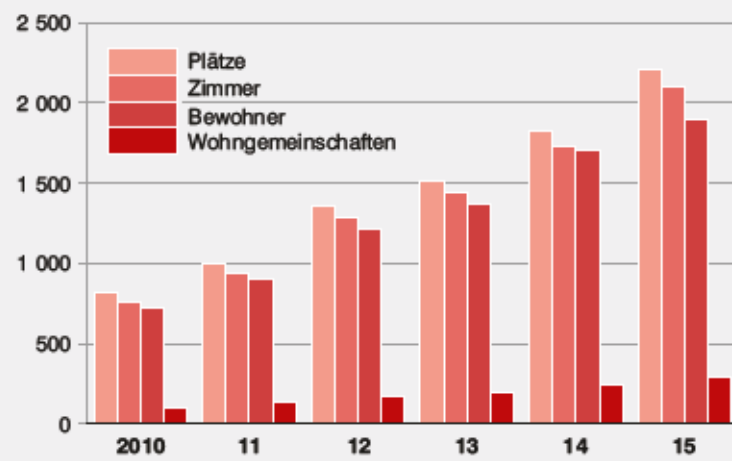
Soziales, Gesundheit

Ambulant betreute Wohngemeinschaften in Bayern sind auch 2015 weiter im Aufwind

Ambulant betreute Wohngemeinschaften sind eine Wohnform für ältere und/oder demente Menschen sowie für Menschen mit Behinderung, die sich seit der ersten Erhebung 2010 zunehmender Beliebtheit erfreut. Sie bietet den Bewohnern soziale Kontakte, Selbstständigkeit und eine bedarfsgerechte Betreuung. Man lebt selbstbestimmt in einer Wohnung oder einem Haus zusammen, die notwendigen Unterstützungsleistungen werden dabei gemeinsam organisiert und eingekauft. Die ambulant betreute Wohngemeinschaft ist somit als alternative Wohnform zwischen einem Leben mit Betreuung und Pflege in der angestammten Wohnung und einem Leben in einer Einrichtung einzuordnen.

Es gab im Dezember 2015 im Freistaat 296 geprüfte, ambulant betreute Wohngemeinschaften (+25% gegenüber Ende 2014) mit 2 205 Plätzen (+21%) in 2 102 Zimmern (+21%). 1 896 Menschen lebten in einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft und somit elf Prozent mehr als Ende 2014.

Ambulant betreute Wohngemeinschaften in Bayern seit 2010



Von den Einrichtungen waren 179 und somit gut 60% in den Landkreisen angesiedelt, 117 in den kreisfreien Städten. Entsprechend lebten in den bayerischen Landkreisen 1 182 Personen in einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft, in den kreisfreien Städten waren es 714.

Ende 2015 lebten durchschnittlich sechs Bewohner in einer Wohngemeinschaft, die Auslastung der vorhandenen Plätze lag bei 86%.

Verglichen mit den insgesamt 112 010 Menschen, die Ende 2013 in Bayern in einer stationären Pflegeeinrichtung (Pflegeheim) betreut wurden, handelt es sich unverändert um einen kleinen Kreis, der jedoch seit der Verabschiedung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes stetig wächst.

Die Situation in den bayerischen Regierungsbezirken zeigt die folgende Tabelle:

Geprüfte ambulant betreute Wohngemeinschaften in Bayern im Dezember 2015				
Regierungsbezirk	Wohngemeinschaften	Zimmer	Plätze	Bewohner
Oberbayern	121	795	817	711
Niederbayern	33	286	297	260
Oberpfalz	38	240	250	197
Oberfranken	17	99	101	80
Mittelfranken	32	238	261	240
Unterfranken	19	147	151	111
Schwaben	36	297	328	297
Bayern.....	296	2 102	2 205	1 896
Landkreise.....	179	1 307	1 385	1 182
Kreisfreie Städte.....	117	795	820	714



Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Oberbayern 2015 weiterhin Spitzenreiter in der bayerischen Rinderhaltung

Zum Stichtag 3. November 2015 gab es nach Auswertung des Verwaltungsverfahrens „Herkunftssicherungs- und Informationssystem Tier“ (HIT) einen Bestand von rund 3,2 Millionen Rindern in 48 918 bayerischen Rinderhaltungen. Bayern hat dabei mit über 25,3 % den höchsten Rinderanteil im Vergleich der Bundesländer. Im November 2014 wurden allerdings noch über 26 200 Tiere und 1 553 Haltungen mehr gezählt. Die Anzahl der Milchkühe betrug im November 2015 rund 1,2 Millionen Tiere. Dies entspricht im Vergleich zu November 2014 einem Rückgang um 0,7 %.

Knapp ein Drittel des bayerischen Rinderbestandes entfällt auf Oberbayern (951 738 Rinder oder 29,7 %). Danach folgen Schwaben (682 566 Rinder oder 21,3 %) und Niederbayern (476 303 Rinder oder 14,9 %). Am wenigsten Rinder werden in Unterfranken gehalten (121 191 Tiere oder 3,8 %).

Auf Kreisebene wurden die meisten bayerischen Rinder im Landkreis Unterallgäu ermittelt. Hier hielten zum Stichtag 1 755 Rinderhalter 141 668 Rinder. Dies entspricht rund 21 % aller Rinder im Regierungsbezirk Schwaben. Im Landkreis Unterallgäu ist jedoch ein relativ starker Rückgang der Rinderhaltungen zu verzeichnen. Im November 2014 konnten hier noch etwa 3,7 % (67) mehr Haltungen gezählt werden. Weitere 20 % der Rinder Schwabens entfielen 2015 auf den Landkreis Ostallgäu. In 2 108 Haltungen wurde ein Bestand von 135 275 Rindern nachgewiesen, wobei mehr als die Hälfte der Tiere Milchkühe (67 950 Tiere) sind.

Im Regierungsbezirk Oberbayern weist der Landkreis Rosenheim mit einem Anteil von 14,5 % am Rinderbestand die meisten Rinder auf. Hier wurden 137 657 Rinder bei 2 146 Rinderhaltern erfasst. In Bayern lag die durchschnittliche

Rinderzahl je Haltung zum Stichtag bei 66 Rindern und damit um 2 Rinder höher als noch im Vorjahr 2014. Die rinderreichen Landkreise Rosenheim und Ostallgäu liegen dabei mit 64 Rindern je Halter in etwa im bayerischen Durchschnitt, während Rinderhalter mit Betriebsitz im Unterallgäu durchschnittlich über 81 Rinder verfügen.

Der durchschnittliche bayerische Milchviehalter hielt zum 3. November 36 Milchkühe, im November 2014 waren es 35 Tiere. Ein Milchkuhalter im Unterallgäu besitzt im Schnitt 48 Milchkühe, im Ostallgäu sind es 40 Tiere. Ebenfalls über dem bayerischen Durchschnitt liegt der Landkreis Rosenheim mit 37 Milchkühen je Halter.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Viehbestände in Bayern/Viehzählung im November 2015“ (Bestellnummer: C3132C 201500, nur als Datei).*



Verarbeitendes Gewerbe

Umsätze der bayerischen Industrie im November 2015 deutlich über Vorjahresniveau

Im November 2015 verbuchte das Verarbeitende Gewerbe Bayerns, das auch den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden umfasst, bezogen auf den Berichtskreis „Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten“, ein Umsatzplus von 7,4 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Von den 29,7 Milliarden

Euro Gesamtumsatz entfielen 15,8 Milliarden Euro auf Umsätze mit dem Ausland (+7,9 %), darunter rund 5,9 Milliarden Euro auf Umsätze mit den Ländern der Eurozone (+11,8 %). Die Anteile der Auslandsumsätze und der Umsätze mit den Eurozoneländern am Gesamtumsatz betrugen 53,4 % bzw. 19,7 %.

Der Personalstand des Verarbeitenden Gewerbes lag Ende November 2015 mit 1,145 Millionen Beschäftigten um 2,1 % über dem Ergebnis des Vorjahresmonats.

Die Nachfrage nach Gütern des Verarbeitenden Gewerbes erhöhte sich im November 2015 gegenüber dem November 2014 preisberei-

nigt um 3,2%. Die Bestelleingänge aus dem Inland stiegen um 11,5%, diejenigen aus dem Ausland sanken um 1,4%.

Ausführliche Ergebnisse enthalten die Statistischen Berichte „Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im November 2015“ (Bestellnummer: E1101C 201511) und „Index des Auftragein-

gangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im November 2015“ (Bestellnummer: E1300C 201511, nur als Datei).*

Bayerns Bauhauptgewerbe erzielte im November 2015 einen Umsatz auf Vorjahresniveau

Das Bauhauptgewerbe in Bayern erzielte im November 2015 einen baugewerblichen Umsatz in Höhe von 1,40 Milliarden Euro, was im Wesentlichen einem Ergebnis auf Vorjahresniveau entspricht (+0,1% gegenüber November 2014). Zu dieser Gesamtentwicklung haben allein der Wohnungsbau sowie der Tiefbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen mit Umsatzsteigerungen beigetragen (+10,5% bzw. +13,6%). Alle anderen Bausparten hatten im Vergleich

zum Vorjahresergebnis Umsatzrückgänge zwischen 2,8% (gewerblicher und industrieller Hochbau) und 14,2% (gewerblicher und industrieller Tiefbau) hinzunehmen.

Das aktuelle Umsatzergebnis im bayerischen Bauhauptgewerbe regional auf Ebene der Regierungsbezirke betrachtet, zeigt sich, dass die bauhauptgewerblichen Betriebe in Oberbayern, Oberfranken und Unterfranken ihre Umsätze gegenüber November 2014 im Mittel deutlich steigern konnten, darunter

am stärksten die in Oberbayern ansässigen Betriebe mit einem Plus von 9,2% auf insgesamt 370,1 Millionen Euro.

Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe in Bayern beliefen sich im aktuellen Berichtsmonat auf einen Gesamtwert von 952,4 Millionen Euro und übertrafen damit das Vorjahresergebnis deutlich um fast ein Viertel (+23,1%). Für diesen Zuwachs zeichneten sich – ausgenommen der gewerbliche

Das Bauhauptgewerbe in Bayern im November 2015
(Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr tätigen Personen)

Gebiet	Bauhauptgewerbe						
	inagesamt	davon					
		Wohnungs- bau	gewerbl. und industr. Hochbau ¹	gewerbl. und industr. Tiefbau	öffent- licher Hochbau	Straßen- bau	Tiefbau f. Gebietskörper- schaften u. Sozialvers.
1 000 €							
Baugewerblicher Umsatz ²							
Oberbayern	370 079	110 051	82 332	55 225	20 128	54 068	48 274
Niederbayern	227 590	64 725	57 484	23 760	15 708	31 471	34 443
Oberpfalz	200 886	40 313	74 145	19 918	19 069	23 419	24 021
Oberfranken	120 243	16 362	59 362	8 894	7 674	12 519	15 431
Mittelfranken	118 031	37 686	23 970	16 840	9 159	13 181	17 195
Unterfranken	131 714	25 824	33 205	16 026	16 279	21 177	19 203
Schwaben	236 088	79 029	61 679	22 539	15 237	30 373	27 232
Bayern	1 404 630	373 990	392 177	163 202	103 254	186 209	185 799
Veränderung gegenüber November 2014 in Prozent	0,1	10,5	- 2,8	- 14,2	- 8,7	- 4,7	13,6
Auftragseingänge							
Oberbayern	232 298	68 796	79 037	31 969	10 906	25 558	16 032
Niederbayern	130 695	32 687	38 044	6 607	9 007	7 287	37 064
Oberpfalz	187 330	27 793	110 953	14 124	10 412	12 481	11 567
Oberfranken	43 864	10 953	15 529	4 178	1 816	3 711	7 677
Mittelfranken	74 632	41 793	10 063	10 468	2 465	4 855	4 989
Unterfranken	97 556	13 136	59 685	5 372	5 705	6 186	7 471
Schwaben	185 978	67 265	63 976	10 967	8 306	21 421	14 043
Bayern	952 354	262 423	377 287	83 687	48 617	81 498	98 842
Veränderung gegenüber November 2014 in Prozent	23,1	27,6	34,7	- 9,3	8,2	6,4	33,5

1 Einschließlich landwirtschaftlicher Bau.

2 Ohne Umsatzsteuer.

und industrielle Tiefbau (-9,3%) – alle Bausparten verantwortlich, darunter mit weit überdurchschnittlichen Steigerungsraten der Wohnungsbau (+27,6%), der Tiefbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen (+33,5%) sowie der gewerbliche und industrielle Hochbau (+34,7%). Der bedeutende Zuwachs bei der letztgenannten Bausparte von 280,1 Millionen Euro auf 377,3 Millionen Euro ist auf Großaufträge zurückzuführen, die im Zusammenhang mit dem Güterverkehrszentrum Ingolstadt stehen.

Mit insgesamt 82 575 tätigen Personen waren im bayerischen Bauhauptgewerbe Ende November 2015 weniger Mitarbeiter beschäftigt als vor einem Jahr (-1,7%). Diese Beschäftigten erbrachten im aktuellen Berichtsmonat an 21 Arbeitstagen (November 2014: 20 Arbeitstage) eine Leistung von insgesamt 9,2 Millionen Arbeitsstunden (+3,0%) und bezogen dafür eine Bruttoentgeltsumme in Höhe von 301,5 Millionen Euro (+3,6%). Die mit Abstand meisten Beschäftigten (47,8%; -0,2%) waren im Wirtschaftszweig „Bau von Gebäuden

(ohne Fertigteilbau)“ tätig. Das dortige Arbeitspensum belief sich auf fast 4,3 Millionen Stunden (+6,0%) und das entsprechende Bruttoentgelt auf insgesamt 141,8 Millionen Euro (+6,7%).

Hinweis

Die Berichterstattung basiert auf den Ergebnissen des Monatsberichts im Bauhauptgewerbe. Im Rahmen dieser Erhebung werden die bauhauptgewerblichen Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr tätigen Personen befragt.

Ausführliche Ergebnisse bis auf Kreisebene enthält der Statistische Bericht „Bauhauptgewerbe in Bayern im November 2015“ (Bestellnummer: E21003 201511, nur als Datei).*



Handel und Dienstleistungen

Drei Prozent mehr Umsatz für Bayerns Einzelhandel im Jahr 2015

Nach vorläufigen Ergebnissen nahm der Umsatz im bayerischen Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr nominal um 2,9% und preisbereinigt um 3,0% zu. Mit Ausnahme eines nominalen Umsatzrückgangs bei den Tankstellen (nominal: -4,0%; preisbereinigt: +3,7%), wuchs der Umsatz in allen Wirtschaftsgruppen des bayerischen Einzelhandels. Die höchsten Umsatzsteigerungen verbuchte der sonstige Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen etc.; nominal: +5,9%; real: +9,8%), im Versand- und Internet-Einzelhandel nahmen dabei nominaler und preisbereinigter Umsatz jeweils um

11,5% zu. Der Umsatz des Einzelhandels in Verkaufsräumen stieg im Jahr 2015 nominal um 2,5% (real: +2,1%), im Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten wuchs der nominale Umsatz um 1,4% (real: ± 0,0%).

Die Zahl der Beschäftigten des Einzelhandels erhöhte sich im Jahr 2015 um 0,7% (Vollzeitbeschäftigte: +0,4%; Teilzeitbeschäftigte: +1,0%).

Im Dezember 2015 sank der nominale Umsatz des bayerischen Einzelhandels gegenüber dem Vorjahresmonat nach ersten Ergebnissen um 0,6%, der preisbe-

reinigter Umsatz ging um 0,7% zurück. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich um 0,5%.

Hinweis

Die hier ausgewiesenen Ergebnisse werden anhand zu diesem Berichtmonat verspätet eingehender Mitteilungen von befragten Unternehmen in den nachfolgenden Monaten laufend aktualisiert.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Dezember 2015“ (Bestellnummer: G1100C 201512, nur als Datei).*

Umsatz und Beschäftigte des Einzelhandels in Bayern im Dezember und im Jahr 2015
Vorläufige Ergebnisse

Wirtschaftszweig	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real ¹		Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte
	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent				
Dezember					
Einzelhandel mit Lebensmitteln	- 0,9	- 1,7	1,6	1,6	1,7
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln (einschl. Tankstellen) ...	- 0,4	- 0,1	- 0,2	0,0	- 0,4
Einzelhandel insgesamt²	- 0,6	- 0,7	0,5	0,5	0,5
dav. in Verkaufsräumen	- 1,4	- 1,9	0,5	0,6	0,4
mit Waren verschiedener Art	- 2,2	- 3,0	0,9	0,8	0,9
mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	1,8	0,6	1,5	2,8	0,7
mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	- 5,3	0,1	3,3	2,3	3,9
mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	- 2,1	- 1,2	1,1	0,3	3,3
mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	- 0,1	- 1,2	- 0,1	0,1	- 0,5
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren	- 3,8	- 5,6	- 2,7	0,1	- 5,1
mit sonstigen Gütern	- 0,2	- 0,7	0,2	0,1	0,3
an Verkaufständen und auf Märkten	- 1,3	- 3,2	1,8	5,1	0,4
sonstiger Einzelhandel	5,9	8,5	0,8	0,1	1,9
dar. Versand- und Internet-Einzelhandel	9,7	9,7	- 0,1	0,2	- 0,7
Einzelhandel vom Lager mit Brennstoffen	- 15,7	4,9	- 1,4	- 3,4	1,5
Januar bis Dezember					
Einzelhandel mit Lebensmitteln	2,4	1,9	1,7	1,8	1,7
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln (einschl. Tankstellen) ...	3,1	3,6	0,2	- 0,2	0,4
Einzelhandel insgesamt²	2,9	3,0	0,7	0,4	1,0
dav. in Verkaufsräumen	2,5	2,1	0,9	0,7	1,1
mit Waren verschiedener Art	2,3	1,8	1,2	1,1	1,3
mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	2,8	1,6	2,0	2,6	1,6
mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	- 4,0	3,7	2,9	1,1	4,0
mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	2,3	5,0	1,4	- 0,4	6,5
mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	1,1	0,2	- 0,9	0,2	- 2,5
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren	1,7	0,4	- 1,3	0,5	- 3,0
mit sonstigen Gütern	4,6	3,3	1,2	0,5	1,6
an Verkaufständen und auf Märkten	1,4	0,0	1,6	5,4	- 0,1
sonstiger Einzelhandel	5,9	9,8	- 2,9	- 3,7	- 1,6
dar. Versand- und Internet-Einzelhandel	11,5	11,5	- 3,8	- 4,0	- 3,4
Einzelhandel vom Lager mit Brennstoffen	- 17,9	3,1	- 0,7	- 1,4	0,2

1 In Preisen des Jahres 2010.

2 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.


Tourismus
Für das Jahr 2015 neue Rekordmarken für Bayerns Fremdenverkehr erwartet

Nach vorläufigen Ergebnissen stieg die Zahl der Gästeankünfte in den gut 11 400 geöffneten bayerischen Beherbergungsbetrieben* im November 2015 gegenüber dem Vorjahresmonat um 8,1 % auf über 2,3 Millionen, die Zahl der Über-

nachtungen erhöhte sich um 7,6 % auf gut 5,5 Millionen.

Im Inländerreiseverkehr nahm die Zahl der Gästeankünfte im November um 8,7 % zu (Übernachtungen: +8,3 %), im Ausländerreisever-

kehr stieg die Zahl der Gästeankünfte um 6,0 % (Übernachtungen: +4,5 %).

Die höchsten Zunahmen verbuchten im November die Campingplätze (Gästeankünfte: +79,5 %; Über-

Bayerns Fremdenverkehr im November und von Januar bis November 2015 Vorläufige Ergebnisse

Betriebsart ----- Herkunft ----- Gebiet	November				Januar bis November			
	Gästeankünfte		Gästeübernachtungen		Gästeankünfte		Gästeübernachtungen	
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in Prozent
Hotels	1 319 952	9,1	2 588 808	9,3	16 069 281	7,1	33 490 585	5,4
Hotels garnis	407 778	4,8	830 771	3,0	5 285 522	3,2	12 025 961	1,4
Gasthöfe	219 950	7,2	442 380	5,9	3 434 110	3,4	7 105 836	1,7
Pensionen	84 976	3,8	218 234	5,8	1 390 506	0,8	4 102 481	-0,1
Hotellerie zusammen	2 032 656	7,8	4 080 193	7,4	26 179 419	5,4	56 724 863	3,6
Jugendherbergen und Hütten	59 218	3,3	126 279	1,5	1 049 633	3,9	2 330 080	3,5
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime ..	134 318	1,2	341 462	2,5	1 474 525	0,6	4 409 969	0,1
Ferienzentren, -häuser, -wohnungen ...	53 005	30,3	236 558	35,7	1 218 753	9,2	6 773 594	3,3
Campingplätze	21 455	79,5	73 754	40,5	1 621 013	13,5	4 950 717	6,6
Vorsorge- und Reha-Kliniken	38 869	10,5	658 075	2,2	426 610	4,2	7 304 375	3,2
Insgesamt	2 339 521	8,1	5 516 321	7,6	31 970 153	5,7	82 493 598	3,5
davon aus dem								
Inland	1 834 834	8,7	4 467 727	8,3	24 019 618	4,8	66 147 762	2,9
Ausland	504 687	6,0	1 048 594	4,5	7 950 535	8,2	16 345 836	6,3
davon								
Oberbayern	1 091 966	6,9	2 325 737	5,2	14 672 021	5,7	34 831 140	3,9
dar. München	539 902	4,7	1 041 678	2,2	6 399 509	6,0	12 960 055	5,0
Niederbayern	206 664	9,6	756 021	10,2	2 792 975	2,9	10 960 165	0,9
Oberpfalz	140 455	7,2	330 167	9,4	1 812 462	4,2	4 611 517	2,6
Oberfranken	134 054	8,2	319 367	5,3	1 807 802	5,9	4 434 571	2,4
Mittelfranken	292 190	7,0	581 846	6,1	3 573 930	5,2	7 178 124	3,9
dar. Nürnberg	147 251	10,9	263 051	8,5	1 529 033	6,7	2 740 367	6,9
Unterfranken	201 437	6,9	488 111	1,4	2 647 681	6,1	6 611 704	3,7
Schwaben	272 755	15,0	715 072	19,8	4 663 282	7,9	13 866 377	5,2

nachtungen: +40,5%) sowie die Ferienzentren, -häuser und -wohnungen (Gästeankünfte: +30,3%; Übernachtungen: 35,7%).

Alle sieben bayerischen Regierungsbezirke verzeichneten im November 2015 deutliche Steigerungen gegenüber dem Vorjahresmonat. Spitzenreiter war Schwaben mit einem Zuwachs von 15,0% bei den Gästeankünften und 19,8% bei den Übernachtungen. Die geringsten Zuwachsraten meldeten Oberbayern und

Unterfranken bei den Gästeankünften (+6,9%) und Unterfranken bei den Übernachtungen (+1,4%).

Von Januar bis November 2015 nahm die Zahl der Gästeankünfte in Bayern gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 5,7% auf knapp 32,0 Millionen zu, die Zahl der Übernachtungen wuchs um 3,5% auf fast 82,5 Millionen. Die Zahl der Gästeankünfte in Bayern hat damit bereits nach elf Monaten den zweithöchsten jemals erzielten Gesamtjahreswert erreicht. Nur 2014

war die Gesamtzahl der Gästeankünfte höher. Die Zahl der von Januar bis November 2015 gemeldeten Übernachtungen wurde bisher nur von den Jahresergebnissen 2012 bis 2014 überboten.

* Geöffnete Beherbergungstätigkeiten mit zehn oder mehr Gästebetten, einschließlich geöffnete Campingplätze mit zehn oder mehr Stellplätzen.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Tourismus in Bayern im November 2015“ (Bestellnummer: G41003 201511, Preis der Druckausgabe: 17,60 €).*



Verkehr

2015 gab es 4,6% mehr Verunglückte auf Bayerns Straßen

Im November 2015 stieg die Zahl der Straßenverkehrsunfälle um 9,4%. Nach vorläufigen Ergebnis-

sen registrierte die Polizei 33 643 Unfälle (November 2014: 30 753). Bei diesen Unfällen kamen in 3 975

Fällen Personen zu Schaden – gegenüber November 2014 war dies ein Zuwachs um 4,2%. Es wurden

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte in Bayern im November und von Januar bis November 2015
Vorläufige Ergebnisse

Unfälle — Verunglückte	November		Veränderung		Januar bis November		Veränderung	
	2015	2014 ¹			2015	2014 ¹		
	Anzahl		%		Anzahl		%	
Straßenverkehrsunfälle insgesamt	33 643	30 753	2 890	9,4	356 623	336 302	20 321	6,0
dav. Unfälle mit Personenschaden	3 975	3 814	161	4,2	49 358	48 824	534	1,1
Unfälle mit nur Sachschaden	29 668	26 939	2 729	10,1	307 265	287 478	19 787	6,9
dav. schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne	1 040	765	275	35,9	9 324	8 733	591	6,8
sonstige Sachschadensunfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel ...	137	182	- 45	- 24,7	1 660	1 660	—	0,0
übrige Sachschadensunfälle	28 491	25 992	2 499	9,6	296 281	277 085	19 196	6,9
Verunglückte insgesamt	5 326	5 090	236	4,6	65 679	65 043	636	1,0
dav. Getötete	43	36	7	19,4	572	569	3	0,5
Verletzte	5 283	5 054	229	4,5	65 107	64 474	633	1,0
dav. Schwerverletzte	829	784	45	5,7	10 946	10 984	- 38	- 0,3
Leichtverletzte	4 454	4 270	184	4,3	54 161	53 490	671	1,3

1 Endgültige Ergebnisse.

29 668 Unfälle mit nur Sachschaden aufgenommen (+10,1 % gegenüber Vorjahresmonat).

Im November 2015 verunglückten insgesamt 5 326 Verkehrsteilnehmer und damit 4,6 % mehr als im Vorjahresmonat. Es ereigneten

sich 43 Todesfälle (+19,4 %), 829 Personen wurden schwer (+5,7 %) und 4 454 leicht verletzt (+4,3 %).

Im Zeitraum von Januar bis November 2015 ereigneten sich 356 623 Unfälle und damit 6,0 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Die

Anzahl der Verunglückten stieg im Vergleichszeitraum um 1,0 %.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Straßenverkehrsunfälle in Bayern im November 2015“ (Bestellnummer: H1101C 201511, nur als Datei).*

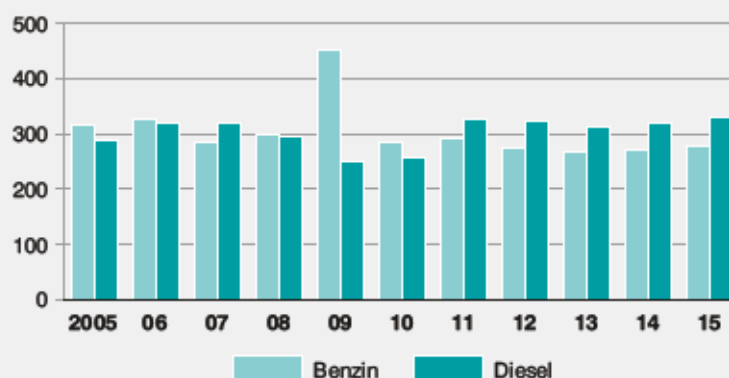
Kfz-Neuzulassungen stiegen in Bayern im Jahr 2015 um 3,4 %

Nach der Kraftfahrzeugstatistik des Kraftfahrt-Bundesamts wurden im Jahr 2015 in Bayern 728 697 Kraftfahrzeuge (Kfz) mit amtlichen Kennzeichen neu zugelassen und somit 3,4 % mehr als im Vorjahr. Die Pkw-Neuzulassungen stiegen um 3,2 % auf 620 649 Fahrzeuge. Davon nutzen 278 763 Fahrzeuge Benzin (+2,9 %), 331 204 Diesel (+3,0 %) und 10 682 andere Kraftstoffarten wie Gas, Elektro, Hybrid (+14,9 %). Der Anteil der neu zugelassenen Diesel-Pkw lag bei 53 %, der Anteil der Benziner bei 45 %. Bei den sonstigen Kraftstoffarten war die Hybridtechnik mit 7 238 Fahrzeugen am stärksten vertreten. Der Zuwachs gegenüber 2014 lag hier bei 29,8 %.

Die Neuzulassungen stiegen nicht nur bei Pkw, sondern beinahe im gesamten Fahrzeugbestand. Kraft-

räder legten um 6,8 % zu, Kraftomnibusse um 6,3 %, Lastkraftwagen um 5,2 %. Die Zulassungszahlen

Pkw-Neuzulassungen in Bayern seit 2005 nach ausgewählten Kraftstoffarten in Tausend

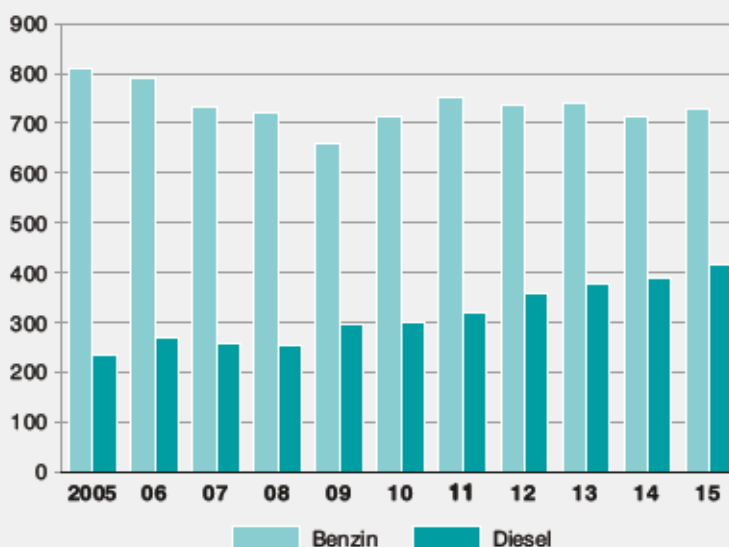


bei Kraftfahrzeuganhängern sanken um 0,9%.

Nicht nur die Neuzulassungen, auch die Besitzumschreibungen von Kfz stiegen im Vergleich zum Vorjahr, und zwar um 3,8% auf 1 338 017. Die Halterwechsel der Pkw stiegen dabei insgesamt um 3,9% auf 1 159 710, darunter Benzin um 2,2% und Diesel-Pkw um 6,9%.

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg, Fahrzeugzulassungen (FZ), Neuzulassungen (FZ 8) bzw. Besitzumschreibungen (FZ 9) von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern – Monatsergebnisse Januar 2014 – Dezember 2014 und Januar 2015 – Dezember 2015 (www.kba.de/ – Statistik).

Pkw-Besitzumschreibungen in Bayern seit 2005 nach ausgewählten Kraftstoffarten in Tausend



Neuzulassungen und Besitzumschreibungen von Kraftfahrzeugen in Bayern von Januar bis Dezember 2015

Fahrzeugklasse — Kraftstoffart	Neuzulassungen			Besitzumschreibungen		
	Januar bis Dezember			Januar bis Dezember		
	2014	2015	Veränderung 2015 gegenüber 2014	2014	2015	Veränderung 2015 gegenüber 2014
	insgesamt		%	insgesamt		%
Kraftträder	37 935	40 523	6,8	93 451	95 100	1,8
Personenkraftwagen	601 690	620 649	3,2	1 116 396	1 159 710	3,9
davon angetrieben mit						
Benzin	270 908	278 763	2,9	713 297	728 834	2,2
Diesel	321 489	331 204	3,0	390 759	417 715	6,9
anderen Kraftstoffarten	9 293	10 682	14,9	12 342	13 161	6,6
darunter Hybridtechnik	5 578	7 238	29,8	2 305	2 887	25,2
Kraftomnibusse	1 342	1 427	6,3	1 008	1 052	4,4
Lastkraftwagen	43 567	45 845	5,2	44 860	47 487	5,9
Zugmaschinen	17 186	17 308	0,7	31 164	32 353	3,8
Sonstige Kfz	2 606	2 945	5,0	2 351	2 315	- 1,5
Kraftfahrzeuge insgesamt	704 526	728 697	3,4	1 289 232	1 338 017	3,8
Kraftfahrzeuganhänger	51 601	51 111	- 0,9	55 609	57 356	3,1



Preise

Inflationsrate in Bayern im Januar 2016 bei 0,7%

Für Bayern lag die Inflationsrate, das ist die Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem entsprechenden Vorjahres-

monat in Prozent, im Januar 2016 bei 0,7%; im vorangegangenen Dezember hatte sie bei 0,5% gelegen.

Die Preise für Nahrungsmittel sind gegenüber dem Januar des Vorjahres im Gesamtdurchschnitt um 1,1% gestiegen. Damit hat sich die

Jahresteuering bei Nahrungsmitteln wieder abgeschwächt; im Dezember hatte sie noch bei 3,0% gelegen. Bei den einzelnen Produkten verlief die Preisentwicklung teilweise wiederum sehr unterschiedlich. Billiger als im Vorjahr waren insbesondere Molkereiprodukte. So konnten u. a. bei Sahne (-7,5%) und Schnittkäse (-10,2%) deutliche Preisrückgänge beobachtet werden. Spürbar verteuert haben sich binnen Jahresfrist hingegen Eier (+9,7%). Auch die Preise für Obst (+5,3%) und Gemüse (+3,9%) sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Im Energiebereich sind die Preise für Heizöl gegenüber dem Januar des Vorjahres um 21,0% gefallen. Auch Kraftstoffe (-4,5%) haben sich binnen Jahresfrist verbilligt. Leichte Preisrückgänge waren bei Gas (-1,9%) zu beobachten. Das Preisniveau für Strom (-0,2%) blieb nahezu unverändert.

Weiterhin entspannt verläuft im Landesdurchschnitt die Preisentwicklung bei den Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten). Gegenüber dem Januar des Vorjahres erhöhten sie sich um 1,3%. Niedriger als im Vorjahr waren wiederum auch im Januar die Preise vieler hoch-

wertiger technischer Produkte. So konnten die Verbraucher u. a. Festplattenrecorder (-4,9%) und Fernsehgeräte (-9,2%) deutlich günstiger beziehen als im Vorjahr.

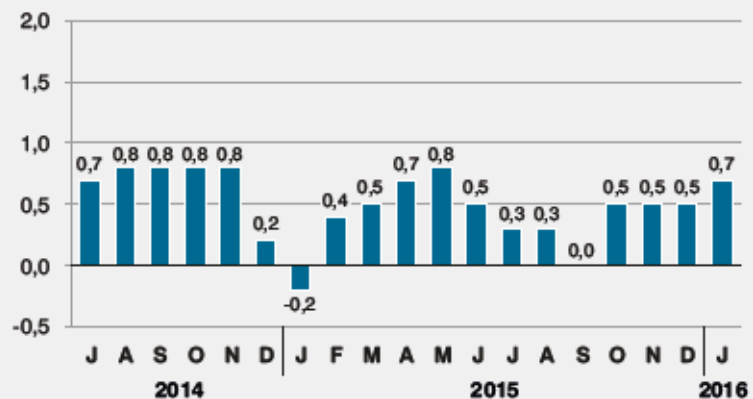
Im Vergleich zum Vormonat sind die Verbraucherpreise (-0,8%) im Gesamtniveau zurückgegangen. Weiter verbilligt haben sich Kraftstoffe (-3,2%) und Heizöl (-9,3%). Energie war damit so günstig wie seit Jahren nicht mehr. So wurde für Heizöl zuletzt im Januar 2005 und für Kraftstoffe im März 2009 ein geringeres Preisniveau gemessen. Insbesondere wegen der beginnenden Schlussverkäufe für

Wintermode sind auch die Preise für Bekleidungsartikel (-4,9%) spürbar gefallen.

Hinweis

Die Presseinformation zum Berichtsmonat Januar 2015 enthält vorläufige Ergebnisse. Endgültige und ausführliche Ergebnisse enthalten die Statistischen Berichte „Verbraucherpreisindex für Bayern im Dezember 2015 sowie Jahreswerte von 2013 bis 2015 mit tiefgegliederten Ergebnissen nach Gruppen und Untergruppen“ (Bestellnummer: M1201C 201512, nur als Datei)* und „Verbraucherpreisindex für bayerische monatliche Indexwerte von Januar 2011 bis Januar 2016 – mit Gliederung nach Haupt- und Sondergruppen“ (Bestellnummer: M13013 201601, Preis der Druckausgabe: 6,10 €)*.

**Verbraucherpreisindex für Bayern
von Juli 2014 bis Januar 2016**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent
(2010 = 100)



* Alle Statistischen Berichte (meist PDF- und Excel-Format) und ausgewählte Publikationen (Informationelle Grundversorgung) sind zum kostenlosen Download verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen. Soweit diese Veröffentlichungen nur als Datei angeboten werden, ist auf Anfrage ein kostenpflichtiger Druck möglich. Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen: Siehe Umschlagseiten 2 und 3.

Heterogene Datenlandschaft zu „Flucht und Asyl“: Ein Überblick über Produzenten und Angebote

Der Zustrom von Asylbewerbern und sonstigen Schutzsuchenden rückt die amtlichen Daten zum Thema Flucht und Asyl ins öffentliche Interesse. Diese Daten sind jedoch bisher nicht an einer Stelle verfügbar und trotz erster Bemühungen des Statistischen Bundesamtes noch nicht optimal aufeinander abgestimmt.

BAMF führt Geschäftsstatistik über Asylanträge

Ein wichtiger Lieferant amtlicher statistischer Daten zum Thema Asyl und Flucht ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Das BAMF veröffentlicht monatlich aktualisierte Daten zur Entwicklung der in der Bundesrepublik gestellten Asylanträge, zu den zehn zugangsstärksten Herkunftsländern der Antragsteller, den vom Bundesamt getroffenen Entscheidungen über die Asylanträge sowie statistische Daten zu gestellten Übernahme-Ersuchen im Dublinverfahren (Feststellung, welcher EU-Staat für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist). Die Statistiken geben zudem darüber Auskunft, wie sich die Daten im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren entwickelt haben.

Nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 862/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz ist das BAMF im Bereich der Asylstatistiken nationaler Datenlieferant für die Europäische Kommission (Eurostat). Die Asylstatistiken des BAMF sind keine Bundesstatistiken, sondern Geschäftsstatistiken der für Asylverfahren zuständigen Behörde auf Basis des Asylverfahrensgesetzes.

Statistische Ämter werten Leistungen an Asylbewerber aus

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht die – zusammen mit den Statistischen Ämtern der Länder aus Daten der Sozialämter erhobene – jährliche Statistik zu „Ausgaben und Einnahmen für Asylbewerberleistungen“ (EVAS 22211) sowie die Statistiken über „Empfänger von Asylbewerberleistungen“ zum Stichtag 31. Dezember jedes Jahres (EVAS 22221) und der „Empfänger von besonderen Asylbewerberleistungen“, ebenfalls jährlich (EVAS 22231), sowie die vierteljährliche „Statistik der Empfänger von Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“ (EVAS 22251). Die Daten sind in der [Fachserie 13 Reihe 7](#) veröffentlicht.

Diese Leistungsstatistiken können aber nicht den aktuellen Rand abbilden und decken konzeptbedingt auch nicht Leistungen an unbegleitete Minderjährige ab, die als Asylbewerber einreisen und aus Mitteln der Kinder- und Jugendhilfe unterstützt werden.

Statistisches Bundesamt wertet Ausländerzentralregister aus

Alle Asylbewerber, auch jene, die ohne vollständige Papiere einreisen, werden vom BAMF im Ausländerzentralregister (AZR) registriert. Für das AZR ist das BAMF als Registerbehörde zuständig; die technische Betreuung liegt beim Bundesverwaltungsamt (BVA) in Köln. Auch alle sonstigen

Schutzsuchenden, z. B. Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention oder Kontingentflüchtlinge, sind im AZR mit ihrem jeweiligen Status registriert. Dies ist entweder durch das BAMF oder eine Ausländerbehörde erfolgt. Im AZR sind alle Ausländer und Ausländerinnen registriert, die keinen deutschen Pass haben und sich nicht nur vorübergehend in Deutschland aufhalten. Die Meldung der Daten an das AZR erfolgt durch die jeweiligen Ausländerbehörden, die zumeist auf Kreisebene angesiedelt sind.

Auf Basis des AZR veröffentlicht das BAMF vierteljährlich den „Wanderungsmonitor“, der Informationen über den Aufenthalt ausländischer Staatsbürgerinnen und -bürger in Deutschland zum Zweck der Erwerbstätigkeit enthält („Erwerbsmigration“).

Auf Basis einer Auswertung des AZR veröffentlicht das Statistische Bundesamt jährlich die als Bundesstatistik durchgeführte Ausländerstatistik (EVAS 12521; „Ausländische Bevölkerung“, Fachserie 1 Reihe 2). Sie berichtet über die in Deutschland jeweils zum Jahresende ansässigen Ausländerinnen und Ausländer. Tabelliert werden unter anderem Staatsangehörigkeit, Familienstand, Alter und Geschlecht sowie Aufenthaltsdauer, Aufenthaltsstatus und Aufenthaltstitel. Darüber hinaus liegen Angaben zu Zuzügen und zu in Deutschland geborenen ausländischen Kindern, sowie zu Fortzügen und zu Sterbefällen in der ausländischen Bevölkerung vor. „Ausländer“ im rechtlichen Sinne sind alle in Deutschland lebenden Personen, die ausschließlich einen ausländischen Pass besitzen. Zuwanderer mit ausschließlich deutschem Pass sowie Doppelstaatler und ihre Nachkommen gelten nicht als Ausländer. Sie sind daher nicht im Ausländerzentralregister registriert und werden nicht in der Ausländerstatistik ausgewiesen.

Informationen über Zuwanderung aus der laufenden Bevölkerungsstatistik

Nach Deutschland eingewanderte Menschen – seien sie Asylbewerber oder nicht – unterliegen der Meldepflicht und werden daher auch von der laufenden Bevölkerungsstatistik erfasst, die auf den Meldedaten beruht. Zwischen Asylantrag und Anmeldung bei der Meldebehörde kann jedoch einige Zeit vergehen, sodass die statistischen Zahlen zu Asylanträgen und Bevölkerungsstatistik nicht parallel laufen.

Schließt sich an die Zuwanderung eine Einbürgerung an, so spiegelt sich dies in der Einbürgerungsstatistik (EVAS 12511, Fachserie 1 Reihe 2.1). Diese Bundesstatistik beruht auf den jeweils zum 31. Dezember eines Jahres ausgewerteten Angaben der Einbürgerungsbehörden der Länder. Es werden die in Deutschland im Laufe des Berichtsjahres vollzogenen Einbürgerungen von Ausländerinnen und Ausländern nach bisheriger Staatsangehörigkeit, Rechtsgrund der Einbürgerung, Aufenthaltsdauer, Alter, Familienstand und nach fortbestehender bzw. nicht fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit nachgewiesen.

Die „Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ in Deutschland wird im Wesentlichen jährlich auf Basis des Mikrozensus nachgewiesen (Fachserie 1 Reihe 2.2).

EU-Daten zu Asyl und Flüchtlingen bei Eurostat

Amtliche statistische Daten zum Thema Asyl und Flüchtlinge in der EU stellt Eurostat in seiner [Eurostat-Datenbank](#) bereit. Die Eurostat-Daten für Deutschland können von den nationalen Daten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge abweichen. Zu beachten ist zum Beispiel, dass die EU-Gesamtzahl der gestellten Asylanträge Erst- und Folgeverfahren umfasst, da nicht alle EU-Mitgliedstaaten diese Zahlen getrennt aufschlüsseln. Sollten innerhalb eines Monats mehrere Asylanträge gestellt werden (Erst- und anschließendes Folgeverfahren), zählt die EU nur einen Antrag; gleiches gilt für getroffene Entscheidungen im Quartal. Entscheidungen zum Dublinverfahren, Verfahrenseinstellungen und Rücknahmen werden von Eurostat nicht als Entscheidungen gezählt.

Koordinierung nötig

Um die bestehenden Probleme zu erkennen und abzustellen – darunter auch die widerspruchsfreie Anwendung von Aufenthaltsgesetz und Asylverfahrensgesetz in Bezug auf die Ermittlung der Einwohnerzahl – strebt das Statistische Bundesamt rasch Gespräche mit den zuständigen Behörden (vor allem dem BAMF) an. Insgesamt ist die Harmonisierung der Datenlandschaft zur Migration eine wichtige Aufgabe des Statistischen Bundesamtes.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Informationen aus der amtlichen Statistik, Heft 3/2015

Hinweis

EVAS ist die Abkürzung für „Einheitliches Verzeichnis aller Statistiken des Bundes und der Länder“. Es enthält alle bestehenden, historischen und geplanten Statistiken (Erhebungen, Rechenwerke und Register), die vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder betreut werden.

Statistische Bibliothek beinhaltet jetzt auch Aufsätze

Seit Juli 2015 werden in die Statistische Bibliothek auch Aufsätze eingepflegt. Nutzerinnen und Nutzer erhalten bei ihrer Recherche somit nicht nur Verweise auf komplette Publikationen, sondern werden auch direkt zum relevanten Aufsatz geführt. Die Erschließung ausgewählter Aufsätze in den elektronischen Amtszeitschriften stellt einen wichtigen Zusatznutzen der Statistischen Bibliothek dar. Bislang wurden über 200 Aufsätze erfasst; insgesamt stehen über 60 000 Publikationen zur Verfügung.

Die noch im Aufbau befindliche Statistische Bibliothek soll künftig alle elektronischen Veröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder enthalten. Neben den themenorientierten monografischen Publikationen sind dies vor allem die Statistischen Berichte und Fachserien. Derzeit werden die Publikationen und Metadaten von allen Statistischen Ämtern, auch für zurückliegende Jahre, schrittweise eingepflegt. Der zentrale Nachweis aller Online-Publikationen im Internet mit der Möglichkeit zum Download der kostenfrei verfügbaren Werke wird intensiv genutzt.

Zusätzlich wurde für die gesetzlich vorgeschriebene Ablieferung von Online-Publikationen an die Deutsche Nationalbibliothek eine Schnittstelle realisiert, über die wöchentlich eine automatisierte Übermittlung (Harvesting-Verfahren) der Publikationen erfolgt.

Quelle: Statistisches Bundesamt – Bibliothek, StaNet 5. Oktober 2015



Zum Stand 15. Februar 2016 sind in der Statistischen Bibliothek des Bundes und der Länder 733 Aufsätze enthalten; insgesamt stehen nun 66 363 Publikationen zur Verfügung.

In der Statistischen Bibliothek sind alle Hefte der monatlich erscheinenden Amtszeitschrift „Bayern in Zahlen“ ab 2004 erfasst. Darüber hinaus werden die in den Heften enthaltenen Aufsätze ab der Ausgabe 01/2014 einzeln eingepflegt. Diese derzeit 77 Aufsätze sind u. a. nach Autorennamen, Schlagworten und Themenbereichen suchbar.

Mikrozensus 2016 im Januar gestartet

Im Jahr 2016 findet im Freistaat wie im gesamten Bundesgebiet wieder der Mikrozensus, eine gesetzlich angeordnete Stichprobenerhebung bei einem Prozent der Bevölkerung, statt. Mit dieser Erhebung werden seit 1957 laufend aktuelle Zahlen über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, insbesondere der Haushalte und Familien, ermittelt. Der Mikrozensus 2016 enthält zudem noch Fragen zum Pendlerverhalten der Erwerbstätigen sowie der Schüler und Studierenden. Neben dem hauptsächlich benutzten Verkehrsmittel auf dem Weg zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte werden auch die Entfernung und der Zeitaufwand für den Weg dorthin erhoben. Die durch den Mikrozensus gewonnenen Informationen sind Grundlage für zahlreiche gesetzliche und politische Entscheidungen und deshalb für alle Bürger von großer Bedeutung.

Die Mikrozensusbefragungen finden ganzjährig von Januar bis Dezember statt. In Bayern sind demnach bei rund 60 000 Haushalten, die nach einem objektiven Zufallsverfahren insgesamt für die Erhebung ausgewählt wurden, wöchentlich mehr als 1 000 Haushalte zu befragen.

Das dem Mikrozensus zugrunde liegende Stichprobenverfahren ist aufgrund des geringen Auswahlgesetzes verhältnismäßig kostengünstig und hält die Belastung der Bürger in Grenzen. Um jedoch die gewonnenen Ergebnisse repräsentativ auf die Gesamtbevölkerung übertragen zu können, ist es wichtig, dass jeder der ausgewählten Haushalte auch tatsächlich an der Befragung teilnimmt. Aus diesem Grund besteht für die meisten Fragen des Mikrozensus eine gesetzlich festgelegte Auskunftspflicht, und zwar für bis zu vier aufeinander folgende Jahre.

Datenschutz und Geheimhaltung sind, wie bei allen Erhebungen der amtlichen Statistik, umfassend gewährleistet. Auch die Interviewerinnen und Interviewer, die ihre Besuche bei den Haushalten zuvor schriftlich ankündigen und sich mit einem Ausweis des Landesamts legitimieren, sind zur strikten Verschwiegenheit verpflichtet. Statt an der Befragung per Interview teilzunehmen, hat jeder Haushalt das Recht, den Fragebogen selbst auszufüllen und per Post an das Landesamt einzusenden.

Das Bayerische Landesamt für Statistik bittet alle Haushalte, die im Laufe des Jahres 2016 eine Ankündigung zur Mikrozensusbefragung erhalten, die Arbeit der Erhebungsbeauftragten zu unterstützen.

Hinweis

Für administrative Rückfragen können Sie sich wenden an:
mikrozensus@statistik.bayern.de

Einbürgerungen 2014 in Bayern

Sandra Guynn

In Bayern wurden im Jahr 2014 insgesamt 13 159 Personen eingebürgert. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Rückgang um 117 Personen. Die meisten Personen hielten sich zwischen 8 bis unter 15 Jahren in der Bundesrepublik auf und waren zum Zeitpunkt der Einbürgerung zwischen 23 und 35 Jahren alt. Innerhalb Deutschlands fanden die meisten Einbürgerungen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg statt.

Erläuterungen

Bei der Einbürgerung wird einer Ausländerin bzw. einem Ausländer¹ durch die Aushändigung einer Einbürgerungsurkunde die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen. Hierfür muss ein Antrag gestellt werden und die betreffende ausländische Person muss bestimmte Voraussetzungen, welche im Abschnitt Rechtsgrundlagen erläutert sind, erfüllen. Die Durchführung der Einbürgerungsverfahren obliegt in Bayern den Kreisverwaltungsbehörden. Diese übermitteln die statistisch relevanten Angaben für die jährliche Statistik überwiegend elektronisch an das Bayerische Landesamt für Statistik. Es werden die Einbürgerungen nach der bisherigen Staatsangehörigkeit, dem Rechtsgrund, der Aufenthaltsdauer, dem Alter, dem Familienstand sowie nach fortbestehender bzw. nicht fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit ausgewertet.

Als Ausländer zählen alle Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, also nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 Grundgesetz sind. Auch Staatenlose und Personen mit ungeklärten Staatsangehörigkeiten gehören zu diesem Personenkreis.

Rechtsgrundlagen

Seit Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes im Jahr 2000 sind detaillierte Aussagen zu

den verschiedenen Rechtsgründen der Einbürgerung möglich. Ein wesentlicher Unterschied zur alten Gesetzgebung ist, dass mit der neuen Rechtsgrundlage keine Aussiedler² mehr über den formalen Weg eingebürgert werden. Dieser Personenkreis gilt demnach bereits als deutsch und erhält nach dieser Feststellung die entsprechenden Unterlagen.

Am 14. März 2005 traten weitere Veränderungen durch die Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes in Kraft, sodass nun leichtere Bedingungen bestehen und Ausländer z. B. durch Besuch eines Integrationskurses nur noch eine kürzere Aufenthaltsdauer von sieben Jahren, anstatt acht Jahren, nachweisen müssen.

Folgende Rechtsgrundlagen gelten für Einbürgerungen ab dem 14. März 2005:

- Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)³: §§ 8, 9, 10 Abs. 1 bis 3, §§ 13, 14, 40 b und c
- Grundgesetz (GG)⁴: Art. 116 Abs. 2 S. 1
- Gesetz zur Verminderung der Staatenlosigkeit (StaatenlMindÜbkAG)⁵: Art. 2
- Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet (HAuslG)⁶: § 21

Die alten und neuen Rechtsgrundlagen werden in folgender Übersicht gegenübergestellt.

- 1 Der leichteren Lesbarkeit wegen wird im Folgenden nur die männliche Form verwendet.
- 2 Aussiedler sind deutsche Staatsangehörige oder deutsche Volkszugehörige, die ihren Wohnsitz in den ehemaligen deutschen Ostgebieten oder in anderen ost- oder südost-europäischen Gebieten hatten und nach März 1952 in die Bundesrepublik Deutschland zugewandert sind. Sie sind Deutsche im Sinne des Grundgesetzes (GG). Seit 1983 Zugewanderte werden als Spätaussiedler bezeichnet.
- 3 „Staatsangehörigkeitsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1884)“.
- 4 „Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 21. Juli 2010 (BGBl. I S. 944)“.
- 5 „Gesetz zur Verminderung der Staatenlosigkeit vom 29. Juni 1977 (BGBl. I S. 1101), geändert durch Artikel 3 § 4 des Gesetzes vom 15. Juli 1999 (BGBl. I S. 1618)“.
- 6 „Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 243-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 30. Juli 2004 (BGBl. I S. 1950)“.

Übersicht Gegenüberstellung alter und neuer Rechtsgrundlagen der Einbürgerung in Deutschland		
Kurztext	Rechtsgrundlage ab 2005	Rechtsgrundlage bis 2004
Einbürgerungen von Ausländern im Inland:		
- mit Niederlassung auf Dauer	§ 8 StAG	§ 8 StAG
- mit acht Jahren Aufenthalt	§ 10 Abs. 1 StAG	§ 85 Abs. 1 AuslG. ¹
- mit sieben Jahren Aufenthalt und Integrationskurs	§ 10 Abs. 3 S. 1 i.V.m. Abs. 1 StAG	–
- mit sechs Jahren Aufenthalt und Vorliegen besonderer Integrationsleistungen (Rechtsgrundlage seit 2007, seit 2011 tabellarisch darstellbar)	§ 10 Abs. 3 S. 2 i.V.m. Abs. 1 StAG	–
- mit Deutschen als Ehe- oder Lebenspartner	§ 9 StAG	§ 9 StAG
- Miteinbürgerung von Familienangehörigen	§ 10 Abs. 2 StAG	§ 85 Abs. 2 AuslG
Einbürgerungen im Ausland:		
- ehemalige Deutsche und deren Nachkommen	§ 13 StAG	§ 13 StAG
- Ausländer mit Bindungen an Deutschland	§ 14 StAG	§ 14 StAG
Alt- und Wiedergutmachungsfälle:		
- frühere deutsche Staatsangehörige	Art. 116 Abs. 2 S.1 GG	Art. 116 Abs. 2 S.1 GG
Übergangsregelungen:		
- für Kinder unter zehn bei Antrag in 2000	§ 40b StAG	§ 40b StAG
- für Einbürgerungsbewerber bei Antrag bis Ende März 2007	§ 40c StAG	§ 85 AuslG § 86 Abs. 1 AuslG § 86 Abs. 2 AuslG (jeweils alte Fassung)
Einbürgerung von Staatenlosen	Art. 2 Staaten/MindÜbkAG	Art. 2 Staaten/MindÜbkAG
Einbürgerung von heimatlosen Ausländern	§ 21 HAuslG	§ 21 HAuslG
Einbürgerung von Ausländern mit sieben und sechs Jahren Aufenthalt zusammengefasst (Altfälle)	§ 10 Abs. 3 StAG	–

¹ „Gesetz über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern im Bundesgebiet“ vom 9. Juli 1990 (BGBl. I S. 1354), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Januar 2002 (BGBl. I S. 361 – Terrorismusbekämpfungsgesetz).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 Reihe 2.1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Einbürgerungen.

Einbürgerungen 2014 in Bayern

Im Jahr 2014 wurden in Bayern insgesamt 13 159 Personen (5 941 männlich, 7 218 weiblich) eingebürgert und erhielten dadurch die deutsche Staatsangehörigkeit. Damit sank die Zahl der Einbürgerungen im Vergleich zum Vorjahr (13 276) um 0,9%. Seit 2000 ist jedoch ein Rückgang um ca. 36% zu verzeichnen, was vor allem auf die geänderten Rechtsgrundlagen zurückzuführen ist. So werden Aussiedler, die bereits deutsch im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG sind, und Kinder ausländischer Eltern, die nach dem 1. Januar 2000 in Deutschland geboren wurden und bei entsprechenden Voraussetzungen (§ 4 Abs. 3 StAG) die deutsche Staatsangehörigkeit mit Geburt erhalten, nicht mehr in der Einbürgerungsstatistik erfasst.

Einbürgerungen nach Rechtsgründen

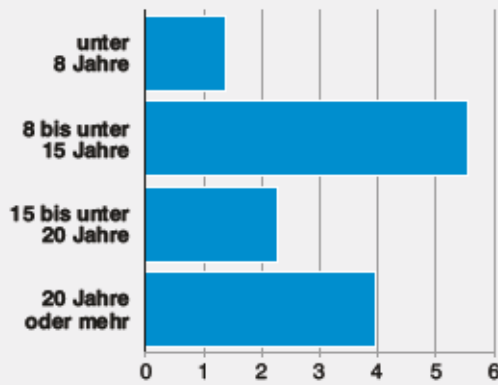
Von den 13 159 eingebürgerten Personen erhielten 10 382 (78,9%) die deutsche Staatsangehörigkeit durch die Rechtsgrundlagen des § 10 Abs. 1 und

2 StAG. Es handelte sich hierbei um Personen mit einem Mindestaufenthalt in Deutschland von acht Jahren sowie um deren Familienangehörige (ausländischer Ehegatte und minderjährige Kinder). Es folgen 1 825 Fälle (13,9%), bei denen die Einbürgerung gemäß § 8 StAG (Niederlassung auf Dauer in Deutschland) erfolgte. Aufgrund des § 9 StAG (mit Deutschen als Ehe- und Lebenspartner) wurden 747 Personen (5,7%) eingebürgert. Auf alle weiteren Rechtsgründe entfielen 205 Fälle (1,6%).

Aufenthaltsdauer vor der Einbürgerung

Die Aufenthaltsdauer in der Bundesrepublik ist eine der Voraussetzungen für die Einbürgerung. 42,1% (5 537) aller eingebürgerten Personen hielten sich bereits 8 bis unter 15 Jahre in Bayern oder den anderen Bundesländern auf, bevor sie einen Antrag auf Einbürgerung stellten. 30,2% (3 969) waren sogar schon 20 Jahre oder mehr in Deutschland, 17,3% (2 283) lebten 15 bis unter 20 Jahre in ihrer Wahlheimat und 10,4% (1 370) erhielten die Einbürgerungs-

Abb. 1
Eingebürgerte Personen 2014 nach Aufenthaltsdauer vor der Einbürgerung
in Tausend

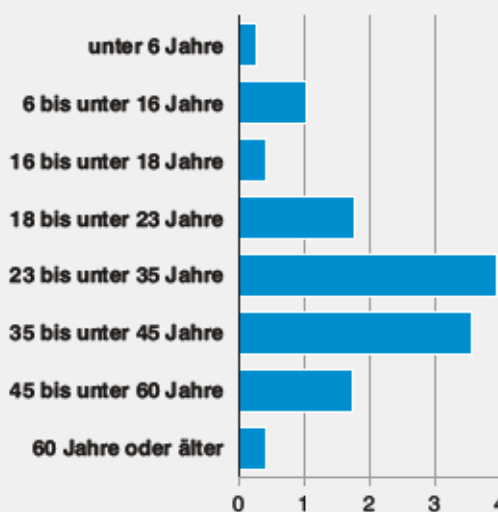


urkunde bereits bei einer Aufenthaltsdauer von unter 8 Jahren (vgl. Abbildung 1).

Häufigste Einbürgerungen im Alter von 23 bis unter 35 Jahren

Betrachtet man die eingebürgerten Personen nach ihrem Alter zum Zeitpunkt der Einbürgerung, so erhielten in Bayern 2014 am häufigsten Ausländer im Alter von 23 bis unter 35 Jahren die deutsche Staatsangehörigkeit (30,0% oder 3 948 Personen), gefolgt von den 35- bis 45-Jährigen mit 27,1% (3 564). Unter 18-Jährige wurden in 13,1% der Fälle (1 719) eingebürgert. Auf die restlichen Altersgruppen entfielen

Abb. 2
Eingebürgerte Personen 2014 nach Altersgruppen
in Tausend

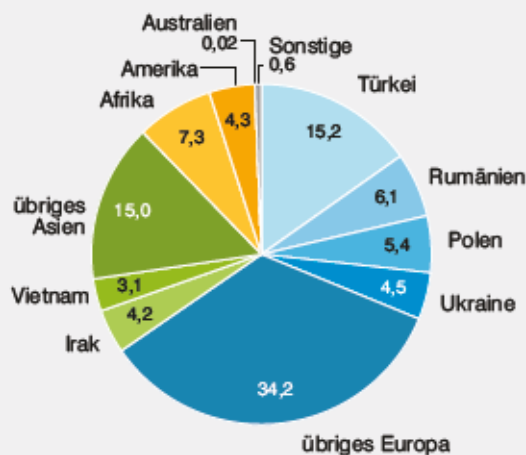


29,9% (3 928), wobei darunter 3,1% der Ausländer (414) 60 Jahre oder älter waren (vgl. Abbildung 2).

Staatsangehörigkeiten vor der Einbürgerung

Im Jahr 2014 wurden in Bayern Ausländer aus insgesamt 147 Nationen eingebürgert. Den größten Anteil daran hatten mit 15,2% (2 002 Personen) Türken, gefolgt von Personen aus Rumänien mit 6,1% (808), aus Kroatien mit 5,6% (743) und aus Polen mit 5,4% (709). Die Mehrheit wurde aus europäischen Staaten eingebürgert. Insgesamt 65,4% (8 607 Personen) kamen von diesem Kontinent (inkl. Türkei), darunter 34,5% (4 545) aus der Europäischen Union. Betrachtet man die anderen Kontinente, so wurden aus Asien 22,3% bzw. 2 936 Ausländer (am häufigsten Iraker und Vietnamesen) eingebürgert, gefolgt von Afrika mit 7,3% oder 962 Personen (insbesondere Tunesier und Marokkaner) sowie 4,3% bzw. 570 Personen aus Amerika (am häufigsten Brasilianer). Staatenlos waren insgesamt 0,6% oder 81 Ausländer, aus Australien und Ozeanien wurden lediglich drei Personen eingebürgert (vgl. Abbildung 3).

Abb. 3
Einbürgerungen in Bayern 2014 nach Staatsangehörigkeit
in Prozent



Einbürgerungen mit fortbestehender und nicht fortbestehender ehemaliger Staatsangehörigkeit

Eine Mehrstaatigkeit⁷ ist nach dem deutschen Staatsangehörigkeitsrecht möglichst zu vermeiden. Die alte Staatsangehörigkeit soll nicht weiter bestehen bleiben, wenn dies entweder durch Verlust

⁷ Mehrstaatigkeit (auch Mehrstaatsbürgerschaft oder umgangssprachlich „doppelte Staatsangehörigkeit“ genannt) bezeichnet den Fall, dass eine Person mehr als eine Staatsbürgerschaft gleichzeitig hat.

oder durch Aufgabe möglich ist. Bei Verlust wird die eingebürgerte Person automatisch per Gesetz nicht mehr als Bürger des alten Staates angesehen, wenn sie eine neue Staatsangehörigkeit erwirbt. Die zweite Möglichkeit ist die Aufgabe der alten Staatsangehörigkeit durch ein Entlassungsverfahren. In Ausnahmefällen wird Mehrstaatigkeit aber auch hingenommen: Zum einen gibt es Staaten, bei denen per Gesetz keine Möglichkeit besteht, die bisherige Staatsangehörigkeit abzulegen, zum anderen kann es in einigen Ländern vorkommen, dass die dortigen Behörden die Entlassung regelmäßig verweigern (z.B. Afghanistan, Algerien, Iran). In Deutschland wird Mehrstaatigkeit ebenfalls hingenommen, wenn die einzubürgernde Person Bürger ausgewählter Länder der Europäischen Union ist, die Deutsche einbürgern ohne zu verlangen, dass sie die deutsche Staatsangehörigkeit aufgeben. Hierzu gehören Länder wie Belgien, Finnland, Frankreich oder auch Italien.

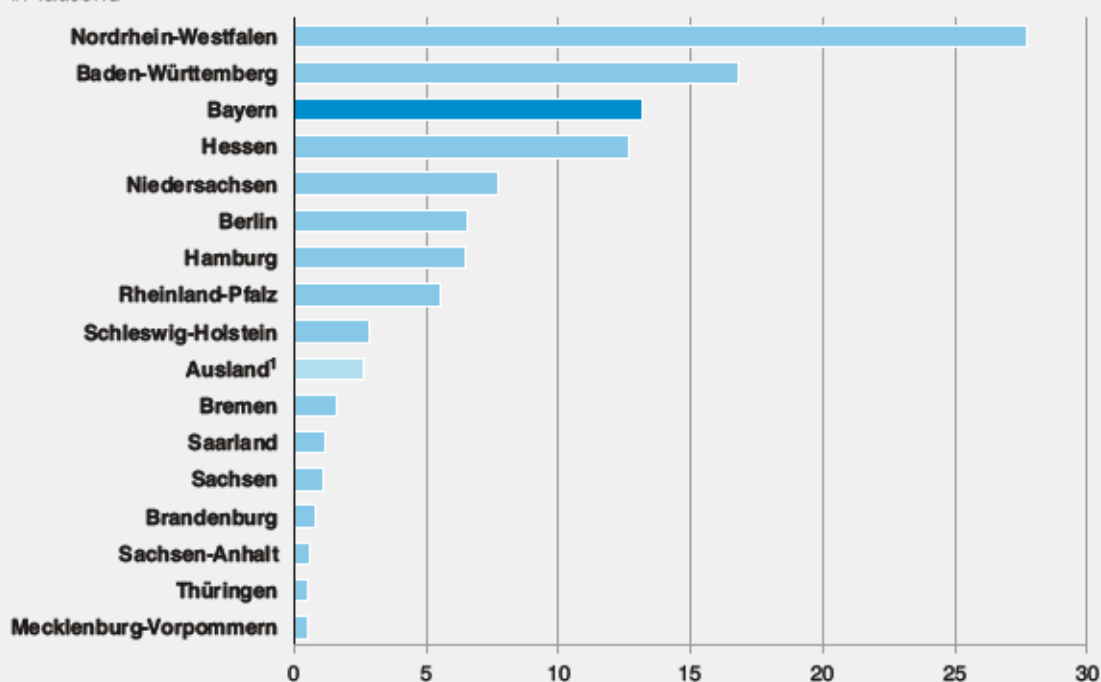
In Bayern wurden 7 524 von insgesamt 13 159 Personen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit ein-

gebürgert, das sind immerhin 57,2% aller Einbürgerungen. Betrachtet man den Personenkreis der Europäischen Unionsbürger, so wurde bei 4 448 der 4 545 Eingebürgerten die Mehrstaatigkeit zugelassen, was einem Prozentsatz von 97,9% entspricht. Zu den Herkunftsstaaten der Personen, welche ausschließlich unter dem Aspekt der Mehrstaatigkeit die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben, gehören z.B. Irland, Ungarn, Finnland, Frankreich, Tunesien, Argentinien, Kuba, Brasilien und Afghanistan.

108 422 Einbürgerungen in Deutschland 2014

In Deutschland erhielten im Jahr 2014 insgesamt 108 422 Personen (51 692 männlich, 56 730 weiblich) die deutsche Staatsangehörigkeit. Vor allem auf die Bundesländer Nordrhein-Westfalen mit 27 738 Personen bzw. 25,6%, Baden-Württemberg (16 804; 15,5%) und Hessen (12 677; 11,7%) entfielen bereits mehr als die Hälfte aller Einbürgerungen. Die wenigsten Personen wurden in Mecklenburg-Vorpommern (489 oder 0,5%) und Thüringen (513 oder 0,5%) eingebürgert (vgl. Abbildung 4).

Abb. 4
Einbürgerungen in Deutschland 2014 nach Bundesländern
in Tausend



¹ Einbürgerungen von Ausländern, die im Ausland wohnen (§ 14 StAG).

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe Bayerns im Jahr 2014

Karlheinz Hackenberg

Im Verarbeitenden Gewerbe Bayerns wurden 2014 nominal rund 12,1 Milliarden Euro in Sachanlagen investiert. Nach einer Abnahme von 2,5% im Jahr zuvor stiegen die Sachanlageinvestitionen im Jahr 2014 um 9,6%. Von den selbstbilanzierten Sachanlageinvestitionen entfielen 83,3% auf Ausrüstungen, 15,7% auf bebaute Grundstücke und Bauten sowie 1,0% auf Grundstücke ohne Bauten. Die Investitionsintensität und die Investitionsquote erhöhten sich entsprechend der getätigten Investitionen. Der Fahrzeugbau bleibt stärkster Investor, mehr als zwei Fünftel der Investitionen entfielen hier auf den Regierungsbezirk Oberbayern.

Soweit im nachfolgenden Text nicht explizit zwischen den Wirtschaftsabschnitten „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ und „Verarbeitendes Gewerbe“ unterschieden wird, umfasst die Bezeichnung „Verarbeitendes Gewerbe“ auch den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden.

2014 kräftiger Anstieg der Investitionen

Im Rahmen der Investitionserhebung 2014 wurden 6 790 in Bayern ansässige Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes befragt, 13,3% der Betriebe meldeten für das Jahr 2014 keine Investitionstätigkeit.

Im Verarbeitenden Gewerbe Bayerns wurden 2014 nominal rund 12,1 Milliarden Euro in Sachanlagen investiert. Die Sachanlageinvestitionen fielen im Rezessionsjahr 2009 um 31,2% unter das Vorjahresniveau, blieben 2010 in etwa auf diesem Stand (+0,1%), wurden 2011 um 21,8% und 2012 um 5,2% ausgeweitet, wiesen 2013 einen Rückgang von 2,5% aus und stiegen 2014 um 9,6% (vgl. Tabelle 1). Von den rund 12,1 Milliarden Euro entfielen 83,3% auf Ausrüstungen (Maschinen, maschinelle Anlagen, Güter für die Betriebs- und Geschäftsausstattung), 15,7% auf bebaute Grundstücke und Bauten und 1,0% auf Grundstücke ohne Bauten. Die Investitionen für Ausrüstungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 14,2%, diejenigen für bebaute Grundstücke und Bauten stiegen um 5,2% an. Bei den betragsmäßig kaum ins Gewicht fallenden Investitionen für Grundstücke ohne Bauten ergab sich ein Minus von 70,7%.

Die Investitionsintensität (Sachanlageinvestitionen je Beschäftigten) wurde von 9 242 Euro im Jahr 2013

Tab. 1 Sachanlageinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe* Bayerns im Jahr 2014 nach Anlagearten
Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten

Anlageart	Sachanlageinvestitionen 2014		
	insgesamt ¹ Millionen Euro	Veränderungen zum Vorjahr in Prozent	Anteil in Prozent
Bebaute Grundstücke und Bauten	1 908	5,2	15,7
Grundstücke ohne Bauten	117	-70,7	1,0
Maschinen, maschinelle Anlagen ²	10 083	14,2	83,3
Insgesamt	12 108	9,6	100

* Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

¹ Selbstbilanziert.

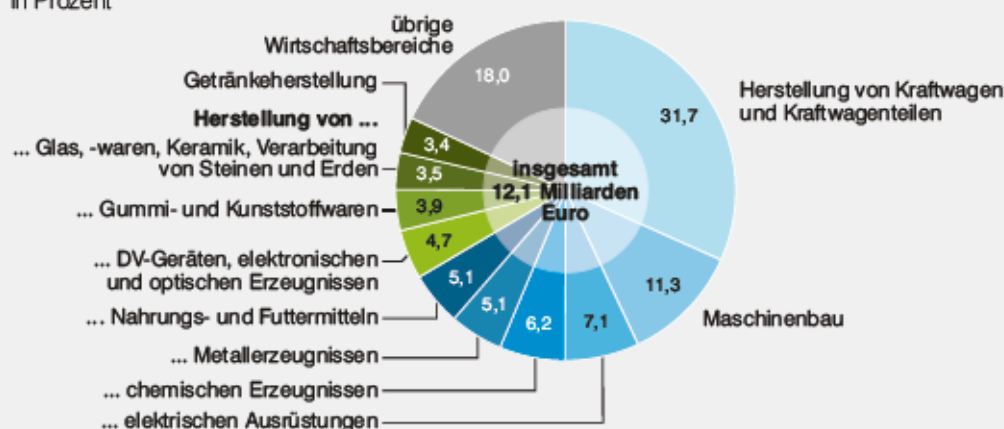
² Einschließlich Betriebs- und Geschäftsausstattung.

auf 9 954 Euro im Jahr 2014 ausgeweitet. Auch die Investitionsquote, d.h. der Anteil der Investitionen am Umsatz, verzeichnete im Vergleich zu 2013 eine Erhöhung um 0,4 Prozentpunkte auf 3,7%.

Fahrzeugbau auch 2014 stärkster Investor des Verarbeitenden Gewerbes

Der Bereich „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“ hatte im Jahr 2014 einen Anteil von 31,7% an den gesamten Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes (vgl. Abbildung 1 und Tabelle 2). Er blieb damit Spitzenreiter in der bayerischen In-

Abb. 1
Sachanlageinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe* in Bayern 2014**
 in Prozent



* Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.
 ** Selbstbilanziert.

dustrie. Die Branche investierte 3,8 Milliarden Euro, was einem Plus von 10,9% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Der Maschinenbau als zweitstärkster Investor des Verarbeitenden Gewerbes verzeichne-

te mit knapp 1,4 Milliarden Euro eine Zunahme von 9,0% gegenüber den Ausgaben des Vorjahres. Nominal die dritthöchste Summe (fast 0,9 Milliarden Euro) investierten die Hersteller von elektrischen

Tab. 2 Sachanlageinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe* Bayerns im Jahr 2014 nach Wirtschaftsabteilungen – Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten –

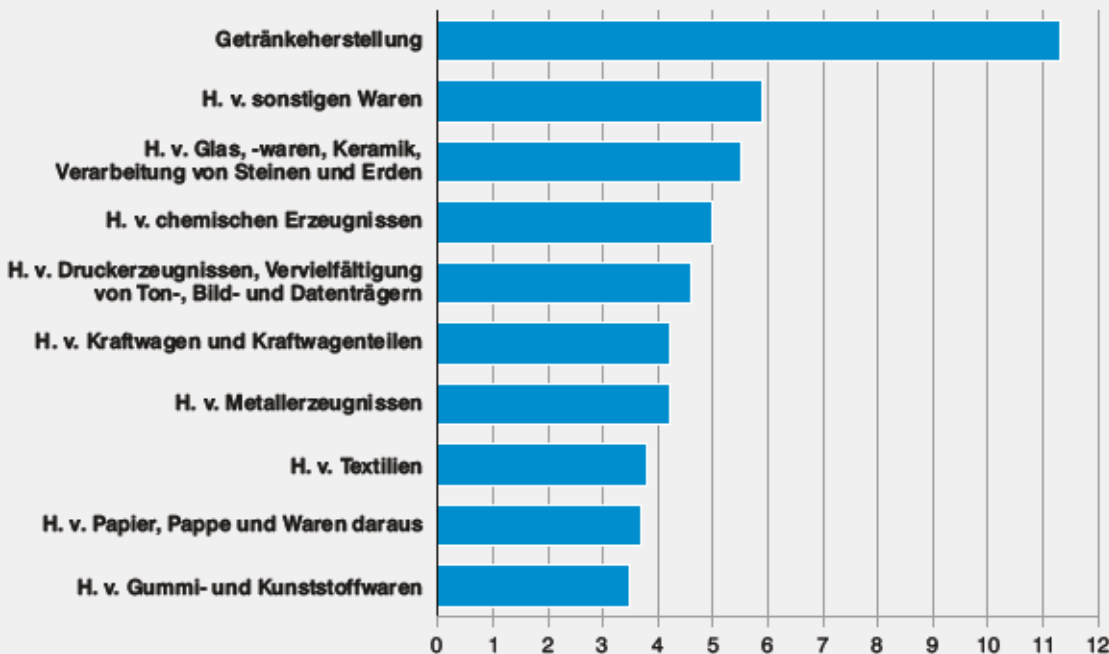
Nr. der Klassifikation ¹	Bezeichnung/Abchnitt/Ausgewählte Abteilung	Sachanlageinvestitionen 2014 ²			
		Millionen Euro	Veränderung zum Vorjahr in Prozent	je Beschäftigten in Euro	im Verhältnis zum Umsatz in Prozent
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	84	- 2,0	16 109	9,4
C	Verarbeitendes Gewerbe	12 024	9,7	9 928	3,7
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	619	4,1	5 945	2,6
11	Getränkeherstellung	408	53,0	27 911	11,3
13	H. v. Textilien	92	23,4	7 797	3,6
14	H. v. Bekleidung	32	- 8,6	3 134	1,5
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	110	41,3	7 106	3,1
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	206	2,0	9 943	3,7
18	H. v. Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	138	37,8	7 449	4,6
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	755	5,4	14 559	5,0
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	470	1,9	6 323	3,5
23	H. v. Glas, -waren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	425	- 3,7	9 477	5,5
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	208	7,0	8 067	3,2
25	H. v. Metallserzeugnissen	623	13,5	6 438	4,2
26	H. v. DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	575	- 3,7	7 261	2,2
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	856	2,7	7 778	3,4
28	Maschinenbau	1 369	9,0	6 200	2,9
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	3 833	10,9	20 585	4,2
30	Sonstiger Fahrzeugbau	272	- 9,7	9 114	3,0
31	H. v. Möbeln	98	- 14,1	4 395	2,4
32	H. v. sonstigen Waren	295	40,5	10 601	5,9
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	93	- 14,1	3 635	3,0
	Insgesamt	12 108	9,6	9 954	3,7
	darunter Vorleistungsgüterproduzenten	3 673	6,8	8 536	3,9
	Investitionsgüterproduzenten	6 155	6,9	11 057	3,5
	Verbrauchsgüterproduzenten	1 838	25,6	9 780	4,5

* Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

¹ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

² Selbstbilanziert.

Abb. 2

Sachanlageinvestitionen im Verhältnis zum Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe* in Bayern 2014**
in Prozent

* Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

** Selbstbilanziert.

Ausrüstungen und übertrafen damit die Vorjahresinvestitionen um 2,7%. Den stärksten Rückgang mit jeweils 14,1% verzeichnete der Bereich „Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen“ zusammen mit den Möbelherstellern.

Gemessen an der Investitionsintensität (Sachanlageinvestitionen je Beschäftigten) belegten die Getränkehersteller die Spitzenposition im Verarbeitenden Gewerbe. Mit 27 911 Euro an Investitionen je Beschäftigten im Jahr 2014 übertrafen diese die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit 20 585 Euro je Beschäftigten. Die geringste Investitionsintensität war bei der Herstellung von Bekleidung (3 134 Euro) festzustellen.

Die höchste Investitionsquote (Sachanlageinvestitionen im Verhältnis zum Umsatz) mit 11,3% hatten 2014 die Hersteller von Getränken. Es folgten der Wirtschaftsabschnitt „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ mit 9,4% und die Herstellung von sonstigen Waren mit 5,9% (vgl. Abbildung 2). Die niedrigste Investitionsquote des Verarbeitenden

Gewerbes mit 1,5% wies die Wirtschaftsabteilung „Herstellung von Bekleidung“ auf.

Regionale Entwicklung der Investitionstätigkeit

43,5% der Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern, d. h. rund 5,3 Milliarden Euro, entfielen 2014 auf den Regierungsbezirk Oberbayern, der

Tab. 3 Aktivierte Sachanlageinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe* Bayerns im Jahr 2014 nach Regierungsbezirken
Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten

Regierungsbezirk	Sachanlageinvestitionen 2014		
	Millionen Euro	Veränderung zum Vorjahr in Prozent	Anteil an Bayern insgesamt
Oberbayern	5 266	8,9	43,5
Niederbayern	1 425	20,5	11,8
Oberpfalz	950	- 4,7	7,8
Oberfranken	794	3,1	6,6
Mittelfranken	1 320	19,5	10,9
Unterfranken	849	11,5	7,0
Schwaben	1 505	7,6	12,4
Bayern	12 108	9,6	100

* Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

damit wieder an der Spitze bei den aktivierten Sachanlageinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes stand (vgl. Tabelle 3). Der Regierungsbezirk Schwaben belegte mit einem Anteil von 12,4 % den zweiten Platz. Das Schlusslicht unter den Regierungsbezirken bildete Oberfranken mit 6,6 % Investitionsanteil. Die höchsten Zunahmen bei den Investitionen gegenüber dem Jahr 2013 konnten mit 20,5 % der Regierungsbezirk Niederbayern und mit 19,5 % der Regierungsbezirk Mittelfranken verbuchen. Einen Rückgang der Investitionen gegenüber dem Vorjahr wies einzig der Regierungsbezirk Oberpfalz mit 4,7 % aus.



Details zur Investitionserhebung 2014 enthält der Statistische Bericht „Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern 2014“ (E1600C 201400), der im Internet (www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen) kostenlos als PDF-Datei heruntergeladen werden kann.

16 Jahre Insolvenzordnung in Deutschland: Ergebnisse der Statistik über beantragte Insolvenzverfahren in Bayern 1999 bis 2014

Dr. Raphaela Seubert

Seit 1. Januar 1999 gilt in Deutschland eine einheitliche Insolvenzordnung (InsO), welche früher geltende Regelungen abgelöst hat. Anzahl und Art der seit diesem Zeitpunkt gerichtlich bearbeiteten, beantragten Insolvenzverfahren können den Ergebnissen der bundesweit durchgeführten Statistik über beantragte Insolvenzverfahren entnommen werden. Der vorliegende Beitrag möchte die zahlenmäßige Entwicklung der beantragten Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzverfahren in Bayern, wie sie von der Insolvenzstatistik innerhalb dieses insgesamt 16 volle Berichtsjahre (1999 bis einschließlich 2014) umfassenden Zeitraums aufgezeichnet wurde, darstellen. Dabei wird auch auf die Forderungssummen der Gläubiger sowie auf die Anzahl der von Unternehmensinsolvenzen betroffenen Arbeitnehmer eingegangen. Zusätzlich werden auf graphischer Basis Vergleiche angestellt in Bezug auf die zeitliche Entwicklung der Anzahl der beantragten Insolvenzverfahren, der Höhe des Gründungssaldos (Differenz zwischen Neugründungen und vollständigen Aufgaben von Gewerbebetrieben) sowie der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts.

Vorbemerkungen

Insolvenzverfahren in Deutschland

Am 1. Januar 1999 wurden in Deutschland die Konkurs-, die Vergleichs- und die Gesamtvollstreckungsordnung durch eine neue, einheitliche Insolvenzordnung (InsO) abgelöst. Gemäß der Insolvenzordnung besteht der grundsätzliche Zweck des Insolvenzverfahrens darin, „die Gläubiger eines Schuldners gemeinschaftlich zu befriedigen, indem das Vermögen des Schuldners verwertet und der Erlös verteilt wird“ (§ 1 InsO). Die Insolvenzordnung schuf für natürliche Personen außerdem die Möglichkeit, durch ein Insolvenzverfahren nach einer gewissen Frist (sog. Wohlverhaltensphase) die restlichen Schulden erlassen zu bekommen. Diese Wohlverhaltensphase wurde zunächst auf sieben Jahre festgelegt (vgl. Angele 2003, S. 293–294).

Die Insolvenzordnung von 1999 unterscheidet grundsätzlich zwei Arten von Insolvenzverfahren:

Regelinsolvenzverfahren und vereinfachte Verfahren. Das Regelinsolvenzverfahren wird bei Unternehmen, auch bei Einzelunternehmen und freien Berufen sowie bei ausgewählten natürlichen Personen (Gesellschafter großer Unternehmen), angewendet. Das vereinfachte Verfahren hingegen ist für Verbraucher und (von 1999 bis zum 1. Dezember 2001) auch für Personen, die in geringfügigem Umfang selbstständig tätig waren (Kleingewerbe), vorgesehen (vgl. Angele 2003, S. 293).

Zum 1. Dezember 2001 wurde die Insolvenzordnung novelliert. Dadurch wurden einerseits Erleichterungen für natürliche Personen geschaffen: So wurde die Wohlverhaltensphase ab 1. Dezember 2001 von sieben auf sechs Jahre verkürzt. Außerdem wurde es nun möglich, dass die Verfahrenskosten für natürliche Personen, zu denen auch Einzelunternehmen, Kleinunternehmen und freiberuflich Tätige zählen, gestundet werden. Dadurch wurde es auch für

gänzlich mittellose Schuldner grundsätzlich möglich, ein Insolvenzverfahren zu beginnen, an dessen Ende nach sechs Jahren eine Befreiung von ihren restlichen Schulden stehen kann (vgl. Angele 2003, S. 293–294).

Andererseits kam es durch die Novellierung der Insolvenzordnung (InsO) zum 1. Dezember 2001 zu einer Erschwerung für ehemals selbstständig Tätige: So kommen ab diesem Zeitpunkt nur noch ehemalige Kleinunternehmer, deren Vermögensverhältnisse überschaubar sind, für ein vereinfachtes Insolvenzverfahren in Betracht. Die Vermögensverhältnisse gelten hierbei dann als überschaubar, wenn ein Schuldner weniger als 20 Gläubiger hat und zudem keine Forderungen aus Arbeitsverhältnissen bestehen. Für alle Kleinunternehmer mit nicht überschaubaren Vermögensverhältnissen hingegen kommt nur ein Regelinsolvenzverfahren in Betracht (vgl. Angele 2003, S. 294).

Seit einigen Jahren wird das Insolvenzrecht in Deutschland einem mehrstufigen Reformprozess unterzogen. So trat im Jahr 2012 das „Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen“ (ESUG) in Kraft, welches die Sanierung überlebensfähiger Unternehmen erleichtern sollte. Das „Gesetz zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte“ trat, von Ausnahmen abgesehen, zum 1. Juli 2014 in Kraft und diente zur Modifikation des Verbraucherinsolvenzverfahrens. Eine daraus resultierende wesentliche Neuregelung besteht darin, dass das Restschuldbefreiungsverfahren für Verfahren, die nach dem 1. Juli 2014 beantragt werden, auf fünf Jahre verkürzt wird, wenn mindestens die Verfahrenskosten beglichen werden, bzw. auf drei Jahre, wenn der Schuldner innerhalb dieses Zeitraums die Verfahrenskosten sowie einen bestimmten Anteil seiner Schulden begleicht. Schließlich soll ein Konzerninsolvenzrecht errichtet werden; das zugehörige Gesetzgebungsverfahren läuft derzeit (vgl. Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz 2016).

Die Insolvenzstatistik

Bis Ende 2012 beruhte die Insolvenzstatistik in Deutschland nicht auf einem eigenen Fachstatistik-

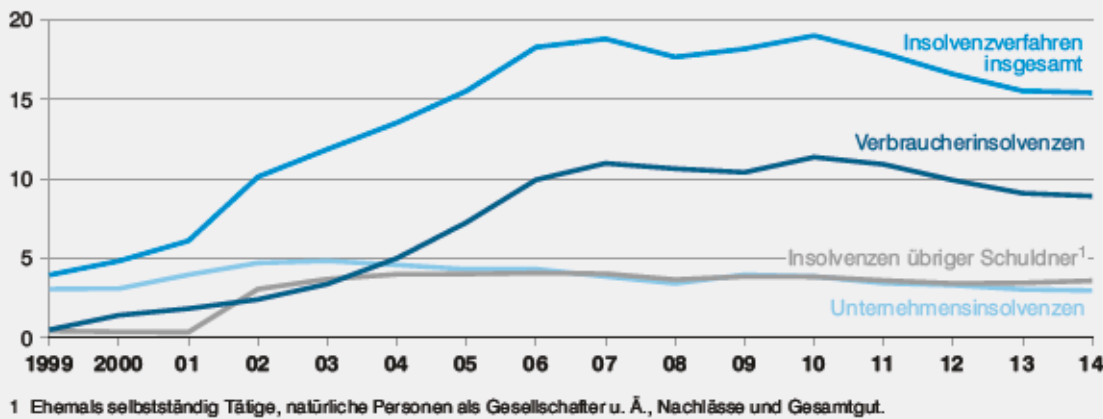
gesetz, sondern auf § 39 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz (GVGEG). Seit dem 1. Januar 2013 wird die Insolvenzstatistik durch ein eigenes Fachstatistikgesetz geregelt: Das Insolvenzstatistikgesetz (InsStatG), welches mit dem oben bereits genannten Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen vom 7. Dezember 2011 (ESUG, BGBl. I Nr. 64 vom 13. Dezember 2011 S. 2582) beschlossen wurde. Gemäß dem Insolvenzstatistikgesetz gliedert sich die Insolvenzstatistik, eine Bundesstatistik, in zwei Teilstatistiken: Einerseits die monatliche „Statistik über beantragte Insolvenzverfahren“, andererseits die jährliche „Statistik über beendete Insolvenzverfahren und Restschuldbefreiung“. Seit Einführung der Insolvenzordnung vom 1. Januar 1999 liegen mittlerweile 16 volle Berichtsjahre der Statistik über beantragte Insolvenzverfahren vor.

Die Statistik über beantragte Insolvenzverfahren, welche die Grundlage dieses Beitrags darstellt, beruht auf Meldungen der Insolvenzgerichte an die jeweiligen Statistischen Landesämter. In Bayern liefern die 29 bayerischen Insolvenzgerichte hierfür monatlich mittels Online-Meldebogen statistische Informationen über die bearbeiteten Insolvenzanträge an das Bayerische Landesamt für Statistik.

Analog zur Insolvenzordnung wird auch im Rahmen der Insolvenzstatistik zwischen den unterschiedlichen Insolvenzverfahren unterschieden. Von Verbrauchern durchlaufene vereinfachte Insolvenzverfahren werden im Folgenden als Verbraucherinsolvenzverfahren (bzw. synonym Verbraucherinsolvenzen) bezeichnet, von Unternehmen durchlaufene Regelinsolvenzverfahren als Unternehmensinsolvenzverfahren (bzw. synonym Unternehmensinsolvenzen).

Sowohl bei den Verbraucher- als auch bei den Unternehmensinsolvenzverfahren wird, neben mehreren anderen Erhebungsmerkmalen, die voraussichtliche Höhe der Insolvenzforderungen der Gläubiger erfasst, bei den Unternehmensinsolvenzverfahren auch die Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmerinnen zum Zeitpunkt der Antragstellung. Bei der Interpretation dieser statistisch erfassten Merkmale ist Folgendes zu beachten:

Abb. 1
Beantragte Insolvenzverfahren in Bayern 1999 bis 2014
in Tausend



Die Höhe der voraussichtlichen Insolvenzforderungen der Gläubiger wird von den Gerichten auf Basis der Angaben, die die Schuldner gemacht haben, geschätzt. Dies geschieht zu einem relativ frühen Zeitpunkt innerhalb des gesamten Insolvenzverfahrens, noch bevor die Gläubiger aufgefordert wurden, ihre Forderungen bei Gericht anzumelden. Somit kann die tatsächliche Forderungssumme, die sich erst am Ende des Insolvenzverfahrens herauskristallisiert, deutlich höher liegen.

Bei den Angaben zur Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmerinnen sollte beachtet werden, dass Unternehmen unter Umständen bereits vor einem Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens Arbeitsplätze abbauen. In der Statistik über beantragte Insolvenzverfahren werden nur die Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmerinnen erfasst, welche zum Zeitpunkt des Antrages im Unternehmen beschäftigt waren. Hier kann zudem eine Untererfassung vorliegen, falls dem Gericht zur Anzahl der Beschäftigten zum Insolvenzzeitpunkt (noch) keine Informationen vorliegen.

Im Folgenden werden die Zeitreihen der Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzverfahren sowie der Forderungssummen der Gläubiger und der von Unternehmensinsolvenzen betroffenen Beschäftigten seit Einführung der Insolvenzordnung im Jahr 1999 dargestellt. In diesem Zusammenhang sollen außerdem Vergleiche mit den Zeitreihen des Gründungssaldos und des Bruttoinlandsprodukts angestellt werden.

Entwicklung der Insolvenzen seit 1999

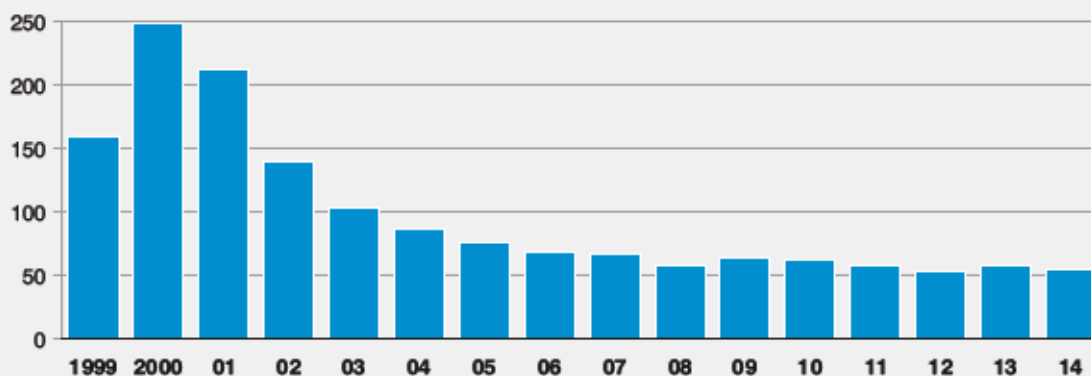
Verbraucherinsolvenzen

Nach Inkrafttreten der Insolvenzordnung im Jahr 1999 stieg die Anzahl der beantragten Verbraucherinsolvenzverfahren zunächst massiv an (vgl. Abbildung 1), von 480 Verfahren im Jahr 1999 auf 10 962 Verfahren im Jahr 2007 – also um mehr als das Zwanzigfache innerhalb von acht Jahren. Den seit Einführung der Insolvenzordnung vorläufigen zahlenmäßigen Höhepunkt erreichten die Verbraucherinsolvenzverfahren im Jahr 2010, mit 11 349 beantragten Verbraucherinsolvenzverfahren.

Ein wesentlicher Grund für den starken Anstieg der Anzahl der Verbraucherinsolvenzverfahren nach Einführung der Insolvenzordnung im Jahr 1999 war sicherlich vor allem die Möglichkeit der Restschuldbefreiung, die es im vorher geltenden Insolvenzrecht noch nicht gab. Ein weiterer Einflussfaktor, der einen Anstieg der Verbraucherinsolvenzverfahren begünstigte, bestand darin, dass es seit der Novellierung der Insolvenzordnung zum 1. Dezember 2001 natürlichen Personen – somit insbesondere auch Verbrauchern – möglich wurde, die Verfahrenskosten stunden zu lassen.

Die durchschnittliche Forderungssumme je Verbraucherinsolvenzverfahren war im gesamten Betrachtungszeitraum insgesamt deutlich rückläufig (vgl. Abbildung 2). Betrug diese im Jahr 2000 noch 249 134 Euro (Maximalwert im Betrachtungs-

Abb. 2
**Durchschnittliche Forderungssumme je beantragtem Verbraucherinsolvenzverfahren
 in Bayern 1999 bis 2014**
 in Tausend Euro



zeitraum), so belief sie sich im Jahr 2012 nur noch auf 54 144 Euro (Minimalwert) und im Jahr 2014 auf 55 383 Euro.

Sechs Jahre nach der Einführung der Insolvenzordnung von 1999, d.h. seit ca. 2005, stabilisierte sich die Anzahl der beantragten Verbraucherinsolvenzverfahren in einem Korridor zwischen 7 241 Verfahren im Jahr 2005 (relatives Minimum im derart „trunkierten“ Betrachtungszeitraum) und 11 349 Verfahren im Jahr 2010 (Maximum). Vor dieser Stabilisierungsphase lag eine Einführungsphase, in der die Möglichkeit, ein Insolvenzverfahren inklusive entsprechender Beratungsmöglichkeiten (z.B. Schuldnerberatungsstellen) zu beantragen, erst institutionalisiert wurde. So erfolgte im Jahr 2000 eine Aufwertung der Schuldnerberatungsstellen zu Insolvenzberatungsstellen, die überschuldete Haushalte entsprechend unterstützen konnten (vgl. Angele 2002, S. 463).

Seit einschließlich 2011 ist ein leichter Rückgang der Verbraucherinsolvenzverfahren zu verzeichnen. Dieser Rückgang könnte zum Teil auf das am 19. Juli 2013 in Kraft getretene, bereits erwähnte „Gesetz zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte“ sowie daraus resultierende „Warteeffekte“ zurückzuführen sein, da nach diesem Gesetz für Verbraucherinsolvenzverfahren, die nach dem 30. Juni 2014 angemeldet werden, unter bestimmten Bedingungen ei-

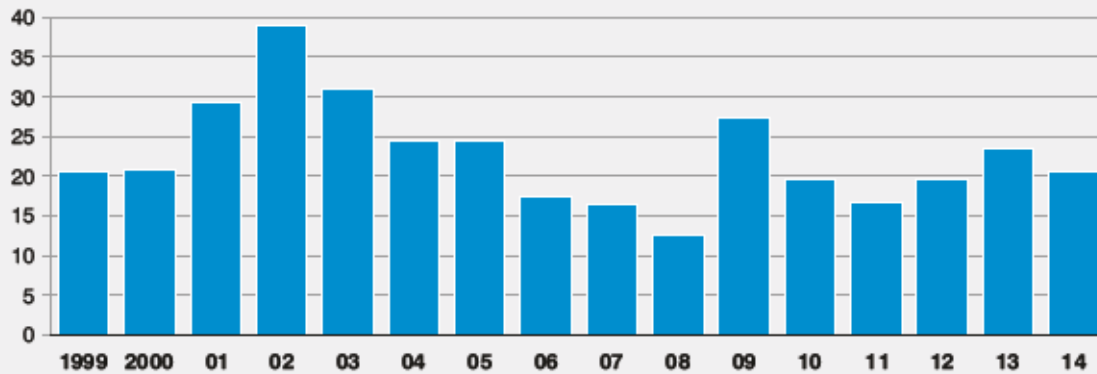
ne Restschuldbefreiung schon nach drei bzw. fünf Jahren (statt erst nach sechs Jahren) möglich ist.

Unternehmensinsolvenzen

Bei den Unternehmensinsolvenzen zeigte sich – im Gegensatz zum deutlichen Anstieg der Verbraucherinsolvenzen nach 1999 – eine zahlenmäßig deutlich konstantere Entwicklung: Die Anzahl der jährlich beantragten Unternehmensinsolvenzverfahren bewegte sich im Betrachtungszeitraum 1999 bis 2014 im Korridor zwischen knapp 3 000 und knapp 5 000 Unternehmensinsolvenzen pro Jahr, mit einem Maximum von 4 818 Verfahren im Jahr 2003 (vgl. Abbildung 1). Der zahlenmäßige Anstieg der Unternehmensinsolvenzverfahren vom Jahr 2001 auf das Jahr 2002 ist sicherlich teilweise auf die bereits oben erwähnte Änderung der Insolvenzordnung zum 1. Dezember 2001 zurückzuführen, welche die Stundung der Verfahrenskosten für natürliche Personen, zu denen auch Einzelunternehmen, Kleinunternehmen und freie Berufe zählen, vorsieht.

Innerhalb des gesamten Betrachtungszeitraums von 1999 bis 2014 waren von Unternehmensinsolvenzen insgesamt 362 899 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betroffen, bezogen auf den Beobachtungszeitraum sind dies durchschnittlich 22 681 Beschäftigte pro Jahr. Wie Abbildung 3 zeigt, wurden in den Jahren 2002 und 2009 jeweils Spitzenwerte hinsichtlich der Anzahl der von Unternehmensinsolvenzen betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Abb. 3
Von Unternehmensinsolvenzen betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern 1999 bis 2014
 in Tausend

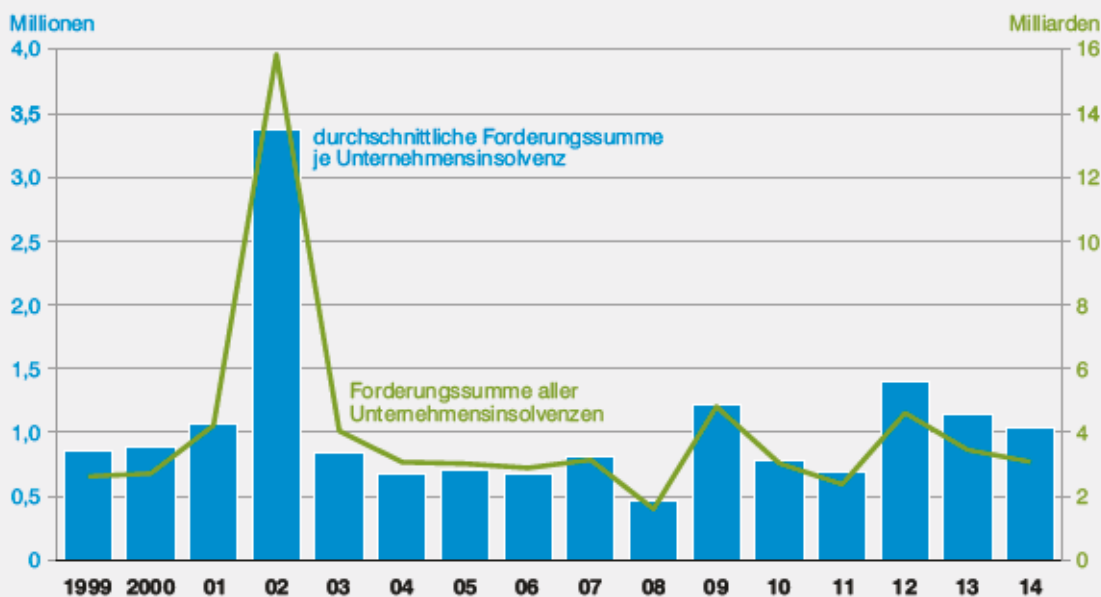


erreicht: Im Jahr 2002 waren es 39 070 und im Jahr 2009 belief sich deren Anzahl auf 27 252.

Die Forderungssumme der Gläubiger gegenüber allen Unternehmen, die in den Jahren 1999 bis 2014 Insolvenz angemeldet hatten, belief sich pro Jahr auf durchschnittlich 4,02 Milliarden Euro, mit einem Minimum von 1,59 Milliarden Euro (im Jahr 2008) und einem Maximum von 15,81 Milliarden Euro (im Jahr

2002). Je Unternehmensinsolvenz betrug die durchschnittliche Forderungssumme zwischen 468,1 Tausend Euro (Minimum im Jahr 2008) und 3,37 Millionen Euro (Maximum im Jahr 2002). Abbildung 4 gibt einen entsprechenden Überblick. Ein Vergleich der Zeitreihen in den Abbildungen 3 und 4 zeigt außerdem, dass in den Jahren 2002 und 2009, in denen jeweils besonders viele Beschäftigte von Unternehmensinsolvenzen betroffen waren, auch besonders

Abb. 4
Forderungssumme aller beantragten Unternehmensinsolvenzverfahren sowie durchschnittliche Forderungssumme je beantragtem Unternehmensinsolvenzverfahren in Bayern 1999 bis 2014
 in Euro



hohe finanzielle Schäden für die Gläubiger entstanden sind. Der Spitzenwert im Jahr 2002 geht insbesondere auf fünf Großinsolvenzen zurück.

Entwicklung der Insolvenzen im Vergleich zum Gründungssaldo und zum Bruttoinlandsprodukt

Es liegt nahe, die Anzahl der beantragten Insolvenzverfahren mit weiteren gesamtwirtschaftlichen Kenngrößen zu vergleichen. Dabei ist zu beachten, dass

preisbereinigte Daten für das bayerische Bruttoinlandsprodukt mit Basisjahr 2010 (2010=100) derzeit erst ab dem Jahr 2000 verfügbar sind.

Der Vergleich der Zeitreihen der beantragten Unternehmensinsolvenzverfahren und des bayerischen Bruttoinlandsprodukts (BIP; preisbereinigt; 2010=100) zeigt eine gegenläufige Entwicklung (vgl. die Abbildungen 5 und 6): Je niedriger die preisbereinigte

Abb. 5
Beantragte Unternehmensinsolvenzverfahren und Bruttoinlandsprodukt in Bayern 2000 bis 2014

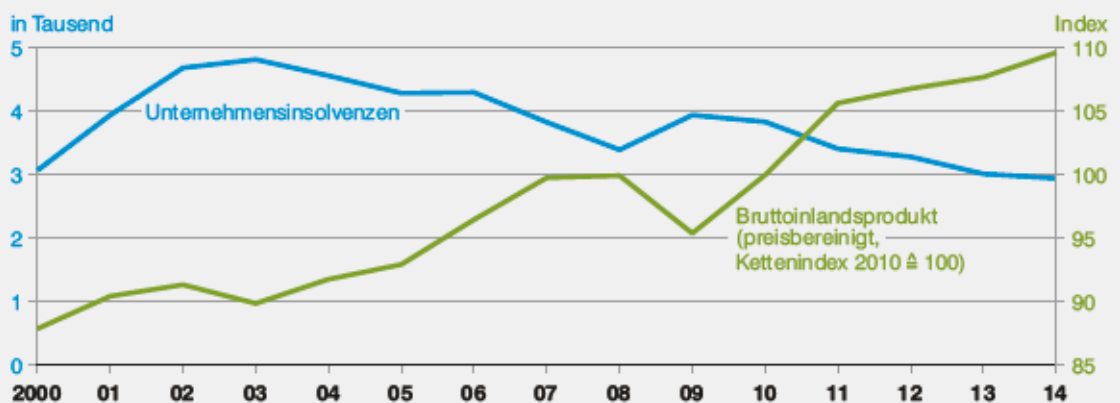
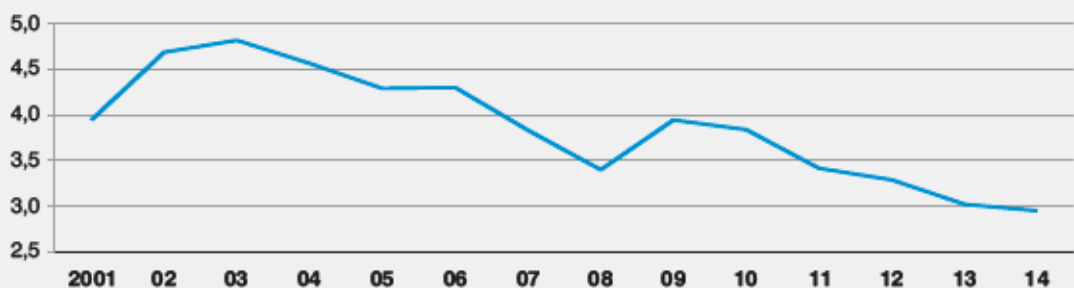


Abb. 6
Beantragte Unternehmensinsolvenzverfahren in Bayern 2001 bis 2014
in Tausend



Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts in Bayern 2001 bis 2014
preisbereinigt, Veränderung jeweils gegenüber dem Vorjahr in Prozent

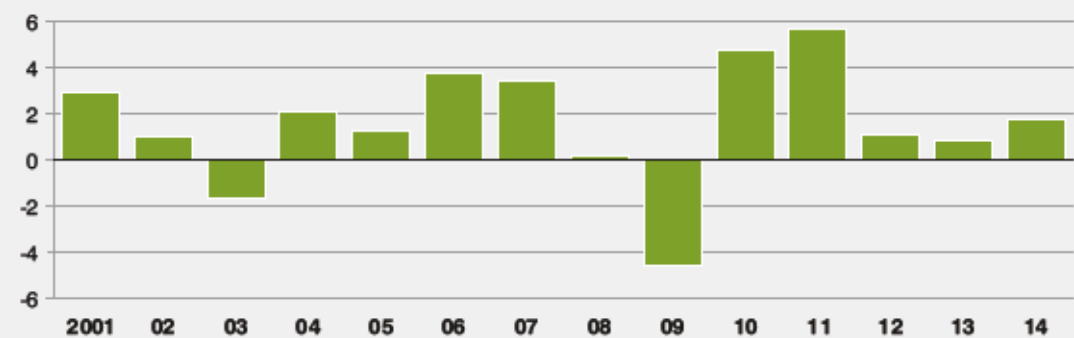
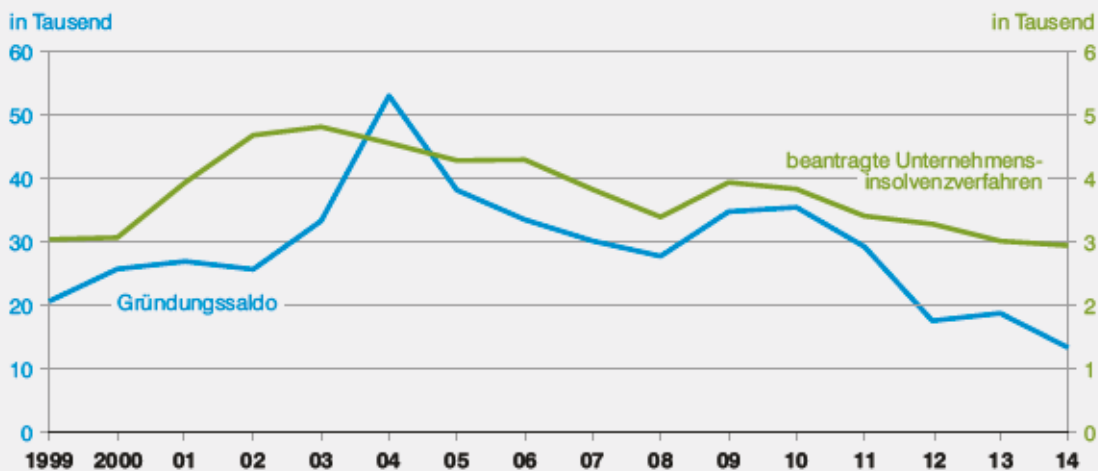


Abb. 7

Beantragte Unternehmensinsolvenzverfahren und Gründungssaldo* in Bayern 1999 bis 2014

* Neugründungen abzüglich vollständiger Aufgaben. Jeweils ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

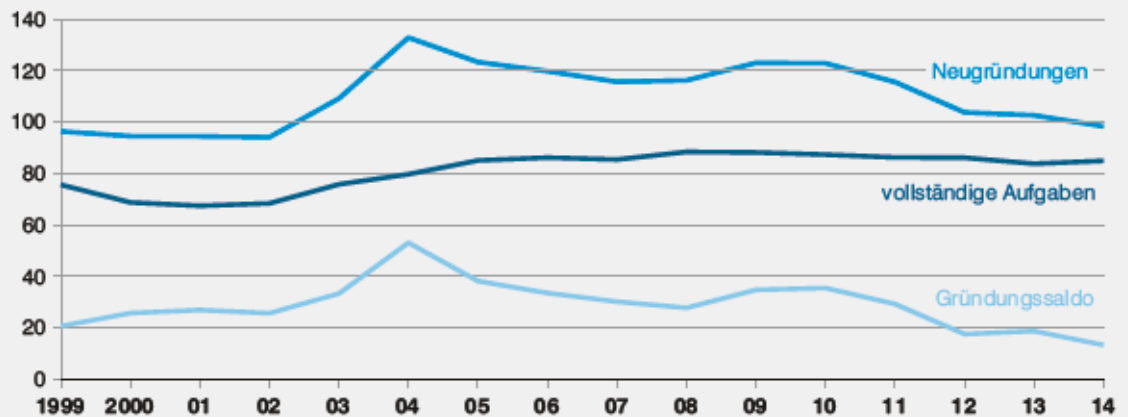
Veränderungsrate des BIP eines Jahres ist, desto größer ist tendenziell die Anzahl der in diesem Jahr beantragten Unternehmensinsolvenzen. So zeigte sich in 2003 ein relativer Tiefpunkt der BIP-Wachstumsrate gegenüber dem Vorjahr (-1,6%) und dem entsprechend ein relatives Maximum der Anzahl der beantragten Unternehmensinsolvenzverfahren (4 818 Insolvenzverfahren). Nachfolgend schloss sich eine Phase mit positiven BIP-Wachstumsraten und entsprechend rückläufigen Unternehmensinsolvenzzahlen an. In den Jahren 2006 und 2007 zeigten sich wieder vergleichsweise hohe Wachstumsraten des BIP (+3,8% bzw. +3,4%); bis einschließlich 2008 waren die Unternehmensinsolvenzen entsprechend rückläufig (3 831 beantragte Insolvenzverfahren im Jahr 2007, 3 397 im Jahr 2008). Die weltweite, im Jahr 2007 beginnende Finanz- und Wirtschaftskrise spiegelte sich anschließend in rückläufigen BIP-Wachstumsraten sowie in einem nachfolgenden lokalen Spitzenwert der Anzahl der Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2009 wider. So lag die Wachstumsrate des BIP im Jahr 2008 nahezu bei null (+0,2%), im Jahr 2009 war sie negativ (-4,5%), und die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen schnellte in den Jahren 2009 und 2010 nach oben, auf 3 943 bzw. 3 837 beantragte Unternehmensinsolvenzverfahren. Ab 2010 kam es wieder zu positiven Wachstumsraten des BIP und nachfolgend zu rückläufigen Unternehmensinsolvenzen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang außerdem, dass sich die Differenz der jeweiligen Anzahl von Neugründungen und vollständigen Aufgaben gewerblicher Tätigkeiten (im Folgenden als „Gründungssaldo“ bzw. als „Netto-Neugründungen“ bezeichnet) im Beobachtungszeitraum fast parallel zur Anzahl der beantragten Unternehmensinsolvenzen entwickelte: Je mehr Unternehmensinsolvenzen in einem Jahr beantragt wurden, desto höher war tendenziell auch der Gründungssaldo, d. h. umso mehr neue Betriebe wurden „netto“ neu gegründet.

Abbildung 7 illustriert den auffälligen Gleichlauf der beiden Zeitreihen „Unternehmensinsolvenzen“ und „Gründungssaldo“. Ein „Ausreißer“ beim Gründungssaldo zeigt sich allerdings im Jahr 2004. Dieser geht, wie Abbildung 8 zeigt, auf einen Spitzenwert bei den Neugründungen im Jahr 2004 zurück. Und zwar erhöhte sich die Anzahl der Neugründungen von 109 136 im Jahr 2003 auf 132 800 im Jahr 2004, um anschließend wieder etwas zurückzugehen (auf 123 285 Neugründungen im Jahr 2005). Diese punktuelle Aufwärtsbewegung ist vermutlich auf die damalige, zum 1. Januar 2003 in Kraft getretene Gründungsförderung für die „Ich-AG“, ein aus der Arbeitslosigkeit heraus gegründetes Einzelunternehmen, zurückzuführen.

Vergleicht man die zeitlichen Verläufe von Gründungssaldo und BIP miteinander (vgl. Abbildung 9),

Abb. 8
Neugründungen, vollständige Aufgaben und Gründungssaldo* in Bayern 1999 bis 2014**
 in Tausend



* Neugründungen abzüglich vollständiger Aufgaben.

** Alle Größen ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Abb. 9
Gründungssaldo* und Bruttoinlandsprodukt in Bayern 2001 bis 2014

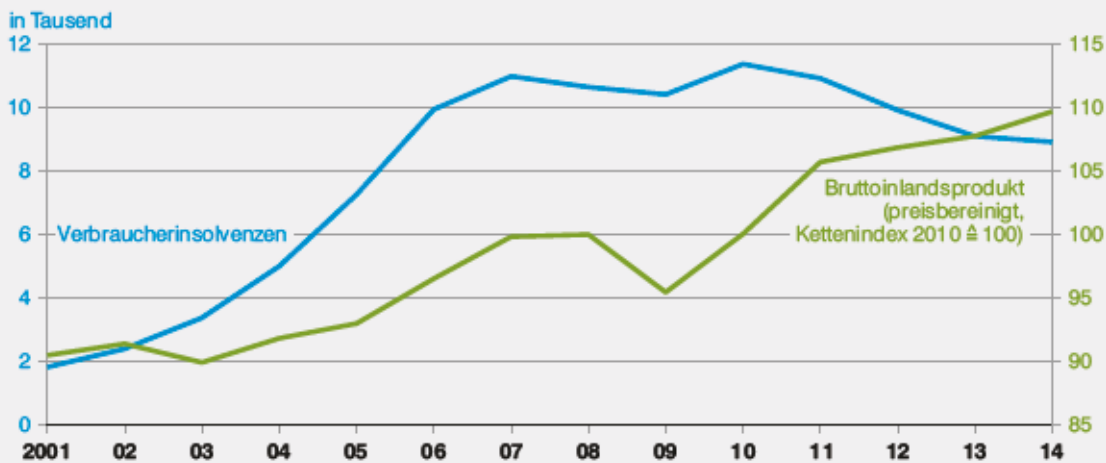


* Neugründungen abzüglich vollständiger Aufgaben. Jeweils ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

dann zeigt sich – gemessen am Wirtschaftswachstum – ab ca. dem Jahr 2002 ein antizyklisches Netto-Gründungsverhalten: In wirtschaftlich schlechteren Zeiten (vergleichsweise niedriges BIP) findet man relativ viele Netto-Neugründungen und umgekehrt. Ersteres betrifft insbesondere das Jahr 2003 mit einer BIP-Wachstumsrate von -1,6% im Vergleich zum Vorjahr, während von 2002 auf 2003 der Gründungssaldo um 29,7% anstieg. Allerdings muss man hierbei den oben schon erwähnten Anschubeffekt durch staatliche Gründungsförderung berücksichtigen.

Das antizyklische Netto-Gründungsverhalten trifft außerdem auf die Rezession im Jahr 2009 mit einer BIP-Wachstumsrate von -4,5% gegenüber dem Vorjahr zu: In diesem Jahr schnellte die Anzahl der Netto-Neugründungen deutlich nach oben (von 27 792 Netto-Neugründungen im Jahr 2008 auf 34 809 im Jahr 2009; +25,2%) und blieb auch im Jahr 2010 auf vergleichsweise hohem Niveau (35 499 Netto-Neugründungen). In den Jahren 2010 und 2011 wies das BIP wieder positive Wachstumsraten auf (+4,8% in 2010 und +5,7% in 2011). Im gleichen

Abb. 10
Bruttoinlandsprodukt und beantragte Verbraucherinsolvenzverfahren in Bayern 2001 bis 2014



Zeitraum zeigte sich eine fast spiegelverkehrte Entwicklung der Netto-Neugründungen, mit einer Wachstumsrate von nur 2,0% im Jahr 2010 und einem Rückgang um 17,5% im Jahr 2011 (jeweils im Vergleich zum Vorjahreswert).

Abschließend soll noch die Entwicklung der beantragten Verbraucherinsolvenzverfahren der BIP-Entwicklung gegenübergestellt werden (vgl. Abbildung 10). Dabei ist allerdings, wie schon erwähnt, zu beachten, dass sich bis etwa 2005 zuerst das neu eingeführte Verbraucherinsolvenzverfahren mit seiner Möglichkeit der Restschuldbefreiung „einspielen“ bzw. unter den Verbrauchern entsprechend bekannt werden musste. Frühestens ab dem Jahr 2005 kann man daher von einer aussagekräftigen – d.h. von besagtem „Starteffekt“ nicht mehr beeinflussten – Zeitreihe sprechen.

Von 2005 bis 2010 zeigt sich beim Vergleich der beiden Zeitreihen ein relativ paralleler Verlauf der Höhe des BIP und der Anzahl der Verbraucherinsolvenzverfahren. Wenn das BIP anstieg, erhöhte sich im betreffenden Jahr die Anzahl der beantragten Verbraucherinsolvenzverfahren. Wenn das BIP zurückging, sank auch die Zahl der Verbraucherinsolvenzverfahren. Seit 2011 jedoch verliert sich dieses Muster wieder und die Anzahl der Verbraucherinsolvenzverfahren geht bei steigendem BIP zurück. Dieser „musterwidrige End-Effekt“ könnte – wenn auch sicherlich nur zu einem kleinen Teil – durch das In-

krafttreten des „Gesetzes zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte“ im Jahr 2013 erklärbar sein.

Fazit

Die Insolvenzstatistik ermöglicht es, die Entwicklung der Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen deutschlandweit und nach Bundesländern im Zeitverlauf nachzuverfolgen. Als Betrachtungsperiode bietet sich der Zeitraum seit 1999 an, da im Jahr 1999 in Deutschland die neue Insolvenzordnung in Kraft trat. Diese betonte bei Unternehmensinsolvenzen stärker den Sanierungsgedanken, und sie ermöglichte Verbrauchern, ein vereinfachtes Insolvenzverfahren zu durchlaufen, welches unter bestimmten Voraussetzungen eine Restschuldbefreiung nach sich zieht.

Diese Zielsetzungen und Möglichkeiten der Insolvenzordnung spiegeln sich in den Zeitreihen für beantragte Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzverfahren wider: Bei den Verbraucherinsolvenzen kam es zu einem starken Anstieg in der Einführungsphase, während es einen solchen Bodensatzeffekt bei den Unternehmensinsolvenzen nicht gab. Die durchschnittliche Forderungssumme je Verbraucherinsolvenzverfahren war im Betrachtungszeitraum insgesamt rückläufig. Einen erneuten An Schub erhielt die Anzahl der Verbraucherinsolvenzen nochmals durch die Möglichkeit, die Verfahrenskosten stunden zu lassen (ab 2001). Bei der Anzahl der Un-

Unternehmensinsolvenzen zeigten sich lokale Spitzenwerte in den Jahren 2002 und 2003 sowie in 2009 und 2010. Bezogen auf die Anzahl der betroffenen Beschäftigten hingegen zeigten sich relative Maxima in den Jahren 2002 und 2009. Hinsichtlich der Forderungssumme insgesamt sowie deren durchschnittlicher Höhe pro Unternehmen gab es lokale Höchststände in den Jahren 2002, 2009 und 2012.

Der Vergleich der Zeitreihen der beantragten Unternehmensinsolvenzverfahren und des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zeigt eine gegenläufige Entwicklung: Je niedriger die Wachstumsrate des BIP in einem Jahr ist, desto größer ist tendenziell die Anzahl der in diesem Jahr beantragten Unternehmensinsolvenzen. Im Einklang mit dem zu beobachtenden antizyklischen Netto-Gründungsverhalten – d. h. in wirtschaftlich schlechteren Zeiten (vergleichsweise niedriges BIP) kommt es zu mehr Netto-Neugründungen und umgekehrt – zeigt sich eine gleichläufige Entwicklung zwischen Unternehmensinsolvenzen und Gründungssaldo (Neugründungen abzüglich vollständiger Aufgaben): Je mehr Unternehmensinsolvenzen in einem Jahr beantragt wurden, desto mehr neue Betriebe wurden netto neu gegründet und umgekehrt. Eine einfache Interpretation dieser Befunde im Sinne von Ursache-Wirkungs-Beziehungen sollte allerdings unterbleiben, da hier sicherlich eine Vielzahl von Einflussfaktoren eine Rolle spielt.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Anzahl der Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen im Zeitablauf offensichtlich einerseits mit makroökonomischen Größen (z. B. BIP, Gründungssaldo) korreliert, andererseits durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen (z. B. Einführung der Insolvenzordnung im Jahr 1999; gesetzliche Möglichkeit zur Stundung der Verfahrenskosten seit 2001; Inkrafttreten des „Gesetzes zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte“ im Jahr 2013) entscheidend beeinflusst wird. Wie sich zukünftige Modifikationen des Insolvenzrechts auswirken, wird noch mithilfe der Ergebnisse der Statistik über beantragte Insolvenzverfahren zu beobachten sein.

Literaturangaben

- Angele, J. (2002), Insolvenzen 1999–2001 nach neuem Insolvenzrecht. In: *Wirtschaft und Statistik* 6/2002, S. 460–470.
- Angele, J. (2003), Insolvenzen 2002. Auswirkungen der jüngsten Insolvenzrechtsreform. In: *Wirtschaft und Statistik* 4/2003, S. 293–300.
- Angele, J. (2004), Insolvenzen in Deutschland 2003. In: *Wirtschaft und Statistik* 4/2004, S. 410–421.
- Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz (2016). Reform des Insolvenzrechts. Online im Internet: www.bmju.de/DE/Themen/FinanzenUndAnlegerschutz/ReformInsolvenzrecht/ReformInsolvenzrecht_node.html (abgerufen am 13. Januar 2016).

Die Flüchtlinge in Bayern

nach Herkunftsgebieten, Altersaufbau, Geschlecht und Familienstand

(Ergebnisse der Volks- und Berufszählung am 29. Oktober 1946)

Die Sonderauszählung der Volks- und Berufszählung am 29. Oktober 1946 ergab für Bayern rund 1,66 Millionen Flüchtlinge, das sind 19 vH der Wohnbevölkerung. Von diesen kamen rund 432 000 oder 26 vH aus Schlesien, rund 872 000 oder 53 vH aus der Tschechoslowakei.

Unter den Regierungsbezirken Bayerns wiesen den größten Anteil von Flüchtlingen an der Wohnbevölkerung Niederbayern mit 24 vH, Schwaben mit 23 vH und Oberfranken mit 22 vH auf. Die relativ geringste Flüchtlingsbelegung hat Unterfranken mit einem Anteil von 14 vH. Die sudetendeutschen Flüchtlinge sind vor allem in den südlichen und westlichen Teilen des Landes untergebracht, die Schlesier im Norden und Osten des Landes, insbesondere in Oberfranken. Die Altersgliederung der Flüchtlinge zeigt durch die ein wenig stärkere Besetzung der jüngeren Altersstufen ein etwas günstigeres Bild als die gesamte Wohnbevölkerung.

Wegen der besonderen Bedeutung des Flüchtlingsproblems wurde bei der Aufbereitung der Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 eine Sonderauszählung der Flüchtlinge vorgenommen. Als Flüchtlinge wurden hierbei alle Personen mit deutscher Muttersprache gezählt, die am 1. September 1939 im deutschen Reichsgebiet von 1937 östlich der Oder/Neiße oder im Ausland wohnten. Dieser vor Beginn der großen Bevölkerungverschiebungen liegende Stichtag wurde für die Ermittlung der Herkunftsgebiete der Bevölkerung bei der Volkszählung 1946 in sämtlichen vier Zonen einschließlich Groß-Berlin einheitlich angenommen, so daß die in allen Ländern der amerikanischen und britischen Zone vorgesehene Sonderauswertung des Volkszählungsmaterials zum ersten Male völlig vergleichbare Ergebnisse für den Personenkreis der Flüchtlinge in dem gesamten Gebiet der beiden Zonen ergeben wird. Außerdem bietet die vorgenommene Auszählung der Flüchtlinge aus den nach einheitlichen Richtlinien ausgefüllten Haushaltslisten die Gewähr, daß die Feststellung des Personenkreises der Flüchtlinge allgemein gleichmäßig und vollständig erfolgt ist.

Die gewonnenen Ergebnisse können daher — trotz der nach dem Stichtag aufgenommenen weiteren rund 150 000 Flüchtlinge, die im wesentlichen das gleiche Strukturbild wie die bisher nach Bayern eingeschleusten Flüchtlinge aufweisen dürften — als gründliche und umfassende Bestandsaufnahme des Flüchtlingsstroms und damit als zuverlässige Grundlage für die Beurteilung und Behandlung des Flüchtlingsproblems gelten.

Die wichtigsten Ergebnisse dieser Sonderauszählung hinsichtlich der Gliederung der Flüchtlinge nach Herkunftsgebieten, Altersaufbau, Geschlecht und Familienstand sind in folgendem dargestellt. Die entsprechenden Ergebnisse über die Erwerbstätigkeit der Flüchtlinge werden in einem der nächsten Hefte veröffentlicht werden. Eine umfassende Darstellung der Sonderauszählung mit zahlreichen Tabellen und Übersichten wird in Kürze in Form einer besonderen Veröffentlichung erscheinen.

Am 29. Oktober 1946 wurden in Bayern

1 657 765 Flüchtlinge, davon
745 326 Männer und
912 439 Frauen,

gezählt. Diese Zahl entspricht einem Anteil von 18,9 vH an der Wohnbevölkerung Bayerns¹⁾. Damit gehört etwa jeder fünfte Einwohner Bayerns zum Personenkreis der Flüchtlinge.

¹⁾ Diese Zahl hat sich durch die inzwischen aufgenommenen rd. 150 000 Flüchtlinge nach dem Stand vom 1. Januar 1948 auf rd. 1,8 Millionen oder 20,3 vH der Bevölkerung erhöht.

Herkunftsgebiete

Die folgende Tabelle 1 vermittelt einen Überblick über die Flüchtlinge nach den Herkunftsgebieten.

1. Die Flüchtlinge in Bayern nach Herkunftsgebieten

Herkunftsgebiet	Flüchtlinge		Davon	
	Zahl	vH	männlich	weiblich
Deutsches Reichsgebiet von 1937 östlich der Oder/Neiße-Linie	533 664	32,2	238 901	294 763
davon Schlesien östl. der Lausitzer Neiße	431 898	26,0	1 8 153	243 655
Ostpreußen	70 085	4,2	33 320	36 766
Ostpommern	23 715	1,4	13 337	10 378
Ostbrandenburg	8 066	0,6	4 082	3 984
Ausland	1 110 940	67,0	499 778	611 162
davon Tschechoslowakei	871 863	52,7	389 236	482 627
Jugoslawien	51 759	3,1	24 826	26 933
Rumänien	37 515	2,2	19 885	17 630
Polen	39 827	2,2	18 609	18 218
Ungarn	34 181	2,1	16 498	17 683
Österreich	33 943	2,1	15 579	18 364
Sowjetunion	20 330	1,2	9 663	11 267
Sonst. Ausland	24 522	1,4	12 082	12 440
Ohne Angabe	13 161	0,8	6 647	6 514
Zusammen	1 657 765	100	745 326	912 439

Danach wohnten rund 534 000 oder etwa ein Drittel (32,2 vH) aller Flüchtlinge am 1. September 1939 im deutschen Reichsgebiet von 1937 östlich der Oder/Neiße-Linie. Von ihnen stellten die Schlesier mit allein rund 432 000 Personen oder etwas mehr als einem Viertel (26 vH) aller Flüchtlinge die weitaus stärkste Gruppe; dagegen traten die Ostpreußen mit rund 70 000 oder 4,2 vH, sowie die Flüchtlinge aus Ostpommern mit 1,4 vH und aus Ostbrandenburg mit 0,6 vH stark zurück. Der geringe Anteil der aus den letztgenannten drei Gebieten kommenden Flüchtlinge erklärt sich daraus, daß Bayern für diese nicht das eigentliche Auffanggebiet bildete.

Aus dem Ausland stammten rund 1 111 000 oder zwei Drittel (67 vH) aller Flüchtlinge. Von ihnen kamen rund 872 000 aus der Tschechoslowakei, die damit mehr als die Hälfte (52,7 vH) aller Flüchtlinge stellte. Gegenüber diesem überragenden Anteil der Sudetendeutschen sind die übrigen ausländischen Herkunftsgebiete von geringerer Bedeutung. Die Zahl der rund 52 000 volksdeutschen Flüchtlinge aus Jugoslawien entspricht nur einem Anteil von 3,1 vH (insgesamt kamen aus den südosteuropäischen Staaten Jugoslawien, Rumänien und Ungarn rund 123 000 Flüchtlinge nach Bayern). Die Gruppe der aus den osteuropäischen Staaten Polen und Sowjetunion einschließlich der baltischen Staaten Ausgewiesenen umfaßt rund 57 000 Personen oder 3,4 vH.

Unterbringungsgebiete

Die nachstehende Tabelle 2 gibt einen Überblick über die Verteilung der Flüchtlinge auf die Regierungsbezirke Bayerns.

Die größte Flüchtlingszahl hat Oberbayern mit rund 383 000 Personen; es folgen mit erheblichem Abstand Schwaben mit rund 274 000, Niederbayern mit rund 260 000 und Oberfranken mit rund 237 000 Personen. Hinsichtlich des Anteils der Flüchtlinge an der gesamten Wohnbevölkerung stehen jedoch Niederbayern mit 24 vH, Schwaben mit 22,9 vH und Oberfranken mit 22 vH an der Spitze, während Oberbayern den nicht unerheblich unter dem Landesdurchschnitt liegenden Anteil von 16,3 vH aufweist. Den letzten Platz sowohl nach der absoluten Zahl von Flüchtlingen als auch nach dem Anteil an der Wohnbevölkerung nimmt Unterfranken mit rund 142 000 Personen oder 14,4 vH ein.

²⁾ Einschließlich baltische Staaten.

2. Die Flüchtlinge nach Herkunfts- und Unterbringungsgebieten

Herkunftsgebiet	Flüchtlinge insgesamt	Davon wurden untergebracht im Regierungsbezirk													
		Oberbayern		Niederbayern u. Oberpfalz				Oberfranken u. Mittelfranken				Unterfranken		Schwaben	
				Teil		Teil		Teil		Teil					
				Niederbayern	Oberpfalz	Oberfranken	Mittelfranken	Oberfranken	Mittelfranken						
Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH	Zahl	vH		
Deutsches Reichsgebiet von 1937 östl. d. Oder/Neiße-Linie	533 664	93 652	24.47	113 116	43.53	71 024	40.27	117 503	49.60	51 120	27.50	37 934	26.69	49 315	18.00
davon															
Ostpreußen	70 085	13 264	3.47	12 220	4.70	7 444	4.22	11 884	5.02	7 587	4.08	6 376	4.49	11 310	4.13
Schlesien östlich der Lausitzer Neiße ..	431 808	71 349	18.64	97 919	37.68	60 401	34.25	100 072	42.24	39 420	21.21	28 199	19.84	34 448	12.57
Ostpommern	23 715	7 308	1.91	1 999	0.77	2 117	1.20	3 658	1.54	3 173	1.71	2 663	1.87	2 797	1.02
Ostbrandenburg	8 056	1 731	0.45	978	0.38	1 062	0.60	1 889	0.80	940	0.50	696	0.49	760	0.28
Ausland	1 110 940	286 440	74.86	145 640	56.04	103 373	58.61	117 939	49.78	133 039	71.57	102 077	71.83	222 432	81.20
darunter															
Jugoslawien	51 750	22 247	5.81	12 347	4.75	2 756	1.56	4 568	1.93	4 531	2.44	2 509	1.77	2 801	1.02
Österreich	33 943	14 824	3.87	4 909	1.89	2 290	1.25	2 312	0.97	2 779	1.49	2 359	1.66	4 560	1.67
Polen	36 827	8 765	2.29	5 496	2.11	4 399	2.49	6 141	2.59	4 837	2.60	3 491	2.46	3 608	1.35
Rumänien	37 515	7 185	1.88	9 243	3.56	3 143	1.78	5 270	2.22	6 192	3.33	3 182	2.24	3 300	1.20
Sowjetunion ¹⁾	20 330	3 965	1.04	3 355	1.29	2 060	1.17	2 724	1.15	2 436	1.31	2 551	1.79	3 239	1.18
Tschechoslowakei ..	871 863	208 399	54.46	100 059	38.50	86 690	49.10	92 754	39.15	104 884	56.42	83 212	58.55	196 955	71.53
Ungarn	34 181	10 549	2.76	8 501	3.27	845	0.48	1 770	0.75	4 571	2.46	2 665	1.88	5 280	11.96
Ohne Angabe	13 161	2 559	0.67	1 123	0.43	1 967	1.12	1 473	0.62	1 737	0.93	2 110	1.48	2 192	0.80
Summe	1 657 765	382 651	100	259 879	100	176 364	100	236 915	100	185 896	100	142 121	100	273 939	100
in vH der Wohnbevölkerung	18.86	16.28		23.96		19.85		22.01		15.37		14.44		22.90	

¹⁾ Einschließlich baltische Staaten.

Für die Erklärung dieser recht unterschiedlichen anteilmäßigen Belastung der Regierungsbezirke mit Flüchtlingen ist ein besonderer Blick auf die Stadtkreise einerseits und die Landkreise andererseits aufschlußreich.

Von 100 Personen der Wohnbevölkerung entfielen auf Flüchtlinge

in	insgesamt	in Stadtkreisen	in Landkreisen
Oberbayern	16.3	6.8	22.0
Niederbayern	24.0	17.4	24.7
Oberpfalz	19.9	14.7	21.4
Oberfranken	22.0	17.9	23.5
Mittelfranken	15.4	7.4	20.9
Unterfranken	14.4	4.4	16.0
Schwaben	22.9	7.4	26.0
Bayern	18.9	9.4	22.2

Diese Zahlen zeigen deutlich, daß in sämtlichen Regierungsbezirken die Stadtkreise hinsichtlich des Anteils der Flüchtlinge an der Wohnbevölkerung durchweg weit hinter den Landkreisen zurückbleiben. Die Ursache liegt grundsätzlich in der begrenzten Aufnahmefähigkeit der z. T. bombengeschädigten Städte (München, Nürnberg, Augsburg, Würzburg usw.), während die von Kriegsschäden größtenteils verschonten Landkreise und kleineren Stadtkreise von Niederbayern, Oberpfalz und Oberfranken für die wohnungsmäßige Unterbringung der Flüchtlinge zunächst bessere Möglichkeiten boten.

Die besonders geringe Beteiligung Unterfrankens in seinen Stadt- und Landkreisen an der Aufnahme von Flüchtlingen dürfte neben der großen Zahl der von den Landkreisen des Regierungsbezirks aufgenommenen bayrischen Evakuierten der stark bombengeschädigten Städte Würzburg, Aschaffenburg und Schweinfurt mit dem Vorhandensein ausgedehnter Gebiete schwieriger wirtschaftlicher Verhältnisse zu erklären sein.

Den Anteil der Flüchtlinge an der Bevölkerung der einzelnen Kreise veranschaulicht die Abbildung Nr. 1. Sie zeigt besonders deutlich das auch innerhalb der Regierungsbezirke recht unterschiedliche Bild des Anteils der Flüchtlinge an der Bevölkerung der Kreise. Diese Erscheinung spiegelt die im Zuge der schubweisen Einschleusung bedingte zunächst ungleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge wider.

Der verschiedenartige Anteil der Flüchtlinge an der Bevölkerung der Kreise kann nicht ohne weiteres als maßgebend für die tatsächliche Belastung der einzelnen Bezirke betrachtet werden, da hierfür die Wohndichte (Zahl der Personen je Wohnraum) und die örtlich äußerst verschiedenen Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit ergänzend

berücksichtigt werden müssen. Besondere Untersuchungen des Bayerischen Statistischen Landesamts über die Wohndichte¹⁾ und über die Offene Fürsorge²⁾ zeigen, daß z. B. weite Gebiete von Niederbayern und der Oberpfalz (u. a. die Kreise Wegscheid, Passau, Deggendorf, Bogen, Viechtach, Kötzing, Eschenbach i. d. Opf., Kemnath) besonders ungünstige Wohnverhältnisse und eine überdurchschnittliche Fürsorgebelastung aufweisen, so daß die relativ geringe Belegung dieser Gebiete mit Flüchtlingen bereits als eine besondere Belastung anzusehen ist. Andererseits ergeben die genannten Untersuchungen für die Wohnverhältnisse und Fürsorgekosten einer ganzen Anzahl schwäbischer und westfränkischer Kreise trotz der hier z. T. vorhandenen überdurchschnittlichen Flüchtlingsbelegung ein relativ günstiges Bild.

Die Verteilung der Flüchtlinge nach ihren Herkunftsgebieten auf die Regierungsbezirke ist, wie die Tabelle 2 und insbesondere die Abbildung Nr. 1 zeigt, außerordentlich verschieden.

Die Schlesier verteilen sich in folgender Weise über die Regierungsbezirke bzw. Regierungsbezirksteile Bayerns:

Oberbayern	rd. 71 000 oder 18.6 vH aller Flüchtlinge
Niederbayern	98 000 „ 47.7 „ „ „
Oberpfalz	60 000 „ 34.3 „ „ „
Oberfranken	100 000 „ 42.2 „ „ „
Mittelfranken	40 000 „ 21.2 „ „ „
Unterfranken	28 000 „ 19.8 „ „ „
Schwaben	35 000 „ 12.6 „ „ „
Bayern	432 000 „ 26.0 „ „

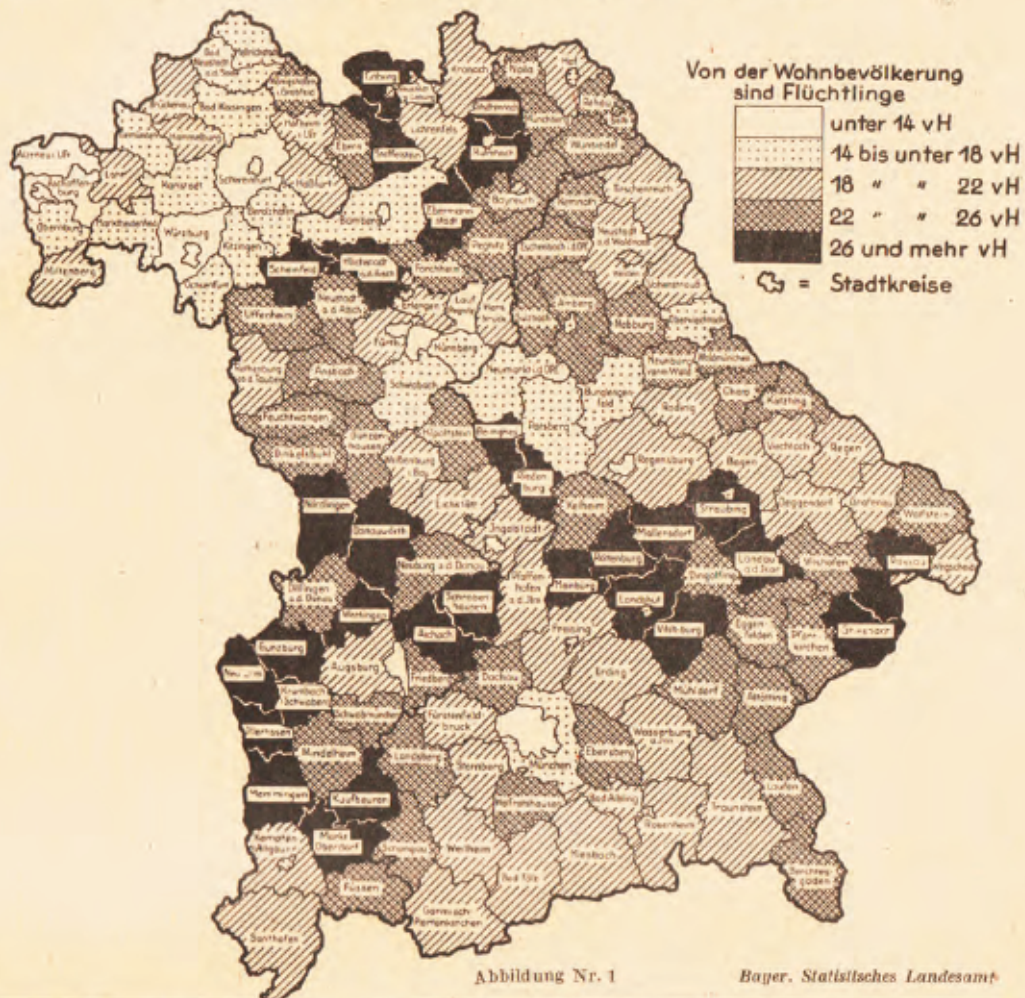
Die Zusammenballung der Schlesier in den östlichen und nordöstlichen Teilen Bayerns ist im wesentlichen durch das bereits während der letzten Kriegsmomente erfolgte Ausweichen großer Personengruppen aus den frontnahen Gebieten Schlesiens in diese Gegenden bedingt.

Im Gegensatz hierzu findet sich die größte Zahl sudetendeutscher Flüchtlinge in den südlichen und westlichen Teilen des Landes. An der Spitze liegen hier die Regierungsbezirke Oberbayern mit rund 208 000 und Schwaben mit rund 196 000 Personen. In Schwaben sind damit von je zehn Flüchtlingen mehr als sieben Sudetendeutsche. In weitem Abstand folgen Mittelfranken mit rund 105 000, Niederbayern mit rund 100 000 Ausgewiesenen aus der Tschechoslowakei. Anteilmäßig sind auch in Oberbayern, Mittelfranken und Unterfranken mehr als die Hälfte aller Flüchtlinge Sudetendeutsche.

¹⁾ Siehe „Bayern in Zahlen“ Heft 2, 1947, Seite 19 ff.²⁾ Siehe „Bayern in Zahlen“ Heft 11/12, 1947, Seite 258 ff.

Die Flüchtlinge in den Stadt- und Landkreisen Bayerns

Anteil an der Wohnbevölkerung am 29.10.1946



Von den übrigen Herkunftsgebieten aus dem Ausland treten die Volksgruppen aus Jugoslawien in besonderem Maße in Oberbayern (rund 22200 oder 5.8 vH) und Niederbayern (rund 12300 oder 4.8 vH aller Flüchtlinge) hervor. Die aus Rumänien und Ungarn Ausgewiesenen sind besonders in Niederbayern und in Mittelfranken stärker vertreten.

Eine Darstellung der Verteilung der sudetendeutschen und schlesischen Flüchtlinge auf die Regierungsbezirke enthält das Schaubild Nr. 2.

Geschlecht

Von den Flüchtlingen waren

745326 oder 44.9 vH Männer

912439 oder 55.1 vH Frauen.

Dieses Verhältnis der Geschlechter deckt sich fast genau mit dem der gesamten Wohnbevölkerung Bayerns, die 45 vH Männer und 55 vH Frauen aufweist. Es zeigt jedoch nach den einzelnen Herkunftsgebieten z. T. recht beachtliche und aufschlußreiche Abweichungen. So beträgt der Anteil der Männer unter den Flüchtlingen aus

Ostpommern	56,2 vH
Ostbrandenburg	50,7 „
Rumänien	53,1 „
Polen	50,5 „

Die Sudetendeutschen und Schlesier in Bayern

Verteilung auf die Regierungsbezirke



Abbildung Nr. 2

Quelle: „Beiträge zur Statistik Bayerns“ Heft 142/1948

Diese Erscheinung kann z. T. vielleicht damit erklärt werden, daß die männlichen Personen dieser Herkunftsgebiete im Zuge der Ereignisse der letzten Kriegsmomente bzw. nach Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft nach Bayern kamen und nach Kriegsende nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren konnten, während die Frauen dieser Gebiete aus verschiedenen Gründen größtenteils nicht nach Bayern gelangten.

Unter dem Durchschnitt liegt im Gegensatz zu der eben genannten Gruppe der Anteil der männlichen Personen unter den Flüchtlingen aus

Schlesien mit 43,5 vH Männern
Tschechoslowakei .. „ 43,8 „ „
UdSSR „ 44,3 „ „

Eine Erklärung hierfür liegt darin, daß aus diesen Gebieten ein Teil der männlichen deutschen Bewohner bisher

noch nicht ausgewiesen wurde. Ein weiterer Grund für den geringen Männeranteil unter diesen Flüchtlingen liegt in der Tatsache, daß Bayern das Auffanggebiet für die Flüchtlinge aus Schlesien und aus der Tschechoslowakei bildete. Offensichtlich wurde der weitaus größte Teil der weiblichen Bevölkerung aus diesen Gebieten nach Bayern eingewiesen, während die Männer vor dem Zusammenbruch sich teilweise in anderen Ländern befanden und bis zum Stichtag mit ihren Familienangehörigen noch nicht zusammengeführt werden konnten. Diese Vermutung wird auch dadurch bestätigt, daß die männlichen Jahrgänge zwischen 20 bis 50 Jahren sehr schlecht besetzt sind.

Altersgliederung

Die Gliederung der Flüchtlinge nach Altersgruppen zeigt die anschließende Tabelle 3.

3. Die Flüchtlinge nach Altersgliederung, Geschlecht und Herkunftsgebieten

Von den Flüchtlingen standen am 29. Oktober 1946 im Alter von Jahren		Flüchtlinge		Wohn- bevöl- kerung vH	Flüchtlinge aus			
		Zahl	vH		Schlesien östlich der Lausitzer Neiße		der Tschechoslowakei	
					Zahl	vH	Zahl	vH
unter 20	männlich	286 235	38,4	37,1	83 983	44,7	141 735	36,8
	weiblich	279 445	30,6	29,7	81 356	33,4	140 180	28,7
	zusammen	565 680	34,2	33,1	165 339	38,3	281 915	32,4
20 bis unter 30	männlich	100 123	13,4	11,4	25 768	13,7	39 432	10,3
	weiblich	145 457	16,0	15,2	39 479	16,2	69 429	14,2
	zusammen	245 580	14,8	13,4	65 247	15,1	108 861	12,4
30 bis unter 40	männlich	104 106	14,0	13,4	24 962	13,3	47 446	12,5
	weiblich	146 671	16,1	15,8	39 126	16,1	76 953	15,7
	zusammen	250 777	15,1	14,7	64 088	14,9	124 399	14,3
40 bis unter 50	männlich	109 237	14,7	15,0	23 789	12,6	61 691	16,1
	weiblich	134 017	14,7	14,7	33 783	13,8	76 801	15,8
	zusammen	243 254	14,7	14,9	57 572	13,3	138 492	15,9
50 bis unter 65	männlich	95 499	12,8	14,5	19 283	10,2	59 602	15,6
	weiblich	135 396	14,9	16,0	33 161	13,6	80 245	16,4
	zusammen	230 895	13,9	15,3	52 444	12,1	139 847	16,0
65 und mehr	männlich	50 126	6,7	8,6	10 368	5,5	33 330	8,7
	weiblich	71 453	7,8	8,6	16 750	6,9	45 019	9,2
	zusammen	121 579	7,3	8,6	27 118	6,3	78 349	9,0
Insgesamt	männlich	745 326	100	100	188 153	100	383 236	100
	weiblich	912 439	100	100	243 655	100	488 627	100
	zusammen	1 657 765	100	100	431 808	100	871 863	100

Es entfallen danach von je 100 Personen

auf die Altersgruppe	der Flüchtlinge	der Wohn- bevölkerung
unter 20 Jahre	34,2	33,1
20 bis unter 30 Jahre	14,8	13,4
30 „ „ 40 „ „	15,1	14,7
40 „ „ 50 „ „	14,7	14,9
50 „ „ 65 „ „	13,9	15,3
65 und mehr Jahre	7,3	8,6

Die im Verhältnis zur Wohnbevölkerung günstigere Altersgliederung der Flüchtlinge ist aus dieser Gegenüberstellung zu erkennen. In den Altersgruppen unter 40 Jahren sind die Flüchtlinge anteilmäßig etwas stärker, in den darüber liegenden Altersklassen anteilmäßig schwächer als in den entsprechenden Altersgruppen der Wohnbevölkerung vertreten. Damit wird die bisher weit verbreitete Annahme widerlegt, daß die Flüchtlinge einen ungünstigeren Altersaufbau aufweisen und mit ihrem Anteil an alten und erwerbsunfähigen Personen eine überdurchschnittliche Belastung der Wirtschaft Bayerns bedeuten würden. Das folgende Schaubild Nr. 3 zeigt diese Erkenntnis.

Das Schaubild enthält für jede Altersgruppe neben dem anteilmäßigen Wert für die Flüchtlinge und für die gesamte Wohnbevölkerung in zusätzlichen Stäben auch die entsprechenden Werte für die schlesischen und sudeten-deutschen Flüchtlinge. Auffallend erscheinen hierbei die

besonderen Unterschiede im Altersaufbau dieser beiden großen Flüchtlingsgruppen.

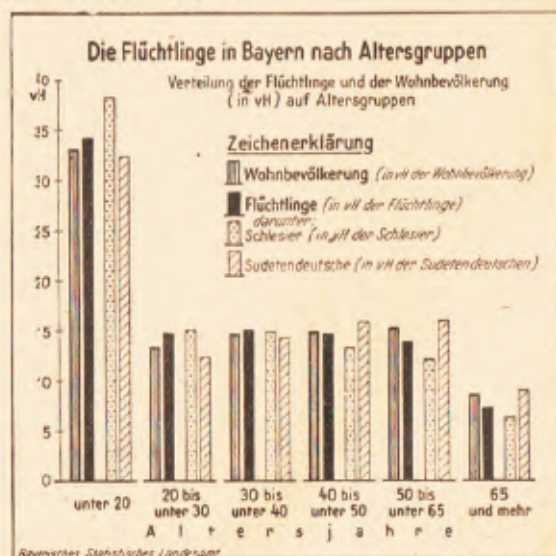


Abbildung Nr. 3

Von je 100 Personen standen im Alter unter 20 Jahren

	insgesamt	männlich	weiblich
bei den Flüchtlingen	34.2	38.4	30.6
davon aus			
Schlesien	38.3	44.7	33.4
Tschechoslowakei	32.4	36.8	28.7
übrigen Herkunftsgebieten	33.5	31.7	32.2
bei der Wohnbevölkerung ..	33.1	37.1	29.6

Die Flüchtlinge weisen also eine relativ größere Zahl in den jüngeren Jahrgängen auf als die gesamte Wohnbevölkerung. Im Gegensatz zu sämtlichen anderen Altersgruppen übersteigt hier die absolute Zahl der männlichen diejenigen der weiblichen Personen.

Von den beiden großen Flüchtlingsgruppen weisen die Schlesier den besonders hohen Anteil von 38.3 vH in der untersten Altersgruppe auf. Auffallend ist, daß der Anteil der männlichen Jugend unter 20 Jahren an der Gesamtzahl der männlichen Schlesier nicht weniger als 44.7 vH beträgt.

Die folgenden Altersstufen der Personen zwischen 20 bis 65 Jahre sind insofern von besonderem Interesse, als sie die Hauptmasse der erwerbsfähigen Personen bilden und damit für den Umfang der gegenwärtigen Erwerbstätigkeit der Flüchtlinge aufschlußreich sind.

Wie die Tabelle 3 zeigt, sind die Flüchtlinge in den Altersgruppen zwischen 20 bis unter 40 Jahren etwas stärker, in den Gruppen von 40 bis unter 65 Jahren schwächer als die gesamte Wohnbevölkerung vertreten.

Von 100 Personen standen

m Alter von ... Jahren	bei den Flüchtlingen	bei der Wohnbevölkerung
20 bis unter 40	29.9	28.1
40 „ „ 65	28.6	30.2
20 bis unter 65 zus.	58.5	58.3

Damit weisen die Flüchtlinge vor allem in den jungen voll einsatzfähigen Stufen des erwerbsfähigen Alters eine stärkere Besetzung auf, als die gesamte Wohnbevölkerung; eine für ihre Eingliederung in das Erwerbsleben bemerkenswerte Tatsache. Dagegen bleibt der Anteil der 40 bis unter 65 Jahre alten Flüchtlinge mit 28.6 vH gegenüber 30.2 vH bei der Wohnbevölkerung etwas zurück. Dieser Unterschied tritt vor allem bei der Altersgruppe der 50 bis 65 Jahre alten Flüchtlinge mit 13.9 vH gegenüber 15.3 vH bei der Wohnbevölkerung in Erscheinung.

Auch bei den Stufen des erwerbsfähigen Alters machen sich im Altersaufbau der beiden Flüchtlingsgruppen große Unterschiede bemerkbar. Während die Schlesier in der Altersgruppe von 20 bis unter 30 Jahren einen über dem Durchschnitt liegenden Anteil aufweisen, treten sie in den übrigen Altersgruppen des erwerbsfähigen Alters nicht unbedeutend zurück; hier sind die Sudeten-deutschen vor allem in den Altersgruppen zwischen 40 bis unter 65 Jahren überdurchschnittlich beteiligt.

Von 100 Personen standen

im Alter von ... Jahren	bei Flüchtlingen insgesamt	bei Schlesiern	bei Sudeten- deutschen
20 bis unter 40	29.9	30.0	26.7
40 „ „ 65	28.6	25.4	31.9
65 und mehr	7.3	6.3	9.0

Das gleiche gilt für die allgemein nicht mehr erwerbstätigen Altersgruppen der über 65 Jahre alten Personen. Auch hier sind die Flüchtlinge gegenüber der gesamten Wohnbevölkerung wesentlich geringer beteiligt. Diese die Flüchtlinge in ihrer Gesamtheit betreffende Erscheinung beruht darauf, daß die Schlesier einen besonders geringen Anteil dieser Jahrgänge haben; bei den Sudetendeutschen allerdings liegt der Anteil dieser Altersgruppe wesentlich höher und übersteigt sogar den Durchschnitt der gesamten Wohnbevölkerung.

Zusammenfassend ist hinsichtlich des Altersaufbaus der Flüchtlinge festzustellen, daß ihr Anteil an den unteren Altersgruppen bis zu 40 Jahren im Vergleich zur Wohnbevölkerung höher, in den Altersstufen über 40 Jahre entsprechend niedriger ist. Diese im wesentlichen auf die Altersstruktur der schlesischen Flüchtlinge zurückzuführende Erscheinung ergibt für den gesamten Rahmen der Nachwuchsjahrgänge, wie auch der gegenwärtigen und zukünftigen erwerbstätigen Jahrgänge im Wirtschaftsleben Bayerns ein nicht ungünstiges Bild.

Familienstand

Die Gliederung der Flüchtlinge nach dem Familienstand ist in gewissem Umfang durch den Altersaufbau bestimmt. Eine Übersicht hierüber gibt die folgende Tabelle 4.

4. Die Flüchtlinge nach Altersgruppen und Familienstand
(Vergleich mit der Wohnbevölkerung)

Alters- gruppe	Flüchtlinge			Wohnbevölkerung		
	ins- gesamt	davon verheiratet		ins- gesamt	davon verheiratet	
		Zahl	vH		Zahl	vH
unter 20 ...	565 680	2 080	0.4	2 910 274	7 179	0.2
20 bis unt. 30	2 455 80	84 357	34.3	11 889 910	393 712	33.1
30 „ „ 40	2 507 77	138 612	75.3	12 943 304	954 464	73.7
40 „ „ 50	2 432 54	196 987	81.1	13 098 813	1 051 992	30.2
50 „ „ 65	2 308 95	162 744	70.7	13 322 502	970 242	72.9
65 und mehr	121 579	55 749	46.0	7 538 847	361 924	48.1
Insgesamt	16 577 665	690 529	41.6	87 896 650	3 739 513	42.6

Danach sind verheiratet

von 100 Flüchtlingen	41.6
„ 100 Personen der Wohnbevölkerung ..	42.6

Der etwas geringere Anteil der Verheirateten unter den Flüchtlingen ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die älteren Jahrgänge über 40 Jahre, die eine durchweg größere Zahl von verheirateten Personen aufweisen, schwächer besetzt sind, als bei der Wohnbevölkerung.

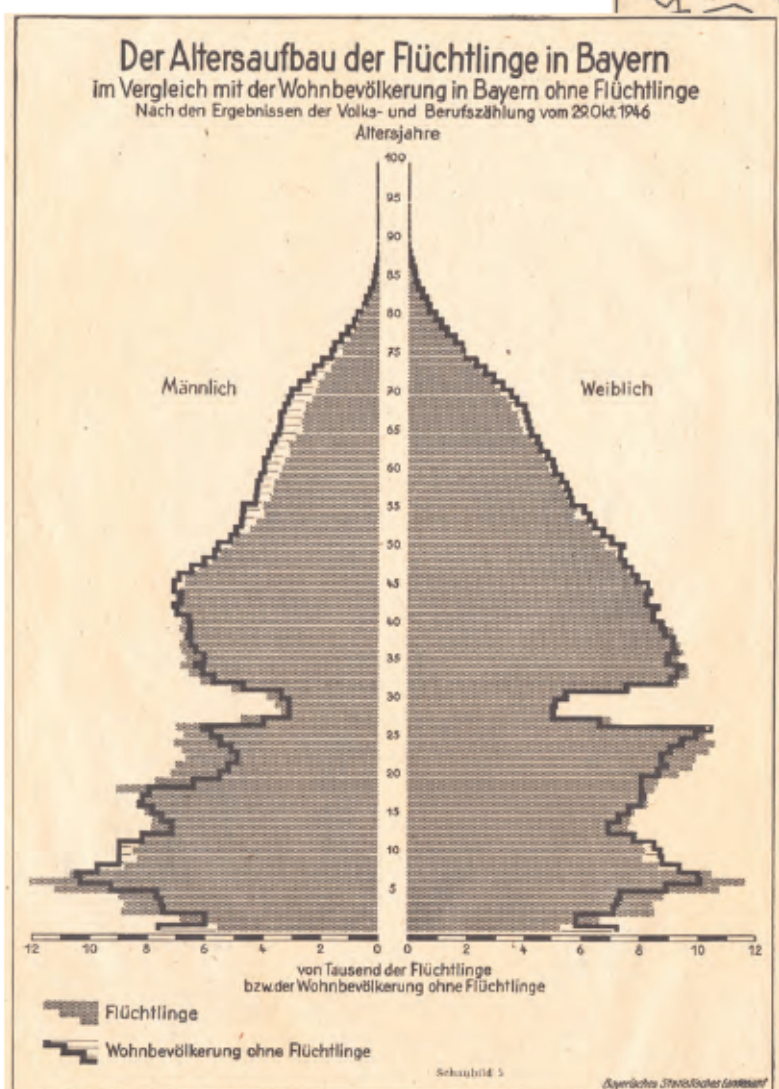
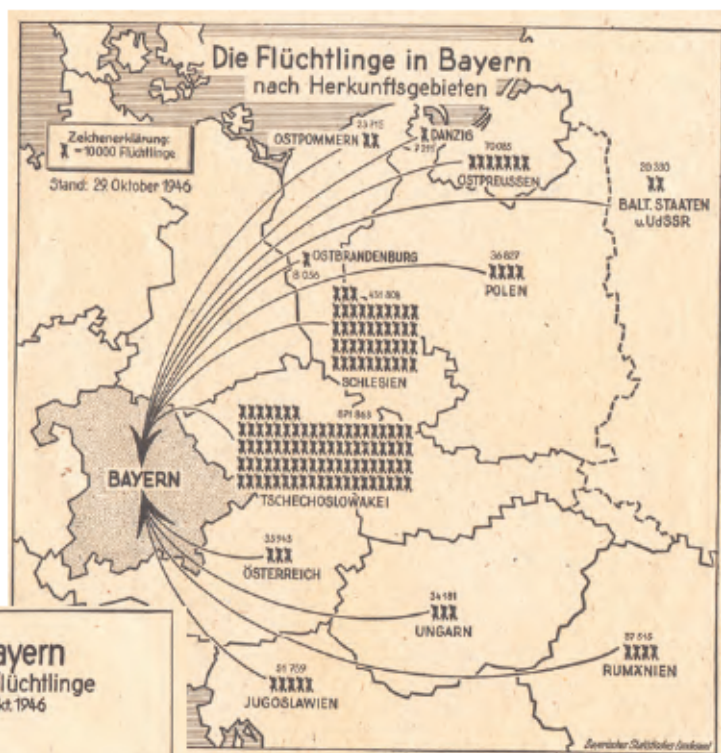
Ein Vergleich der Zahl der verheirateten Männer mit derjenigen der verheirateten Frauen zeigt ein Überwiegen der verheirateten Frauen um rund 50 000. Diese Zahl entspricht ungefähr der der noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen, vermißten oder aus ihren Herkunftsgebieten noch nicht ausgewiesenen Ehemänner.

Dr. G. Reichling

Quelle: „Beiträge zur Statistik Bayerns“ Heft 142/1946

Die Flüchtlinge in Bayern

Ergebnisse einer Sonderauszählung aus der Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946



Quelle: „Beiträge zur Statistik Bayerns“ Heft 142/1948

Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2014	2014		2015				
		Monatsdurchschnitt			April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
* Bevölkerungstand (Wertespalten 1 bis 3: zum 31.12.; sonst: Monatsende, ab Wertespalte 2: Basis Zensus 2011)	1 000	12 520	12 604	12 692	12 618	12 626	12 700	12 708	12 719	...	
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
* Eheschließungen ¹	Anzahl	5 148	4 969	5 194	4 800	6 975	2 130	2 922	4 006	...	
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	4,9	4,7	4,9	4,6	6,5	2,2	2,7	3,8	...	
* Lebendgeborene ²	Anzahl	8 921	9 131	9 496	8 941	9 037	8 162	9 789	9 272	...	
* G je 1 000 Einwohner	Anzahl	8,5	8,7	9,0	8,6	8,4	8,4	9,1	8,9	...	
* Gestorbene ³	Anzahl	10 453	10 575	10 344	10 658	9 616	12 879	13 871	11 442	...	
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	9,9	10,1	9,8	10,3	9,0	13,2	12,9	11,0	...	
* und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	23	25	26	19	26	18	27	21	...	
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	2,6	2,7	2,8	2,1	2,9	2,2	2,8	2,3	...	
* in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	12	13	16	10	14	11	12	12	...	
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	1,4	1,4	1,6	1,1	1,5	1,3	1,2	1,3	...	
* Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 532	-1 444	- 848	-1 717	- 579	-4 717	-4 082	-2 170	...	
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	- 1,5	- 1,4	- 0,8	- 1,7	- 0,5	- 4,8	- 3,8	- 2,1	...	
* Totgeborene ⁴	Anzahl	25	29	31	27	36	32	33	22	...	
Wanderungen (Wertespalten 4 bis 9: vorläufige Ergebnisse)											
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	28 295	30 527	33 365	31 486	29 261	29 402	36 954	35 586	29 908	
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	17 733	20 014	23 008	21 425	20 700	21 077	26 461	25 199	22 159	
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	20 663	22 390	25 639	25 674	21 231	21 474	25 460	22 666	18 553	
* darunter in das Ausland	Anzahl	11 391	13 050	15 839	16 404	13 217	13 508	15 707	13 270	11 504	
* Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	10 563	10 514	10 356	10 061	8 561	8 325	10 493	10 387	7 749	
* Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	9 272	9 340	9 800	9 270	8 014	7 966	9 753	9 396	7 049	
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	7 632	8 137	7 726	5 812	8 030	7 928	11 494	12 920	11 355	
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵	Anzahl	42 140	43 522	44 525	42 818	40 285	38 326	44 710	42 923	35 048	
		2013	2014	2013	2014			2015			
		Jahresdurchschnitt		Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	
Arbeitsmarkt ⁶											
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁶	1 000	4 930,7	5 065,2	4 938,1	5 012,2	5 065,1	5 146,9	5 090,4	5 126,2	5 184,5	
* Frauen	1 000	2 258,9	2 318,1	2 272,1	2 295,0	2 310,6	2 349,5	2 345,9	2 359,5	2 374,4	
* Ausländer	1 000	492,5	533,8	496,4	512,2	540,0	563,4	549,9	572,9	602,4	
* Teilzeitbeschäftigte ⁷	1 000	1 231,4	1 266,8	1 244,0	1 247,1	1 266,1	1 287,9	1 296,3	1 317,9	1 339,8	
* darunter Frauen ⁷	1 000	1 021,2	1 049,6	1 032,3	1 036,3	1 047,6	1 063,8	1 072,6	1 087,4	1 100,2	
nach zusammengefassten Wirtschaftszweigen (WZ 2008)											
* A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	24,3	25,8	21,8	25,2	27,6	27,8	23,0	26,3	29,3	
* B-F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 668,4	1 697,7	1 666,5	1 681,4	1 699,0	1 727,5	1 697,7	1 707,3	1 720,3	
* B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 391,5	1 414,8	1 399,2	1 404,1	1 410,9	1 431,8	1 424,1	1 427,7	1 426,1	
* C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 321,2	1 343,8	1 328,6	1 333,7	1 339,6	1 360,2	1 353,5	1 357,4	1 355,0	
* F Baugewerbe	1 000	277,0	282,9	267,3	277,2	288,1	295,7	273,7	279,6	294,2	
* G-U Dienstleistungsbereiche	1 000	3 235,2	3 341,6	3 247,1	3 305,5	3 338,3	3 391,5	3 369,6	3 392,5	3 434,9	
* G-I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 088,8	1 097,6	1 092,2	1 084,4	1 096,0	1 114,9	1 102,9	1 108,5	1 123,3	
* J Information und Kommunikation	1 000	172,7	178,5	173,3	177,3	178,2	180,4	183,0	184,9	187,3	
* K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	188,9	189,4	189,7	188,9	187,9	190,6	190,4	189,2	188,6	
* L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	29,9	30,1	29,9	29,8	30,0	30,5	30,5	31,2	31,7	
* M-N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienst- leister; sonst. wirtschaftlichen Dienstleister	1 000	597,7	618,3	596,8	606,1	622,8	637,0	620,2	630,0	650,8	
* O-Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozial- versicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	985,5	1 054,8	995,3	1 047,4	1 050,1	1 062,8	1 070,4	1 074,1	1 077,1	
* R-U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen u Körperschaften	1 000	171,6	172,9	170,0	171,5	173,3	175,2	172,3	174,5	176,1	
		2013	2014	2015	2014	2015			2016		
		Jahresdurchschnitt			Dez.	Januar	Oktober	Nov.	Dez.	Januar	
* Arbeitslose	1 000	264,5	264,6	256,5	251,6	300,1	232,3	233,7	242,6	290,8	
* darunter Frauen	1 000	123,5	123,2	117,7	117,0	126,9	111,7	111,6	111,5	120,9	
* Arbeitslosenquote insgesamt ⁸	%	3,8	3,8	3,6	3,6	4,3	3,3	3,3	3,4	4,1	
* Frauen	%	3,8	3,7	3,5	3,5	3,8	3,3	3,3	3,3	3,6	
* Männer	%	3,9	3,8	3,7	3,6	4,7	3,2	3,2	3,5	4,5	
* Ausländer	%	8,6	8,7	8,6	8,5	9,8	8,0	8,1	8,5	10,0	
* Jugendliche	%	3,2	3,2	3,1	2,7	3,4	2,6	2,5	2,6	3,2	
* Kurzarbeiter ⁹	1 000	19,9	17,7	...	23,5	40	
* Gemeldete Stellen ¹¹	1 000	64,4	73,1	87,8	76,1	74,0	94,6	93,4	90,8	89,5	

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

- 1 Nach dem Ereignisort.
- 2 Nach der Wohngemeinde der Mutter;
- 3 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen;
- 4 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.
- 5 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Zahlenwerte vorläufig. Die Bundesagentur für Arbeit hat die Beschäftigungsstatistik revidiert. Dabei wurde bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten neue Personengruppen aufgenommen und neue Erhebungseinheiten eingeführt.

- 6 Daher sind die Zahlen zu den Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ab dem Stichtag 31.03.2014 nicht mit den Zahlen früherer Stichtage vergleichbar.
- 7 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.
- 8 Daten ab Stichtag 30.09.2011 nicht verfügbar.
- 9 Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.
- 10 Ab Januar 2009: Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.
- 11 Durch Änderung der Rechtsgrundlagen sind die Zahlen der Kurzarbeiter mit den Vorjahreswerten nicht vergleichbar.
- 12 Ab Juli 2010 ohne geförderte Stellen.

Bezeichnung	Einheit	2013	2014	2014			2015			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	Nov.	Dez.	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.	
Landwirtschaft										
Schlachtungen ¹										
Anzahl										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) ...	1 000	520,7	519,3	561,4	507,9	569,4	527,4	522,9	531,5	535,2
darunter Rinder	1 000	74,1	75,9	85,9	83,4	81,3	82,6	84,2	87,0	80,7
darunter Kälber ²	1 000	1,7	1,6	1,6	1,5	2,6	1,3	1,5	1,5	2,3
Jungrinder ³	1 000	0,5	0,6	0,5	0,5	0,6	0,4	0,5	0,5	0,6
Schweine	1 000	436,1	432,9	456,0	415,2	476,6	428,5	428,7	434,8	444,1
Schafe	1 000	9,9	9,8	19,0	8,7	11,0	15,2	9,4	9,1	9,9
darunter gewerbl. Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000	515,3	514,2	554,4	500,2	562,9	523,1	517,6	524,0	529,5
darunter Rinder	1 000	73,2	75,1	84,8	82,2	80,5	81,9	83,3	85,8	80,0
darunter Kälber ²	1 000	1,5	1,5	1,5	1,4	2,5	1,3	1,3	1,4	2,2
Jungrinder ³	1 000	0,4	0,5	0,4	0,4	0,6	0,4	0,4	0,5	0,5
Schweine	1 000	432,9	429,9	453,1	410,2	472,5	427,0	426,0	430,1	440,4
Schafe	1 000	8,7	8,6	16,1	7,1	9,5	13,1	7,9	7,6	8,6
Durchschnittliches Schlachtgewicht ⁴										
Rinder	kg	343,0	343,9	338,8	341,0	342,0	341,7	341,0	343,9	344,0
darunter Kälber ²	kg	109,7	112,5	113,4	111,8	107,1	111,8	107,6	110,4	105,3
Jungrinder ³	kg	177,0	183,3	185,3	188,6	175,5	197,0	180,0	172,7	192,7
Schweine	kg	95,4	95,8	96,9	96,6	95,5	95,4	96,8	97,5	96,4
Gesamtschlachtgewicht ⁵										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) ..	1 000 t	67,3	67,7	73,6	68,7	73,5	69,4	70,4	72,5	70,7
darunter Rinder	1 000 t	25,4	26,0	29,1	28,4	27,8	28,2	28,7	29,9	27,7
darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,1	0,2	0,2	0,2
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	41,6	41,5	44,2	40,1	45,5	40,9	41,5	42,4	42,8
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,4	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2
darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel) ..	1 000 t	66,7	67,2	73,0	67,8	72,8	69,0	69,8	71,6	70,2
darunter Rinder	1 000 t	25,2	25,8	28,7	28,0	27,5	28,0	28,4	29,5	27,5
darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,1	0,1	0,2	0,2
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	41,3	41,2	43,9	39,6	45,1	40,7	41,2	41,9	42,4
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,3	0,1	0,2	0,3	0,2	0,1	0,2
Geflügel										
Hennenhaltungsplätze ⁶	1 000	3 964	4 730	4 728	4 727	4 730	5 061	5 072	5 075	5 088
Legehennenbestand ⁶	1 000	3 472	4 153	4 084	4 136	4 297	3 504	3 413	3 447	3 432
Konsumeier ⁶	1 000	86 782	101 881	101 948	97 175	105 634	80 829	83 087	83 197	84 374
Geflügelfleisch ⁷	1 000 t	13,4	14,5	15,8	14,2	14,9	8,8	9,3	8,1	9,8
Getreidelieferungen ^{8,9}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	5,3r	4,5	3,2	2,1	3,1	4,4	1,6	1,9	1,9
Weizen	1 000 t	53,1r	39,3r	27,3	28,8	35,2	23,5	21,4	27,5	33,7
Gerste	1 000 t	12,6r	7,2r	8,0	8,0	4,6	6,6	4,0	4,8	5,3
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	0,6	0,3	0,3	0,3	0,2	0,4	0,1	0,2	0,1
Vermahlung von Getreide ^{8,9}										
Getreide insgesamt	1 000 t	107,4	104,5	116,3	110,4	109,7	109,1	116,2r	112,3	112,6
darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	11,5	11,1	11,7	11,7	11,1	11,4	12,5	12,5	11,7
Weizen und -gemenge	1 000 t	95,9	93,4	104,5	98,7	98,5	97,7	103,8r	99,8	100,8
Vorräte in zweiter Hand ^{8,9}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	40,5r	45,5	59,0	56,2	55,1	66,3r	62,5r	57,6r	52,9
Weizen	1 000 t	439,6r	467,9r	535,9	553,2	603,8	651,3r	573,4r	530,8r	589,5
Gerste	1 000 t	219,0r	256,9r	370,0	345,7	338,1	441,0r	403,3r	374,0r	406,1
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	8,7	6,7	8,4	7,2	7,8	10,2r	9,1r	8,2	7,5
Mais	1 000 t	76,0r	52,4r	68,1	77,9	98,6	48,8	103,0r	97,3	114,5
Bierabsatz										
Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	1 859	1 928	1 861r	1 525r	1 823r	2 110	1 770	1 710	1 917
dav. Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	115	115	88r	67	96r	106	96	86	98
11 bis 13	1 000 hl	1 718	1 776	1 731r	1 420r	1 685r	1 550	1 624	1 580	1 775
14 oder darüber	1 000 hl	26	35	42r	38	42r	24	49	44	44
dar. Ausfuhr zusammen	1 000 hl	370	383	312r	276r	298r	425	328	325	320
dav. in EU-Länder	1 000 hl	230	236	207	168	198	260	199	184	214
in Drittländer	1 000 hl	140	147	105	107r	100r	165	129	141	105

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.

2 Höchstens 8 Monate alt. Ergebnisse ab 2009 mit Vorzeichen wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar.

3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.

4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.

5 bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

6 In Betrieben mit einer Haltungsplatzkapazität von mindestens 3 000 Legohennen.

7 2009 Geflügelschlachtungen in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat, ab 2010 alle Geflügelschlachtereien, die nach dem EV-Hygiene-recht im Besitz einer Zulassung sind.

8 Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten.

9 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten „Monatsdurchschnitt“ sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

Bezeichnung	Einheit	2013	2014	2014			2015			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	Nov.	Dez.	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.	
Gewerbeanzeigen ¹										
* Gewerbeanmeldungen ²	1 000	10,8	10,5	10,6	9,7	8,1	10,1	10,1	9,1	...
* Gewerbeabmeldungen ³	1 000	9,3	9,4	9,1	9,0	11,4	8,7	8,8	8,7	...
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁴										
* Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten	Anzahl	3 874	3 830	3 837	3 833	3 833	3 914	3 913	3 908	3 904
* Beschäftigte	1 000	1 096	1 111	1 123	1 122	1 119	1 148	1 146	1 145	1 141
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	374	386	389	388	387	392	391	391	389
Investitionsgüterproduzenten	1 000	525	526	532	533	531	548	547	547	546
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	35	35	36	36	36	36	37	37	37
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	159	162	164	163	162	170	170	169	168
Energie	1 000	2	2	2	2	2	2	2	2	2
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	140 284	142 141	154 063	147 172	127 266	150 968	157 699	154 573	133 586
* Bruttoentgelte	Mill. €	4 438	4 651	4 388	5 814	4 596	4 497	4 553	5 978	4 854
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	26 935	26 190	27 653	27 627	25 201	29 332	28 923	29 671	26 908
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. €	6 827	7 223	7 691	7 426	6 443	7 912	7 622	7 610	6 591
Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	15 427	14 315	15 149	15 809	14 420	16 673	16 577	17 455	15 912
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	3 120	3 208	3 371	3 073	3 094	3 367	3 348	3 258	3 183
Energie	Mill. €
* darunter Auslandsumsatz	Mill. €	14 546	13 795	14 571	14 683	13 095	15 876	15 622	15 846	14 583
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (2010 ± 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung										
von Steinen und Erden	%	105,8	109,4	116,3	115,0	101,1	119,5	120,8	121,3	107,5
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	96,8	94,2	104,8	92,4	65,0	107,1	107,0	101,2	73,3
Verarbeitendes Gewerbe	%	105,8	109,4	116,3	115,1	101,2	119,6	120,8	121,4	107,6
Vorleistungsgüterproduzenten	%	104,5	108,3	115,3	111,4	94,2	115,4	117,8	113,9	95,4
Investitionsgüterproduzenten	%	107,3	111,5	117,7	119,6	104,9	123,8	124,3	126,0	115,3
Gebrauchsgüterproduzenten	%
Verbrauchsgüterproduzenten	%	104,7	106,8	114,5	106,5	104,0	112,6	114,7	113,4	108,2
Energie	%
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2010 ± 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe ⁵ insgesamt	%	110,5	118,0	123,2	117,3	122,4	118,5	126,3	121,0	125,8
Inland	%	104,3	106,5	112,9	105,4	99,1	110,8	116,2	117,5	101,3
Ausland	%	114,6	125,4	129,8	125,0	137,4	123,5	132,9	123,3	141,6
Vorleistungsgüterproduzenten	%	105,8	109,6	110,9	118,3	96,2	110,1	116,7	114,9	110,3
Investitionsgüterproduzenten	%	113,1	122,4	129,2	117,9	134,8	122,4	130,8	123,8	134,6
Gebrauchsgüterproduzenten	%	94,9	98,6	113,8	108,6	91,5	106,5	117,0	113,8	88,3
Verbrauchsgüterproduzenten	%	105,5	108,8	106,1	101,2	84,8	117,4	120,0	119,0	92,9

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Ohne Reisegewerbe.

2 Vornurals nur Neugründungen und Zuzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbebeanmeldungen insgesamt.

3 Vornurals nur vollständige Aufgaben und Fortzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbeabmeldungen insgesamt.

4 In der Abgrenzung der WZ 2008. Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen. Aufgrund revidierter Betriebsmeldungen sind die Umsatzwerte ab dem Jahr 2014 mit den vorhergehenden Zeiträumen nicht vergleichbar.

5 Nur auftragsingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

Bezeichnung	Einheit	2013	2014	2014			2015			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	Nov.	Dez.	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.
Baugewerbe ¹										
* Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ²										
Tätige Personen im Bauhauptgewerbe ³	Anzahl	139 246	141 005	144 403	144 132	138 488	143 245	146 044	145 242	140 985
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 374	13 951	17 067	15 292	10 828	16 643	16 960	16 049	10 907
dav. für Wohnungsbauten	1 000	6 050	6 326	7 648	6 838	4 878	7 523	7 529	7 062	4 977
gewerblichen und industriellen Bau ⁴	1 000	3 724	3 892	4 602	4 242	3 093	4 554	4 584	4 596	3 121
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 601	3 733	4 817	4 212	2 857	4 556	4 847	4 391	2 809
Entgelte	Mill. €	338,3	357,0	381,3	421,5	360,1	379,6	387,3	449,8	377,9
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	1 611,0	1 678,4	1 981,3	1 983,1	2 039,0	1 883,5	2 150,0	2 116,9	2 223,4
dav. Wohnungsbau	Mill. €	629,1	640,2	726,3	702,0	737,2	709,6	893,1	830,6	864,9
gewerblicher und industrieller Bau	Mill. €	524,6	582,6	674,8	720,1	770,4	642,4	667,2	680,3	779,8
öffentlicher und Verkehrsbau	Mill. €	457,4	445,5	580,1	561,0	531,4	531,5	589,8	606,1	578,7
Messzahlen (2010 ± 100)										
Index des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe insg.	Messzahl	118,4	123,1	119,8	97,3	106,2	134,1	114,3	119,8	160,4
davon Wohnungsbau	Messzahl	125,2	130,5	137,9	108,7	146,3	150,5	146,2	138,7	144,3
gewerblicher und industrieller Bau	Messzahl	118,6	126,8	131,0	117,0	120,5	133,5	112,3	144,9	118,9
öffentlicher und Verkehrsbau	Messzahl	115,7	114,2	95,6	68,0	64,0	123,9	95,4	79,6	217,0
darunter Straßenbau	Messzahl	127,1	126,7	104,7	68,6	60,5	151,9	90,2	73,1	80,9
Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe ⁵⁻⁸										
Beschäftigte im Ausbaugewerbe	Anzahl	59 121	59 700	.	.	59 100	62 229	.	.	---
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 065	6 034	.	.	18 273	19 290	.	.	---
Entgelte	Mill. €	148,8	153,3	.	.	494,4	483,2	.	.	---
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	621,1	635,4	.	.	2 518,0	1 955,9	.	.	---
Energie- und Wasserversorgung										
Betriebe	Anzahl	253	247	246	246	246	259	259	258	258
Beschäftigte	Anzahl	29 734	29 587	29 707	29 781	29 711	29 946	29 860	29 910	29 788
Geleistete Arbeitsstunden ⁷	1000	3 556	3 534	3 860	3 644	3 330	3 594	3 876	3 785	3 456
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	128	129	119	205	121	118	121	214	121
Bruttostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸	Mill. kWh	5 595,1	...	5 831,7	5 877,6	5 972,8	4 492,1	4 919,3	4 777,4	.
Nettostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁹ ⁸	Mill. kWh	5 303,8	...	5 525,4	5 573,1	5 640,8	4 237,8	4 657,1	4 533,8	.
dar. in Kraft-Wärme-Kopplung	Mill. kWh	490,3	...	387,8	568,6	654,2	319,7	523,8	571,5	.
Nettowärmeerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸ ⁹	Mill. kWh	1 058,3	...	847,7	1 182,1	1 458,3	697,0	1 093,0	1 200,7	.
Handwerk (Messzahlen) ⁹										
Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) (30.09.2009 ± 100)	Messzahl	-	-	.	.	99,7	103,1	-	-	---
Umsatz ¹⁰ (VjD 2009 ± 100) (ohne Mehrwertsteuer)	Messzahl	-	-	.	.	127,0	118,4	-	-	---
Bautätigkeit und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
Wohngebäude ¹¹ (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 980	1 995	2 123	1 774	1 497	2 023	2 254	1 976	.
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 733	1 744	1 803	1 554	1 238	1 773	1 950	1 663	.
Umbauter Raum	1 000 m²	2 611	2 648	3 028	2 255	2 182	2 573	2 892	2 863	.
Veranschlagte Baukosten	Mill. €	776	818	957	707	685	832	944	977	.
Wohnfläche ¹²	1 000 m²	453	459	531	393	382	446	520	502	.
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	709	665	688	520	502	704	707	603	.
Umbauter Raum	1 000 m²	4 265	4 041	3 794	3 350	3 204	4 655	4 163	3 751	.
Veranschlagte Baukosten	Mill. €	559	550	567	405	573	742	461	631	.
Nutzfläche	1 000 m²	619	576	560	490	481	657	605	601	.
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	4 677	4 897	6 270	4 361	4 559	4 369	5 529	6 153	.
Wohnräume ¹³ insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	19 747	19 966	23 031	17 170	16 872	19 007	22 944	22 497	.
		2013	2014 ¹⁴	2014 ¹⁴			2015 ¹⁴			
		Monatsdurchschnitt		Sept.	Oktober	Nov.	August	Sept.	Oktober	Nov.
Handel und Gastgewerbe										
Außenhandel										
Einfuhr insgesamt (Generalhandel) ¹⁵	Mill. €	12 280,3	12 542,5	13 422,0	13 593,5	12 954,5	12 209,5	14 206,8	14 239,4	14 078,5
darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	639,5	645,5	651,9	669,1	624,3	702,2	747,4	744,7	781,0
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	10 688,8	10 983,6	11 817,2	11 942,2	11 395,0	10 666,7	12 463,4	12 473,9	12 287,4
davon Rohstoffe	Mill. €	1 578,6	1 319,2	1 459,3	1 135,1	1 248,9	1 054,1	897,7	923,7	867,4
Halbwaren	Mill. €	523,8	497,9	502,9	522,7	504,4	470,2	502,6	470,6	441,4
Fertigwaren	Mill. €	8 586,3	9 166,5	9 855,0	10 284,3	9 641,7	9 142,4	11 063,1	11 079,6	10 978,6
davon Vorerzeugnisse	Mill. €	954,2	805,8	800,5	946,5	852,2	765,9	825,3	831,5	784,1
Enderzeugnisse	Mill. €	7 632,1	8 360,7	9 054,5	9 337,8	8 789,5	8 376,5	10 237,8	10 248,1	10 194,5

* Diese Positionen werden von allen statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Nach den Ergebnissen der Ergänzungserhebung hochgerechnet.

3 Einschl. unbezahlt mithelfende Familienangehörige.

4 Einschl. landwirtschaftliche Bauten sowie für Unternehmen der Bahn und Post.

5 Ergebnisse der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten.

6 Beim Ausbaugewerbe seit 1997 nur noch vierteljährliche Veröffentlichungen.

7 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft.

8 Umgerechnet auf einen oberen Heizwert = 35 189,12 kJ/m³.

9 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Beschäftigte einschl. tätiger Inhaber; beim Handwerk kein Monatsdurchschnitt, da eine vierteljährliche Erhebung.

10 Die Messzahlen beziehen sich auf ein Vierteljahresergebnis, die Angaben erscheinen unter dem jeweils letzten Quartalsmonat.

11 Einschl. Wohnheime.

12 Ohne Wohnflächen in sonstigen Wohneinheiten.

13 Einschl. Küchen und Räume in sonstigen Wohneinheiten.

14 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.

15 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intra-handelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2013	2014 ¹	2014 ¹			2015 ¹			
		Monatdurchschnitt	Sept.	Oktober	Nov.	August	Sept.	Oktober	Nov.	
Noch: Außenhandel, Einfuhr insgesamt										
darunter ² aus										
* Europa ³	Mill. €	8 394,2	8 745,1	9 251,9	9 548,5	9 229,6	7 935,4	9 862,3	9 968,4	10 044,0
* dar. aus EU-Ländern ⁴ insgesamt	Mill. €	7 112,3	7 497,8	8 008,7	8 326,9	7 893,3	6 747,4	8 605,8	8 748,6	8 771,0
dar. aus Belgien	Mill. €	327,0	309,7	312,4	342,3	303,7	260,9	321,4	311,8	311,7
Bulgarien	Mill. €	31,6	35,2	36,4	38,7	35,4	33,0	42,4	39,1	40,4
Dänemark	Mill. €	59,3	61,5	62,6	64,2	64,2	50,9	59,9	60,9	59,4
Finnland	Mill. €	37,4	40,8	38,3	50,1	41,3	33,9	41,8	47,6	43,9
Frankreich	Mill. €	515,4	526,4	572,6	576,3	518,1	428,0	534,0	559,2	520,7
Griechenland	Mill. €	24,1	25,4	29,1	31,0	22,1	32,6	40,8	33,8	30,9
Irland	Mill. €	163,2	118,6	114,3	206,2	230,1	88,7	90,6	115,9	127,5
Italien	Mill. €	859,5	869,1	874,6	951,3	871,6	736,1	900,2	971,1	932,0
Luxemburg	Mill. €	20,1	21,0	23,6	22,4	25,3	21,9	24,1	25,3	25,3
Niederlande	Mill. €	625,4	662,1	694,4	746,4	669,5	671,3	761,0	763,1	794,0
Österreich	Mill. €	1 261,2	1 253,7	1 389,9	1 314,7	1 234,2	1 054,0	1 335,5	1 334,7	1 287,5
Polen	Mill. €	402,2	472,7	482,5	540,0	619,9	637,8	781,7	762,2	836,3
Portugal	Mill. €	63,6	67,0	72,8	74,7	70,9	59,1	85,7	89,3	84,5
Rumänien	Mill. €	169,3	220,8	241,2	253,5	242,9	232,6	253,8	235,0	265,6
Schweden	Mill. €	130,8	114,1	118,5	116,6	108,0	88,4	111,2	110,8	101,1
Slowakei	Mill. €	238,8	247,6	282,6	285,9	246,2	260,6	358,7	335,5	338,7
Slowenien	Mill. €	81,6	84,2	93,2	102,6	82,2	76,5	99,6	100,8	101,5
Spanien	Mill. €	299,3	318,5	319,6	364,5	348,4	228,2	356,3	395,3	378,5
Tschechische Republik	Mill. €	817,0	878,7	984,1	1 017,8	946,1	775,0	1 097,1	1 157,5	1 150,4
Ungarn	Mill. €	484,2	633,2	711,4	694,9	697,8	512,4	753,3	770,8	783,1
Vereinigtes Königreich	Mill. €	444,8	475,0	486,8	463,4	455,7	401,0	479,7	451,9	482,6
Russische Föderation	Mill. €	599,7	535,8	492,4	462,3	598,4	486,1	384,6	409,5	447,1
* Afrika ⁵	Mill. €	513,2	372,9	634,7	331,9	282,0	306,3	291,4	230,8	202,2
dar. aus Südafrika	Mill. €	41,6	36,7	38,3	24,5	38,1	58,5	47,7	32,1	21,0
* Amerika	Mill. €	925,9	962,8	990,8	1 082,4	1 015,0	1 133,1	1 254,0	1 305,8	1 229,3
darunter aus den USA	Mill. €	768,2	815,9	809,6	918,2	837,8	976,4	1 087,6	1 147,4	1 047,1
* Asien ⁵	Mill. €	2 435,2	2 450,9	2 530,2	2 621,8	2 418,7	2 824,6	2 790,1	2 723,2	2 592,9
darunter aus der Volksrepublik China	Mill. €	942,4	991,4	1 104,4	1 061,7	965,2	1 300,1	1 296,6	1 192,0	1 253,7
Japan	Mill. €	246,9	240,4	260,8	320,9	244,7	220,1	254,9	265,1	252,2
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	11,8	10,9	14,3	9,1	9,3	10,1	9,0	11,2	10,2
* Ausfuhr insgesamt (Spezialhandel) ⁶	Mill. €	14 085,3	14 118,4	15 631,8	15 579,1	14 410,8	13 334,1	16 269,5	16 118,2	15 695,7
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	692,0	711,1	737,9	721,4	674,9	692,4	731,2	708,8	670,7
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	12 870,1	12 896,5	14 346,9	14 301,9	13 213,6	12 145,2	14 914,7	14 781,2	14 416,4
* davon Rohstoffe	Mill. €	73,2	76,5	76,5	81,9	74,4	71,4	82,6	78,9	82,2
* Halbwaren	Mill. €	565,9	549,0	654,2	566,0	491,5	515,2	539,2	504,2	510,0
* Fertigwaren	Mill. €	12 231,0	12 271,0	13 616,3	13 654,0	12 647,6	11 558,5	14 292,9	14 198,1	13 824,2
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	995,8	988,7	1 026,0	1 056,8	931,7	917,0	1 083,5	1 068,8	1 050,9
* Enderzeugnisse	Mill. €	11 235,2	11 282,3	12 590,3	12 597,2	11 715,9	10 641,5	13 209,4	13 131,4	12 773,3
darunter ² nach										
* Europa ³	Mill. €	8 793,5	8 751,1	9 528,9	9 607,3	8 927,5	7 947,4	10 118,2	10 242,3	10 123,6
* dar. in EU-Länder ⁴ insgesamt	Mill. €	7 511,1	7 543,5	8 246,1	8 317,9	7 751,0	6 957,3	8 961,1	9 012,7	8 997,9
dar. nach Belgien	Mill. €	569,0	405,1	406,2	423,3	401,4	336,3	440,9	415,5	434,3
Bulgarien	Mill. €	29,4	30,7	37,9	34,2	31,1	31,1	33,8	41,5	40,3
Dänemark	Mill. €	115,0	115,8	121,4	119,3	112,0	100,9	122,2	136,4	138,0
Finnland	Mill. €	99,7	95,9	99,1	104,4	101,9	107,4	104,3	108,3	110,4
Frankreich	Mill. €	990,1	961,1	1 028,8	1 063,2	978,3	789,9	1 107,7	1 149,2	1 108,7
Griechenland	Mill. €	47,1	43,6	44,2	49,1	42,6	32,3	41,5	46,4	48,3
Irland	Mill. €	59,6	57,0	48,3	54,0	58,5	57,0	55,1	53,4	62,8
Italien	Mill. €	875,2	860,5	959,5	917,6	859,8	653,9	979,1	1 007,4	976,1
Luxemburg	Mill. €	39,0	38,1	41,9	38,3	36,6	32,0	42,9	40,5	39,8
Niederlande	Mill. €	476,1	485,4	510,6	537,7	489,8	433,9	535,9	519,3	529,6
Österreich	Mill. €	1 117,8	1 086,4	1 216,2	1 216,4	1 078,6	1 076,8	1 258,5	1 289,4	1 284,4
Polen	Mill. €	377,4	429,7	486,1	517,3	499,7	436,4	544,5	528,0	539,7
Portugal	Mill. €	84,3	91,1	92,7	102,9	93,7	71,7	97,3	99,8	112,6
Rumänien	Mill. €	129,2	142,7	156,2	161,3	138,9	139,2	162,5	183,6	180,3
Schweden	Mill. €	255,0	270,5	286,6	301,6	266,2	239,7	322,5	374,0	314,9
Slowakei	Mill. €	158,7	157,9	177,0	171,3	160,3	144,0	185,6	198,0	194,6
Slowenien	Mill. €	54,0	55,3	62,4	57,0	51,8	54,0	62,5	63,6	61,6
Spanien	Mill. €	359,0	375,7	385,2	439,5	397,9	327,4	435,0	487,6	461,6
Tschechische Republik	Mill. €	444,0	464,4	512,2	504,4	466,4	438,7	582,7	553,6	566,7
Ungarn	Mill. €	214,1	226,6	242,4	242,8	232,1	233,3	274,2	291,0	268,3
Vereinigtes Königreich	Mill. €	929,3	1 059,0	1 227,9	1 159,9	1 166,4	1 127,8	1 460,2	1 324,0	1 418,6
Russische Föderation	Mill. €	365,5	316,5	314,6	307,2	296,7	200,7	232,7	249,4	208,8
* Afrika ⁵	Mill. €	255,4	243,9	236,9	257,8	258,8	222,2	256,8	213,8	208,0
dar. nach Südafrika	Mill. €	116,9	94,1	105,1	97,2	84,1	95,4	112,5	79,7	71,5
* Amerika	Mill. €	2 121,7	2 127,6	2 666,1	2 507,8	2 397,6	2 365,7	2 704,2	2 670,2	2 500,2
darunter in die USA	Mill. €	1 577,0	1 644,0	2 162,7	1 954,5	1 914,4	1 881,3	2 149,6	2 174,8	1 985,3
* Asien ⁵	Mill. €	2 776,4	2 863,1	3 058,0	3 052,2	2 694,1	2 661,4	3 043,2	2 833,5	2 709,6
darunter in die Volksrepublik China	Mill. €	1 292,1	1 371,6	1 544,6	1 425,2	1 248,9	1 145,6	1 251,4	1 139,9	1 123,1
nach Japan	Mill. €	295,2	271,5	316,3	305,2	224,7	251,7	283,2	280,1	249,5
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	138,3	132,6	142,0	153,9	132,9	137,5	147,3	158,4	154,2

* Diese Positionen werden von allen statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.
2 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.
3 Couts und Melilla werden bis einschließlich Berichtsjahr 2011 Europa und ab 2012 Afrika zugeordnet. Georgien, Armenien,

Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan werden bis einschließlich Berichtsjahr 2011 Europa und ab 2012 Asien zugeordnet.
4 EU 27. Ab Juli 2013 28.
5 Ab 2009 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsresultat“.

Bezeichnung	Einheit	2013 ¹	2014 ¹	2014 ¹			2015			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	Nov.	Dez.	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.	
Großhandel (2010 ± 100) ^{2,3}										
* Index der Großhandelsumsätze nominal	%	105,2	106,4	116,5	107,1	109,9	113,8	117,5	112,1	.
* Index der Großhandelsumsätze real ⁴	%	98,6	101,1	111,1	102,8	106,9	109,4	113,6	108,1	.
* Index der Beschäftigten im Großhandel	%	108,3	109,2	110,4	110,5	109,9	111,8	111,7	111,0	.
Einzelhandel (2010 ± 100) ^{2,3}										
* Index der Einzelhandelsumsätze nominal	%	110,0	112,4	119,1	113,7	135,1	115,2	122,9	119,0	139,0
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ⁵	%	111,7	114,0	119,5	112,2	134,0	112,0	123,2	117,2	137,7
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ⁶	%	108,6	108,9	111,5	104,6	124,5	107,2	115,0	108,8	131,0
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ⁶	%	110,0	118,9	127,6	120,7	137,2	121,3	133,1	127,3	143,2
Sonstiger Facheinzelhandel ⁶	%	110,5	113,9	121,7	112,5	136,8	121,2	128,0	117,7	140,7
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	%	124,2	128,7	138,8	146,3	161,3	144,1	144,3	153,9	171,8
* Index der Einzelhandelsumsätze real ⁴	%	105,0	106,8	112,9	108,2	129,4	109,1	115,8	112,5	132,7
* Index der Beschäftigten im Einzelhandel	%	105,2	106,3	107,1	107,5	107,8	107,8	108,0	108,4	108,5
Kfz-Handel (2010 ± 100) ^{2,7}										
* Index der Umsätze im Kfz-Handel nominal	%	102,0	104,6	116,2	106,2	98,6	109,4	124,3	117,5	.
* Index der Umsätze im Kfz-Handel real ⁴	%	99,8	102,2	113,4	103,3	95,9	105,9	120,2	113,5	.
* Index der Beschäftigten im Kfz-Handel	%	113,0	113,6	115,4	115,2	114,6	116,0	116,5	116,4	.
Gastgewerbe (2010 ± 100) ²										
* Index der Gastgewerbeumsätze nominal	%	114,4	118,0	136,3	109,0	119,3	146,2	138,9	111,2	121,9
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	%	118,9	123,0	148,7	111,7	115,5	162,5	153,1	115,4	118,5
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	%	104,6	137,2	175,3	120,9	150,7	217,6	197,7	169,3	210,0
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbissbuden	%	110,2	114,0	125,3	106,4	123,8	130,2	125,3	106,2	126,8
Sonstiges Gaststättengewerbe	%	110,5	114,1	127,2	104,8	123,0	135,3	126,9	104,3	125,4
Kantinen und Caterer	%	116,8	118,4	130,9	126,7	126,5	129,6	140,3	133,1	127,9
* Index der Gastgewerbeumsätze real ⁴	%	108,0	109,0	124,6	99,8	109,5	130,6	124,1	99,7	109,2
* Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	%	105,0	107,0	111,6	105,8	107,0	114,0	112,1	105,3	106,4
Fremdenverkehr ⁸										
* Gästeankünfte	1 000	2 634	2 706	3 121	2 167	2 197	3 414	3 209	2 340	2 241
* darunter Auslandsgäste	1 000	631	660	660	476	568	880	727	505	576
* Gästeübernachtungen	1 000	7 013	7 102	7 987	5 129	5 521	8 979	8 040	5 516	5 647
* darunter Auslandsgäste	1 000	1 327	1 381	1 385	1 000	1 183	1 799	1 516	1 049	1 210
Verkehr										
Straßenverkehr										
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt ⁹	Anzahl	57 316	58 711	61 998	54 252	49 302	61 797	61 341	58 666	49 154
darunter Krafträder ¹⁰	Anzahl	2 934	3 161	1 734	830	1 122	2 664	1 468	1 037	1 654
* Personenkraftwagen und sonstige „M1“-Fahrzeuge	Anzahl	48 962	50 141	53 881	48 312	42 769	53 379	53 426	51 871	42 217
* Lastkraftwagen	Anzahl	3 603	3 631	4 453	3 711	3 520	4 057	4 585	4 177	3 468
* Zugmaschinen	Anzahl	1 459	1 432	1 567	1 058	1 464	1 257	1 528	1 211	1 387
* sonstige Kraftfahrzeuge	Anzahl	242	234	237	224	257	310	255	226	219
Beförderte Personen im Schienen- und gewerblichen Omnibuslinienverkehr insgesamt (Quartalsergebnisse) ¹¹	1 000	105 933	107 580	.	.	338 641	300 262
davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	1 000	92 138	92 963	.	.	292 296	261 686
private Unternehmen	1 000	13 795	14 617	.	.	46 345	38 576
* Straßenverkehrsunfälle insgesamt ¹²	Anzahl	31 040	30 748	34 004	30 753	32 670	32 837	36 756	33 643	...
* davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	4 318	4 377	4 894	3 814	3 697	4 716	4 654	3 975	...
mit nur Sachschaden	Anzahl	26 722	26 371	29 110	26 939	28 973	28 121	32 102	29 668	...
* Getötete Personen ¹³	Anzahl	57	52	61	36	50	52	61	43	...
* Verletzte Personen	Anzahl	5 731	5 795	6 571	5 054	5 060	6 248	6 223	5 283	...
Luftverkehr Fluggäste										
Flughafen München Ankunft	1 000	1 606	1 652	1 821	1 580	1 380	2 053	1 922	1 524	...
Abgang	1 000	1 603	1 646	1 827	1 536	1 403	1 892	1 940	1 480	...
Flughafen Nürnberg Ankunft	1 000	137	135	165	125	100	201	170	118	...
Abgang	1 000	137	135	152	116	106	177	155	108	...
Flughafen Memmingen Ankunft	1 000	35	31	38	23	22	49	49	30	...
Abgang	1 000	35	31	36	20	22	46	48	26	...
Eisenbahnverkehr ¹⁴										
Güterempfang	1 000 t	2 444	2 273	2 314	2 193	1 934	2 495	2 474
Güterversand	1 000 t	1 966	1 904	1 988	1 876	1 731	2 193	2 114
Binnenschifffahrt										
* Gütereinfahrt insgesamt	1 000 t	415	444	473	437	384	378	357	316	...
davon auf dem Main	1 000 t	218	210	230	193	162	198	194	187	...
auf der Donau	1 000 t	197	234	243	244	222	181	163	128	...
* Gütereinfahrt insgesamt	1 000 t	230	274	338	320	258	259	263	248	...
davon auf dem Main	1 000 t	161	172	191	222	145	151	174	173	...
auf der Donau	1 000 t	69	102	147	98	114	108	89	75	...

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatsergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe (Rückkorrektur über 24 Monate) und Fremdenverkehr (Rückkorrektur über 6 Monate) sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.

2 Die monatlichen Handels- und Gastgewerbestatistiken werden als Stichprobenerhebungen durchgeführt. Abweichend hiervon werden (ab dem Berichtsmonat September 2012) die Ergebnisse zum Großhandel und zum Kfz-Handel in einer Vollerhebung im Mixmodell (Direktbefragung großer Unternehmen und Nutzung von Verwaltungsdaten für die weiteren Unternehmen) ermittelt.

3 Einschließlich Handelsvermittlung.

4 Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe und Großhandel in Preisen von 2010.

5 Einschließlich Tankstellen.

6 In Verkaufsräumen.

7 sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. Ohne Tankstellen.

8 Abschnidegrenze für Beherbergungsbetriebe ab 2012 bei 10 Betten bzw. 10 Stellplätzen bei Campingplätzen.

9 Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes.

10 Einschl. Leichtkraftfahrzeuge, dreirädrige und leichte vierrädrige Kfz.

11 Die Ergebnisse des laufenden Jahres und des Vorjahres sind vorläufig.

12 Soweit durch die Polizei erfasst. Die einzelnen Monatsergebnisse des laufenden Jahres sind vorläufig.

13 Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

14 Ohne Berücksichtigung der Nachkorrekturen.

Bezeichnung	Einheit	2013	2014	2014			2015			
		Monatsdurchschnitt¹		Oktober	Nov.	Dez.	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ²⁻³										
Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	470 253	462 351	-	-	468 933	480 958	-	-	...
dar. Kredite an inländische Nichtbanken ⁴	Mill. €	413 783	410 140	-	-	412 932	424 436	-	-	...
dav. kurzfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	58 005	51 100	-	-	52 173	48 783	-	-	...
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	50 216	45 752	-	-	46 978	44 755	-	-	...
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	7 789	5 348	-	-	5 195	4 028	-	-	...
mittelfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷	Mill. €	58 885	59 317	-	-	60 128	61 280	-	-	...
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	56 357	57 358	-	-	58 105	59 343	-	-	...
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	2 528	1 959	-	-	2 023	1 937	-	-	...
langfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁸	Mill. €	353 364	351 933	-	-	356 632	370 895	-	-	...
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	319 971	318 906	-	-	323 388	338 023	-	-	...
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	33 393	33 028	-	-	33 244	32 872	-	-	...
Einlagen von Nichtbanken insgesamt ⁹ (Monatsende)	Mill. €	574 598	572 073r	-	-	570 475	581 402	-	-	...
davon Sicht- und Termineinlagen ¹⁰	Mill. €	450 479	450 183	-	-	448 802	461 888	-	-	...
von Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	419 195	423 349	-	-	422 234	430 349	-	-	...
von öffentlichen Haushalten ⁶	Mill. €	31 284	26 833	-	-	26 568	31 539	-	-	...
Spareinlagen	Mill. €	124 119	121 890r	-	-	121 673	119 514	-	-	...
darunter bei Sparkassen	Mill. €	49 206	48 126	-	-	47 685	46 803	-	-	...
bei Kreditbanken	Mill. €	30 017	27 944	-	-	27 784	26 663	-	-	...
Zahlungsschwierigkeiten										
Insolvenzen insgesamt	Anzahl	1 294	1 284	1 280	1 243	1 288	1 183	1 328	1 150	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	96	93	99	74	82	76	97	115	...
davon Unternehmen	Anzahl	252	246	284	256	238	255	312	279	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	65	64	70	59	57	56	67	78	...
Verbraucher	Anzahl	756	741	753	718	738	644	739	620	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	1	1	1	1	-	1	-	3	...
ehemals selbständig Tätige	Anzahl	248	245	183	230	251	246	224	191	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	20	16	16	7	13	12	11	17	...
sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	Anzahl	38	52	60	39	61	44	53	60	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	9	13	12	7	12	7	19	17	...
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 €	391 681	351 715	203 243	172 634	207 270	574 995	226 285	288 275	...
davon Unternehmen	1 000 €	286 485	255 439	112 458	93 802	115 647	475 223	115 662	188 042	...
Verbraucher	1 000 €	43 629	41 057	42 572	38 723	45 788	31 988	34 835	32 144	...
ehemals selbständig Tätige	1 000 €	48 358	46 981	37 683	31 485	33 811	28 852	44 395	59 476	...
sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	1 000 €	13 209	8 238	10 530	6 624	12 045	38 933	31 393	8 613	...
Öffentliche Sozialleistungen										
Arbeitslosenversicherung (SGB III – Arbeitsförderung –)										
Empfänger von Arbeitslosengeld I	1 000	133,1	132,5	114,8	119,2	130,1	114,9	108,3	112,6	...
Ausgaben für Arbeitslosengeld I	Mill. €	151,3	152,9	135,0	130,4	133,3	140,9	131,1	126,4	128,9
Bedarfsgemeinschaften und Leistungsempfänger (SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende –) ¹²										
Bedarfsgemeinschaften	1 000	232,6	233,1	230,1	229,9	231,0	230,9	229,9
Leistungsempfänger	1 000	421,9	425,5	420,9	420,5	422,6	426,4	424,3
davon von Arbeitslosengeld II	1 000	298,9	300,2	296,0	295,9	297,7	300,6	298,9
Sozialgeld	1 000	123,1	125,2	124,9	124,6	124,9	125,8	125,4
Steuern										
Gemeinschaftsteuern ¹³	Mill. €	-	-	-	-	-	-	-	-	-
davon Steuern vom Einkommen	Mill. €	4 663,9	4 941,4	2 962,2	2 943,7	9 313,0	6 587,8	3 053,4	3 013,1	9 694,8
davon Lohnsteuer	Mill. €	3 054,6	3 230,5	2 912,8	2 888,9	4 830,2	3 049,3	3 071,3	3 066,6	5 120,4
veranlagte Einkommensteuer	Mill. €	768,3	813,8	- 62,1	- 109,9	2 588,8	2 459,7	- 57,6	- 191,4	2 757,2
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. €	371,6	355,8	173,6	118,8	352,8	153,7	172,5	123,7	490,4
Abgeltungsteuer	Mill. €	122,8	107,9	67,8	104,2	49,8	46,1	52,6	58,8	107,7
Körperschaftsteuer	Mill. €	346,6	433,4	- 129,9	- 58,3	1 491,4	879,0	- 185,4	- 44,6	1 219,1
Steuern vom Umsatz ¹⁴	Mill. €	-	-	-	-	-	-	-	-	-
davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Mill. €	1 905,1	2 065,9	1 906,2	2 301,1	2 100,9	2 191,8	2 102,6	2 347,6	2 219,9
Einfuhrumsatzsteuer ¹⁵	Mill. €	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundessteuern ¹⁶	Mill. €	-	-	-	-	-	-	-	-	-
darunter Verbrauchsteuern	Mill. €	-	-	-	-	-	-	-	-	-
darunter Mineralölsteuer	Mill. €	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Solidaritätszuschlag	Mill. €	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Landessteuern	Mill. €	240,4	270,9	263,8	205,9	289,6	314,7	433,8	272,7	311,9
darunter Erbschaftsteuer	Mill. €	89,8	113,1	97,7	80,1	125,7	125,8	254,5	101,7	128,1
Grunderwerbsteuer	Mill. €	112,2	118,8	130,1	95,2	125,7	142,8	138,6	140,4	137,6
Biersteuer	Mill. €	12,3	12,9	13,7	12,9	10,9	15,1	14,4	12,1	11,7

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Kredite und Einlagen: Stand Jahresende, ab 2005 Quartalsdurchschnitt.

2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main. – Quartalsergebnisse der in Bayern

tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen), ohne Landeszentralbank und Postbank.

3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.

4 Ohne Treuhandkredite.

5 Ab 12/04 einschl. Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

6 Ab 12/04 ohne Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

7 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.

8 Laufzeiten über 5 Jahre.

9 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.

10 Einschl. Sparbriefe.

11 Nachweis erst ab 2002 möglich.

12 Daten nach einer Wertzeit von drei Monaten.

☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2013	2014	2014			2015			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	Nov.	Dez.	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.
Noch: Steuern										
Gemeindesteuern ^{1, 2, 3}	Mill. €	830,4	861,6			2 455,5	2 674,8			
darunter Grundsteuer A	Mill. €	7,0	7,0			18,7	21,9			
Grundsteuer B	Mill. €	135,4	137,7			370,4	433,8			
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. €	683,8	712,5			2 063,7	2 214,5			
Steuereinnahmen des Bundes ⁴	Mill. €									
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4, 5}	Mill. €	1 835,3	1 953,5	1 079,9	1 072,5	3 906,4	2 688,2	1 086,9	1 103,4	4 060,6
Anteil an den Steuern vom Umsatz ⁶	Mill. €									
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4, 6}	Mill. €	26,5	27,8	84,9	0,0	84,2	0,0	85,3	0,0	81,4
Steuereinnahmen des Landes ⁴	Mill. €									
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4, 6}	Mill. €	1 796,6	1 912,8	1 079,9	930,0	3 906,4	2 688,2	1 086,9	1 009,1	4 060,6
Anteil an den Steuern vom Umsatz ⁶	Mill. €									
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4, 6, 7}	Mill. €	99,8	104,5	295,3	23,8	316,6	0,0	291,6	28,2	305,8
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv ^{2, 3, 4}	Mill. €	1 257,9	1 321,9			5 214,7	4 148,5			
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer ^{4, 5}	Mill. €	506,9	540,1	372,0	348,6	1 054,3	768,3	383,5	337,6	1 129,3
Anteil an den Steuern vom Umsatz ⁶	Mill. €	51,3	52,7			319,3	184,3			
Gewerbesteuer (netto) ^{1, 6}	Mill. €	558,4	580,2			1 214,2	1 765,7			
Verdienste										
* Bruttonomastverdienste ¹⁰ der vollzeitbeschäftigten	Arbeitsnehmer ¹¹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	2013	2014	2013	2014	2015				
		Jahreswert		3. Vj.	4. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
	€	3 608	3 643	3 687	3 724	3 758	3 778	...
männlich	€	3 840	3 868	3 909	3 949	3 977	3 998	...
weiblich	€	3 049	3 095	3 147	3 181	3 222	3 241	...
Leistungsgruppe 1 ¹²	€	6 574	6 586	6 779	6 821	6 898	6 961	...
Leistungsgruppe 2 ¹²	€	4 225	4 251	4 330	4 355	4 467	4 499	...
Leistungsgruppe 3 ¹²	€	2 971	2 999	3 039	3 054	3 092	3 103	...
Leistungsgruppe 4 ¹²	€	2 452	2 479	2 549	2 549	2 600	2 608	...
Leistungsgruppe 5 ¹²	€	1 997	2 059	2 054	2 083	2 101	2 104	...
Produzierendes Gewerbe	€	3 722	3 779	3 832	3 871	3 899	3 917	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	3 232	3 208	3 176	3 204	3 265	3 306	...
Verarbeitendes Gewerbe	€	3 839	3 912	3 954	4 012	4 036	4 049	...
Energieversorgung	€	4 221	4 224	4 144	4 174	4 485	4 517	...
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	€	3 149	3 141	3 174	3 218	3 207	3 222	...
Baugewerbe	€	3 023	3 005	3 237	3 187	3 171	3 212	...
Dienstleistungsbereich	€	3 528	3 549	3 583	3 620	3 659	3 681	...
Handel; Instandhaltung, u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	€	3 516	3 528	3 559	3 603	3 567	3 579	...
Verkehr und Lagerer	€	2 762	2 829	2 891	2 958	2 989	3 032	...
Gastgewerbe	€	2 128	2 182	2 282	2 317	2 342	2 323	...
Information und Kommunikation	€	4 709	4 816	4 727	4 752	5 195	5 239	...
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	€	4 495	4 534	4 589	4 672	4 750	4 809	...
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	4 006	4 048	3 970	3 960	3 894	3 895	...
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	4 447	4 477	4 492	4 543	4 633	4 640	...
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	2 310	2 323	2 321	2 341	2 397	2 401	...
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	€	3 345	3 318	3 485	3 495	3 492	3 556	...
Erziehung und Unterricht	€	4 143	4 073	4 200	4 179	4 214	4 352	...
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 404	3 419	3 532	3 548	3 583	3 577	...
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	3 330	3 412	3 449	3 453	3 614	3 637	...
Preise										
* Verbraucherpreisindex (2010 = 100)		2011	2012	2013	2014	2015	2015			2016
		Durchschnitt ¹³					Januar	Nov.	Dez.	Januar
Gesamtindex	%	102,1	104,3	105,8	106,6	107,0	105,6	107,3	107,2	106,3
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	102,8	106,0	109,6	110,7	112,3	111,3	113,1	113,1	112,3
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	%	102,0	105,5	106,0	110,3	113,6	111,9	114,8	114,8	115,0
Bekleidung und Schuhe	%	101,7	104,6	106,2	107,9	109,4	103,5	112,7	109,0	104,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	103,1	105,5	107,5	108,3	108,0	107,7	108,0	107,5	107,5
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	100,4	101,2	102,4	102,6	103,9	103,3	104,3	104,5	104,4
Gesundheitspflege	%	100,5	103,1	98,7	100,7	103,1	102,0	103,4	103,5	103,7
Verkehr	%	104,9	108,2	108,2	108,2	106,2	103,9	105,6	104,5	103,9
Nachrichtenübermittlung	%	96,5	94,6	93,4	92,3	91,2	91,9	90,7	90,6	90,9
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	99,5	100,6	103,2	104,4	104,7	101,4	104,9	108,2	102,9
Bildungswesen	%	100,9	102,8	97,3	76,6	76,5	77,5	79,6	79,6	79,7
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	100,4	102,5	105,2	108,1	111,0	109,7	111,7	111,7	112,0
Andere Waren und Dienstleistungen	%	101,5	102,8	104,2	106,1	107,6	106,9	108,0	108,0	108,6
Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete	%	100,9	102,5	103,6	104,9	106,2	104,7	106,4	107,8	106,0
Nettokaltmiete	%	101,4	102,7	104,0	105,6	107,2	106,6	107,5	107,7	108,0

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Vj. Kassenstatistik.

2 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat nachgewiesen).

3 Einschl. Steuereinkommen der Landkreise.

4 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).

5 März, Juni, September und Dezember.

Termin von Vierteljahreszahlungen.

6 April, Juli, Oktober und Dezember.

Termin von Vierteljahreszahlungen.

7 Einschl. Erhöhungsbetrag.

8 Einschl. Zinsabschlag.

9 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

10 Quartalswerte: ohne Sonderzahlungen;

Jahreswerte: mit Sonderzahlungen.

11 Einschl. Beamte, ohne Auszubildende.

12 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung;

Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte;

Leistungsgruppe 3: Fachkräfte;

Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer;

Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

13 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes.

☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2012	2013	2014	2015			2016
		Durchschnitt ¹					Mai	August	Nov.	Februar
Noch: Preise										
Preisindex für Bauwerke ² (2010 ± 100)										
* Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	100,0	102,8	105,5	107,8	110,0	111,5	111,8	112,0	...
davon Rohbauarbeiten	%	100,0	103,2	106,0	107,9	109,8	110,7	111,1	111,0	...
Ausbauarbeiten	%	100,0	102,5	105,0	107,7	110,3	112,2	112,4	112,9	...
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	100,0	101,3	102,5	103,8	105,9	106,9	106,9	106,9	...
Bürogebäude	%	100,0	102,9	105,4	107,6	109,9	111,5	111,8	112,1	...
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	100,0	103,2	105,6	107,6	109,7	111,1	111,4	111,6	...
Straßenbau	%	100,0	102,3	105,5	107,8	109,2	109,2	109,4	109,2	...
							2014	2015		
							4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Baulandpreise je m²										
Baureifes Land	€	223,39	206,57	225,40	223,59	234,86	277,46	238,69	226,64	239,98
Rohbauland	€	58,59	39,61	46,96	59,72	50,19	57,05	36,69	34,39	60,26
Sonstiges Bauland	€	39,54	42,56	57,33	61,06	67,30	75,15	61,68	60,50	74,33

Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Bezeichnung	Einheit	2011	2012	2013	2014	2015	2015			2016
		Durchschnitt ¹					Januar	Nov.	Dez.	Januar
Verbraucherpreisindex (2010 ± 100)										
Gesamtindex	%	102,1	104,1	105,7	106,6	106,9	105,6	107,1	107,0	106,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	102,6	106,3	110,4	111,5	112,3	111,5	112,7	112,3	112,4
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	101,8	104,8	107,0	110,3	113,4	111,8	114,5	114,4	114,6
Bekleidung und Schuhe	%	101,2	103,3	104,4	105,5	106,3	101,3	109,4	106,4	101,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	103,1	105,4	107,5	108,4	108,0	107,7	107,9	107,4	107,2
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	100,4	101,1	102,1	102,5	103,2	102,8	103,6	103,8	103,6
Gesundheitspflege	%	100,7	103,2	99,4	101,4	103,4	102,4	103,9	103,9	104,3
Verkehr	%	104,5	107,7	107,5	107,3	105,5	103,3	104,8	103,7	102,9
Nachrichtenübermittlung	%	96,5	94,8	93,4	92,3	91,2	91,9	90,7	90,6	90,9
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	99,7	100,6	103,1	104,4	105,0	101,8	105,3	108,5	103,2
Bildungswesen	%	99,6	94,0	95,1	93,1	92,8	92,5	93,2	93,2	94,0
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	101,5	103,6	106,0	108,2	111,0	109,6	111,7	111,9	112,1
Andere Waren und Dienstleistungen	%	101,6	102,6	104,3	106,1	107,2	106,5	107,5	107,5	108,2
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise ³ (2010 ± 100)	%	106,4	106,7	105,9	103,6	100,9	100,2	99,1	97,9	...
Ausfuhrpreise ⁴ (2010 ± 100)	%	103,3	104,9	104,3	104,0	104,9	104,4	104,5	104,1	...
Index der										
Erzeugerpreise gew. Produkte ⁴ (Inlandsabsatz): (2010 ± 100) ...	%	105,3	107,0	106,9	105,8	103,9	104,2	102,9	102,4	...
Vorleistungsgüterproduzenten	%	105,6	105,8	104,6	103,5	102,3	102,7	101,1	100,8	...
Investitionsgüterproduzenten	%	101,2	102,2	103,0	103,5	104,2	103,9	104,4	104,4	...
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	103,5	106,3	108,4	109,0	108,1	107,7	108,2	108,1	...
Gebrauchsgüterproduzenten	%	101,7	103,3	104,3	105,7	107,1	106,5	107,5	107,5	...
Verbrauchsgüterproduzenten	%	103,8	106,8	109,0	109,5	108,3	107,8	108,3	108,2	...
Energie	%	109,7	113,0	112,0	108,5	102,6	103,8	100,1	98,7	...
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte ⁴ (2010 ± 100)	%	113,4	119,4	120,7	111,1	106,9p	102,4p	107,5p	107,2p	...
Pflanzliche Erzeugung	%	115,8	126,4	120,2	103,7	114,3p	104,4	120,7p	121,3p	...
Tierische Erzeugung	%	111,6	114,9	121,1	115,9	102,1p	101,2p	99,0p	98,1p	...
Großhandelsverkaufspreise ⁴ (2010 ± 100)	%	105,8	108,0	107,4	106,1	104,8	103,7	103,9	103,1	102,7
darunter Großhandel mit										
Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	104,9	107,7	111,5	111,8	112,9	111,0	113,3	113,2	113,4
festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen	%	114,2	121,3	115,8	110,2	95,0	91,3	91,7	86,2	82,8
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel										
zusammen (2010 ± 100)	%	101,6	103,3	104,4	105,0	105,3	104,0	105,7	105,2	104,6
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	102,0	104,6	107,2	108,3	108,8	107,8	109,2	108,8	108,5
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	%	102,3	105,7	108,8	110,1	111,8	110,7	112,3	112,1	112,3
Kraftfahrzeughandel	%	101,2	101,9	101,8	102,1	103,0	102,6	103,1	103,3	103,5

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

¹ Durchschnitt aus 12 Monatsindizes, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995).
Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Bauland-

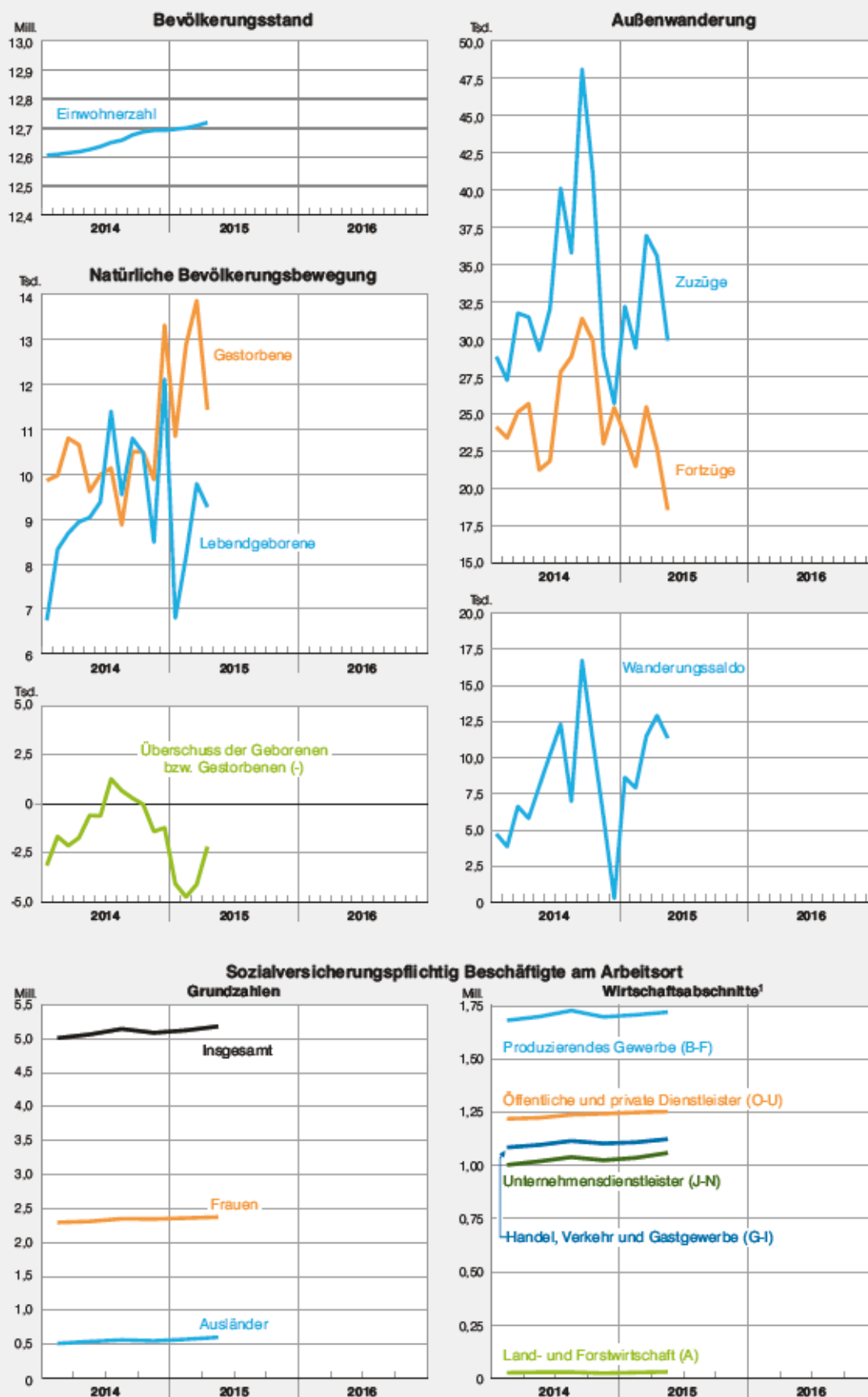
preise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).

² Einschl. Mehrwertsteuer.

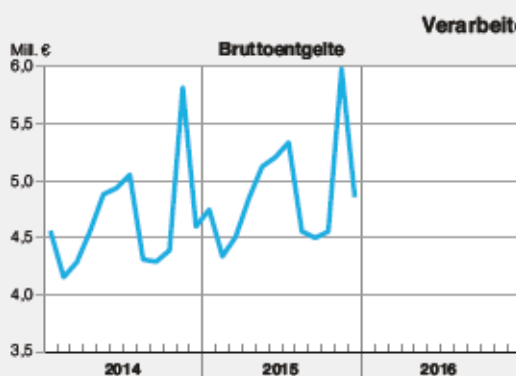
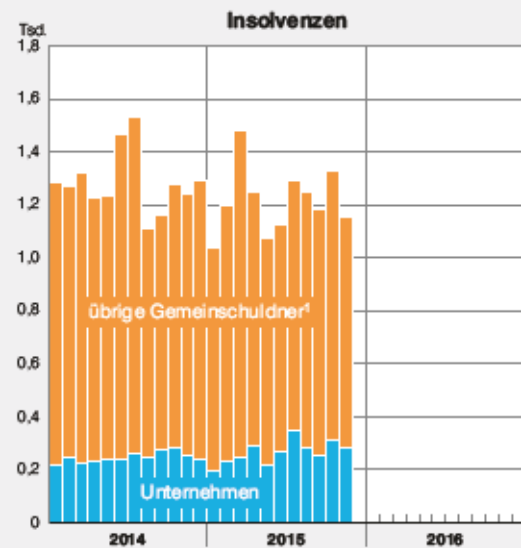
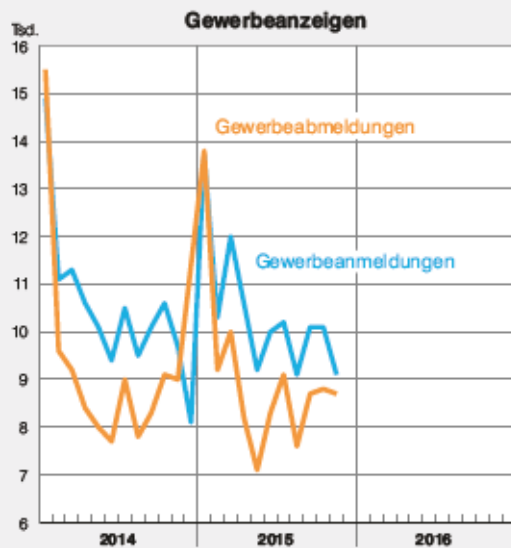
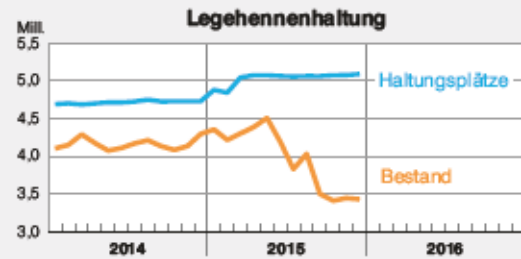
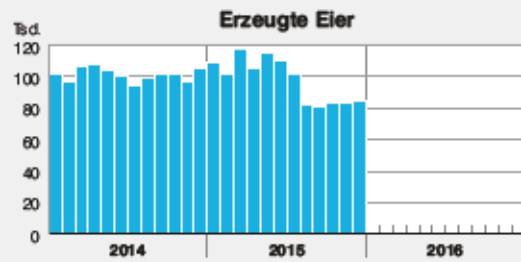
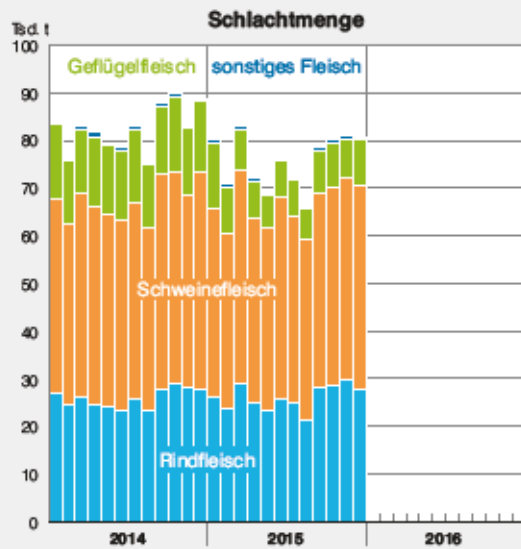
³ Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

⁴ Ohne Mehrwertsteuer.

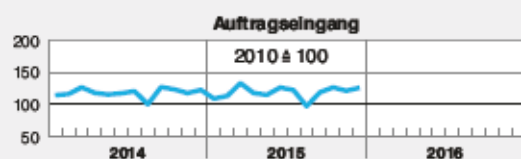
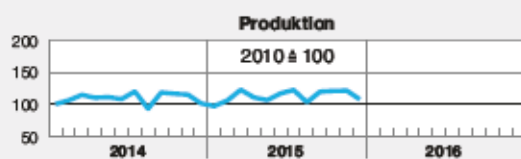
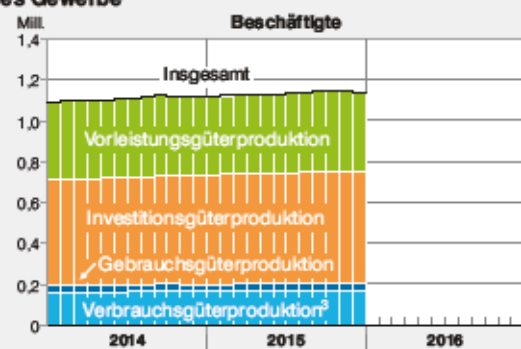
Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel



¹ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); in Klammern WZ-Code (Näheres Statistischer Bericht A6501 C).



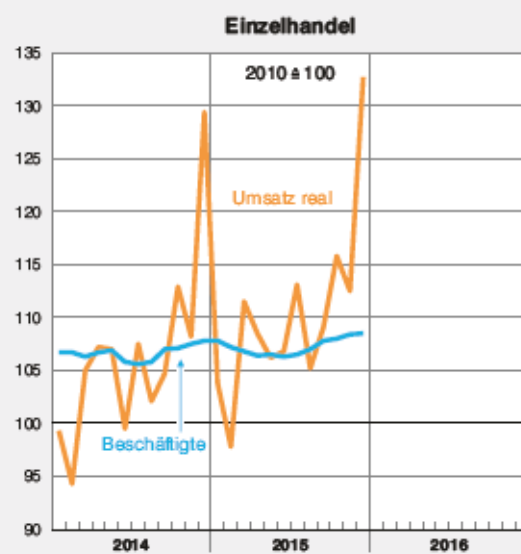
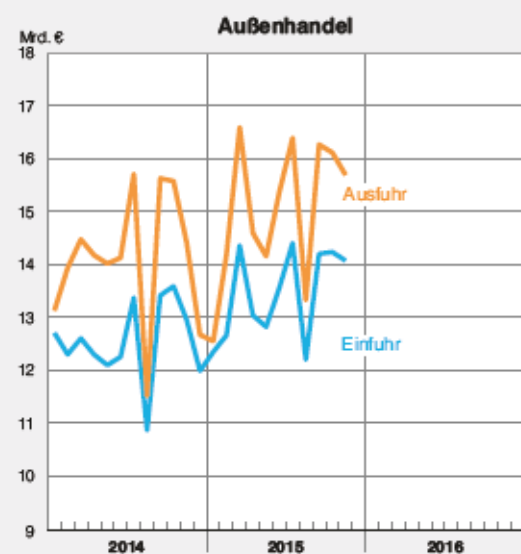
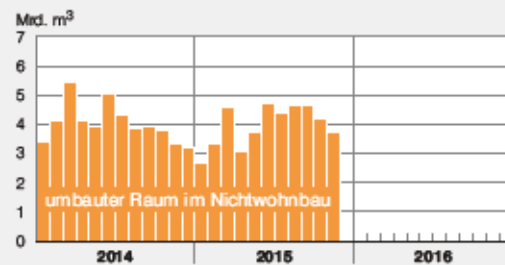
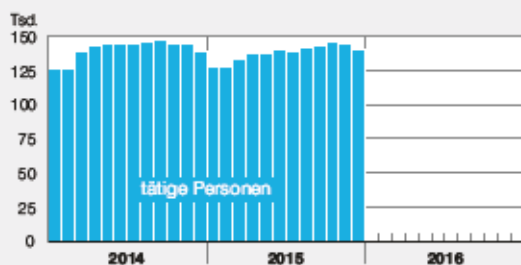
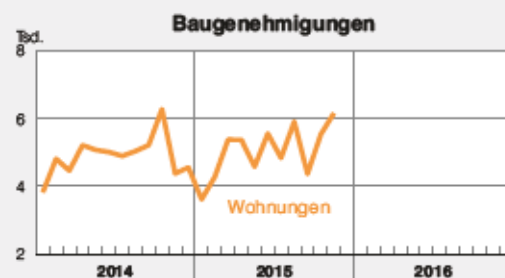
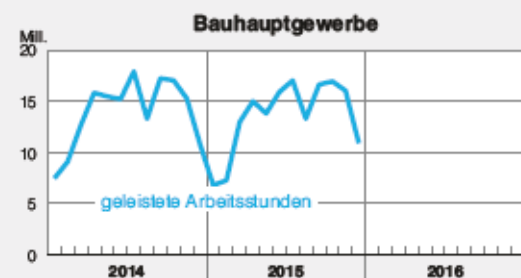
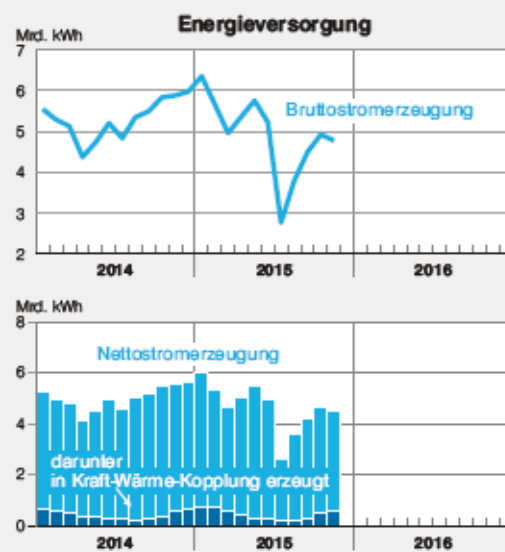
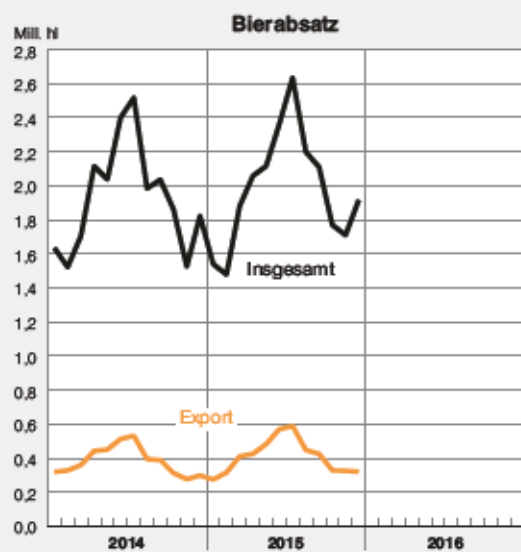
Verarbeitendes Gewerbe²

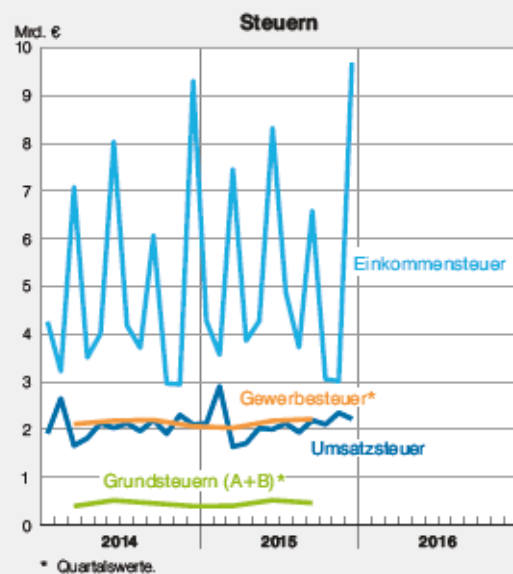
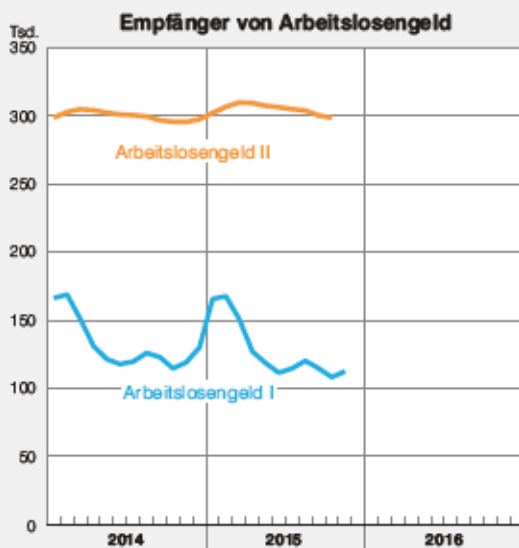
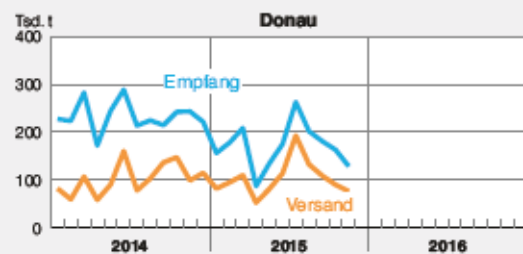
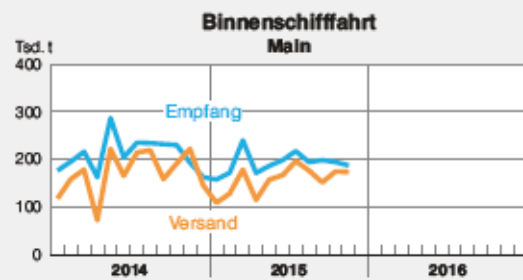
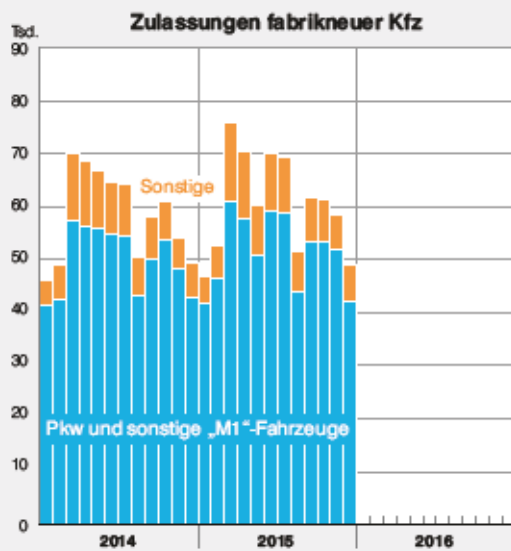
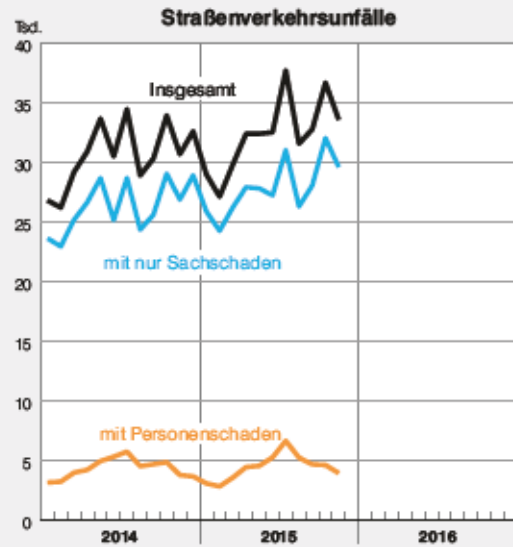
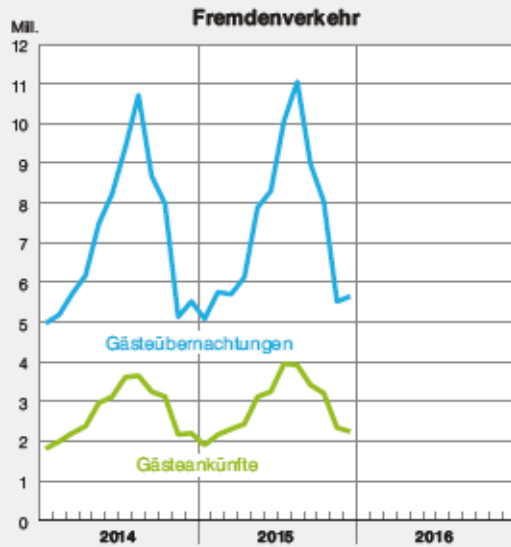


¹ Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.

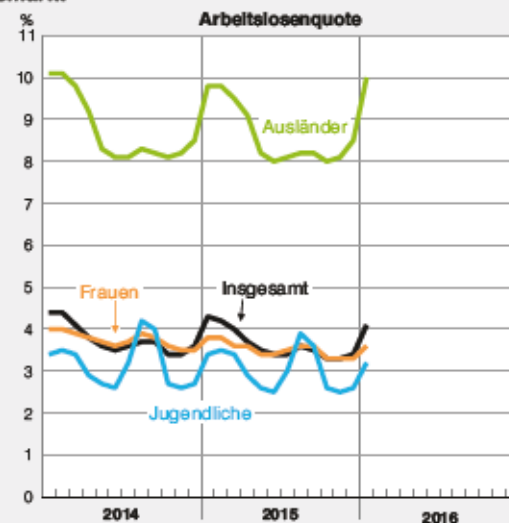
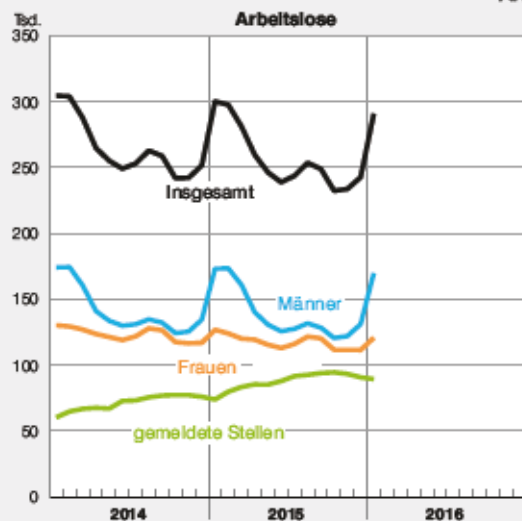
² Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; ab Jan. 2007 nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten, davor Betriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten.

³ Einschließlich Energie.

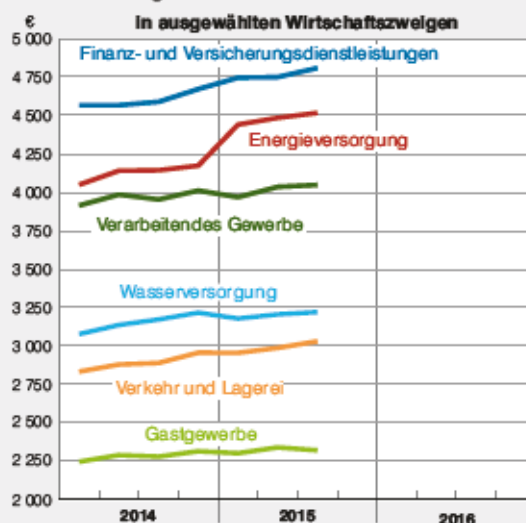
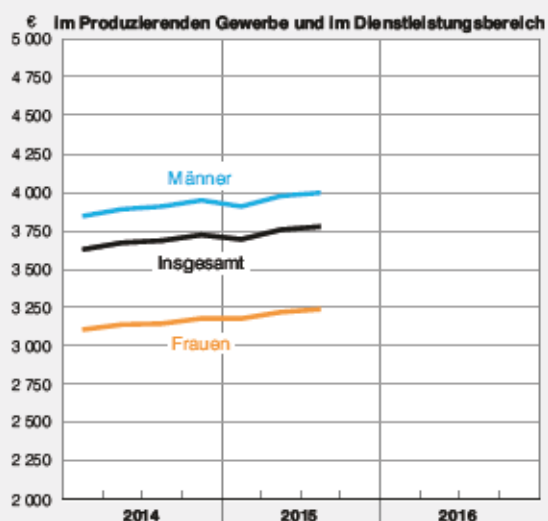




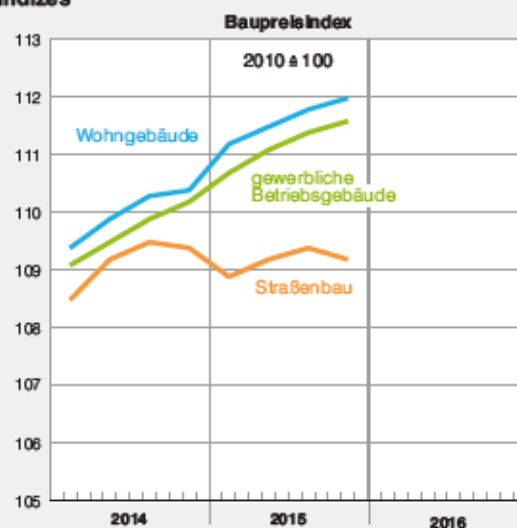
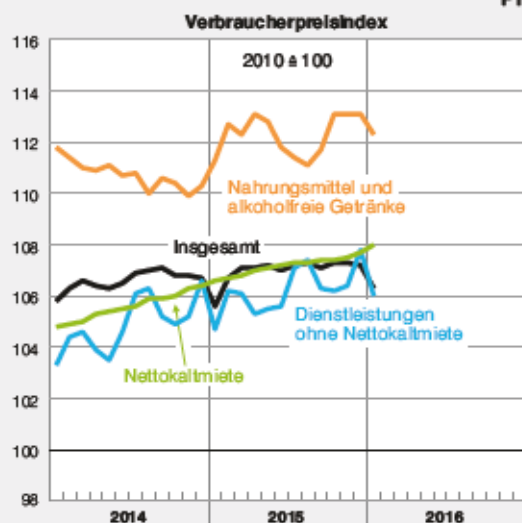
Arbeitsmarkt



Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer



Preisindizes



Veröffentlichungen des Landesamts im Januar 2016

Beim Großteil der hier aufgeführten Veröffentlichungen ist der Nachweis der kleinsten regionalen Einheit (* Kreisfreie Städte und Landkreise) oder kleinsten sonstigen Einheit (z.B. Hochschulorte, Häfen) bis zu der die Daten ausgewiesen werden, angegeben.

Statistische Berichte

Allgemeinbildende Schulen

- Realschulen, Realschulen zur sonderpädagogischen Förderung, Abendrealschulen in Bayern 2014/15 Stand: 1. Oktober 2014 *
- Gymnasien, Abendgymnasien, Kollegs, Gesamtschulen, Freie Waldorfschulen sowie internationale und ausländische Schulen – Schuljahr 2014/15 *

Gewerbeanzeigen

- Gewerbeanzeigen in Bayern im Oktober 2015 *
- Gewerbeanzeigen in Bayern im November 2015 *

Verarbeitendes Gewerbe

- Verarbeitendes Gewerbe in Bayern (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) im November 2015 *
- Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Bayern im November 2015
- Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im November 2015

Baugewerbe (Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe)

- Bauhauptgewerbe in Bayern im November 2015 *

Bautätigkeit

- Baugenehmigungen in Bayern im November 2015 *

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im November 2015
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im Oktober 2015
- Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im November 2015
- Tourismus in Bayern im Oktober und Sommerhalbjahr 2015
- Tourismus in Bayern im November 2015
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im November 2015

Straßen- und Schienenverkehr

- Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Oktober 2015 *

Schiffsverkehr

- Binnenschifffahrt in Bayern im Oktober 2015

Schulden und Personal

- Staats- und Kommunalschulden in Bayern 2014

Steuern

- Einkommen der Personengesellschaften/Gemeinschaften in Bayern 2010 *

Preise- und Preisindizes

- Verbraucherpreisindex für Bayern im Dezember 2015 sowie Jahreswerte von 2013 bis 2015
- Verbraucherpreisindex für Bayern – Monatliche Indexwerte von Januar 2010 bis Dezember 2015
- Verbraucherpreisindex für Deutschland im Dezember 2015

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

- Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte sowie Aufwendungen für den privaten Konsum in Bayern 2013

Querschnittsveröffentlichungen

- Bayern Daten 2015 *

Sonderveröffentlichungen

- Veröffentlichungsverzeichnis des Bayerischen Landesamts für Statistik 2016 *

Verzeichnisse

- Verzeichnis der Kindertageseinrichtungen in Bayern Stand 1. März 2015

Sonderveröffentlichungen

- Verzeichnis der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Deutschland Stand: 31. Dezember 2014

Publikationsservice

Das Bayerische Landesamt für Statistik veröffentlicht jährlich über 400 Publikationen. Das aktuelle Veröffentlichungsverzeichnis ist im Internet als Datei verfügbar, kann aber auch als Druckversion kostenlos zugesandt werden.

Kostenlos

ist der Download der meisten Veröffentlichungen, z.B. von Statistischen Berichten (PDF- oder Excel-Format).

Kostenpflichtig

sind alle Printversionen (auch von Statistischen Berichten), Datenträger und ausgewählte Dateien (z.B. von Verzeichnissen, von Beiträgen, vom Jahrbuch).

Newsletter Veröffentlichungen

Die Themenbereiche können individuell ausgewählt werden. Über Neuerscheinungen wird aktuell informiert.

Webshop

Alle Veröffentlichungen sind im Internet verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Aktuelle
Veröffentlichungen
unter
g.bayern.de/webshop



Statistisches Jahrbuch für Bayern 2015

Das Statistische Jahrbuch für Bayern ist das Standardwerk der amtlichen Statistik in Bayern seit 1894. Umfassend und informativ bietet es jährlich die aktuellsten Statistikdaten über Land, Leben, Leute, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft in Bayern an.

Auf über 600 Seiten enthält es die wichtigsten Ergebnisse aller amtlichen Statistiken – in Form von Tabellen, Graphiken oder Karten – zum Teil mit langjährigen Vergleichsdaten und Zeitreihen. Ebenso werden ausgewählte wichtige Strukturdaten für Regierungsbezirke, kreisfreie Städte und Landkreise sowie Regionen Bayerns, aber auch für alle Bundesländer und die EU-Mitgliedstaaten dargestellt. Daten aus Statistiken anderer Dienststellen und Organisationen vervollständigen das Angebot.



Preise

Buch 39,00 € | DVD (PDF) 12,00 € | Buch+DVD 46,00 € | Datei (PDF) 12,00 €



Bayern Daten 2015

Die Bayern Daten sind ein kleiner Auszug aus dem Statistischen Jahrbuch. Auf ca. 30 Seiten sind die wichtigsten bayerischen Strukturdaten aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in Tabellen und Grafiken dargestellt.

Preise

Heft 0,55 € | Datei kostenlos

Bayerisches Landesamt für Statistik – Vertrieb, St.-Martin-Straße 47, 81541 München
Telefon 089 2119-3205 | Telefax 089 2119-3457 | vertrieb@statistik.bayern.de